

Das Parlament

Berlin, 20. Dezember 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 51-52 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Im dritten Anlauf klappt's

Friedrich Merz Zwei Mal hatte der frühere Unions-Fraktionschef in den vergangenen Jahren Niederlagen im Kampf um den Vorsitz der CDU hinnehmen müssen. Im dritten Anlauf hat es nun geklappt: Mit einer deutlichen Mehrheit von 62,1 Prozent sprachen sich die Mitglieder für Merz als künftigen Parteivorsitzenden aus. Der Sauerländer deklassierte damit seine Konkurrenten, Ex-Kanzleramtsminister Helge Braun und Norbert Röttgen. Der 66-Jährige wird, wenn der Parteitag im Januar wie erwartet der Basis folgt, Nachfolger des glücklosen Armin Laschet. Merz, von 1994 bis 2009 und wieder seit 2021 Mitglied im Bundestag, übernimmt die Partei in Krisenzeiten. Nach 16 Jahren an der Macht hat die Union nun auf den Oppositionsbänken Platz genommen. scr



picture-alliance/epa | Michael Kappeler

ZAHLE DER WOCHE

572,7

Milliarden Euro soll der Bund in diesem Jahr ausgeben dürfen. Das sieht der jüngste Nachtragshaushaltentwurf vor. 240 Milliarden davon werden auf Pump finanziert. Zum Vergleich: 2019, im Jahr vor der Pandemie, waren es 356,7 Milliarden Euro – ganz ohne Neuverschuldung.

ZITAT DER WOCHE

»Wir sind die beste Opposition, die Deutschland je hatte.«

CSU-Abgeordnete Dorothee Bär auf Twitter während der Regierungserklärung

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Berlin Die Neuaufgabe von Rot-Rot-Grün steht in den Startlöchern Seite 4

EUROPA UND DIE WELT
Wechsel Frankreich übernimmt im Januar die EU-Ratspräsidentschaft Seite 5

IM BLICKPUNKT
Teilhabe Helga Lukaschat im Interview über Frauen in der Politik Seite 7

KEHRSEITE
Weihnachtsrätsel Richtig antworten und eine Reise nach Berlin gewinnen Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



»Jahre der Erneuerung«

REGIERUNGSEKLÄRUNG Kanzler Scholz stimmt das Land auf große Veränderungen ein

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, sagt der Volksmund. Immerhin, Anfänge gab es im Bundestag vergangene Woche reichlich. Zum einen für Olaf Scholz (SPD), der eine Woche nach seiner Wahl als Kanzler erstmals eine Regierungserklärung abgab. Zum anderen für Ralph Brinkhaus (CDU), den neuen und alten Fraktionschef der Union, der sich zum ersten Mal in der ungewohnten Rolle des Oppositionsführers wiederfand. Bis vor sieben Tagen hatten Union und SPD noch geschäftsführend zusammen regiert, Scholz war Finanzminister und Vizekanzler. Dass er nun zusammen mit den neuen Partnern von Grünen und FDP auf der Regierungsbank saß, kommentierte Brinkhaus gleichwohl anerkennend: »Das ist Demokratie. Das haben Sie sich verdient.« Eine Stilkritik schickte er aber gleich hinterher: Scholz spreche viel über »Fortschritt und Zukunft«. Doch dafür brauche es Begeisterung. »Diese Begeisterung habe ich in den letzten 90 Minuten nicht gesehen.«

Dass Scholz kein rhetorischer Zaubertrickler ist, sondern wie schon seine Vorgängerin Angela Merkel lieber leise Töne anschlägt, ist allerdings bekannt. Kontinuität trotz Wandel war denn auch die Botschaft, die Scholz mit seiner Rede aussendete. Dabei wurde er, als es um die Corona-Pandemie und radikale Impfgegner, ging, durchaus kämpferisch. Seine Regierung werde es sich »nicht gefallen lassen, dass eine winzige Minderheit von enthemmten Extremisten versucht, unserer gesamten Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen«, stellte er klar. Und für die Pandemiebekämpfung versprach er: »Wir werden alles tun, was notwendig ist. Wir werden diesen Kampf gewinnen.«

Erste Konflikte Über die akute Krise hinaus stimmte Scholz das Land auf große Veränderungen ein. Angesichts des notwendigen klimaneutralen Umbaus der Wirtschaft stehe es vor der »größten Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens hundert Jahren«. Die kommenden 20 Jahre würden »Jahre der Veränderung, der Erneuerung und des Umbaus sein«. Aber er machte zugleich Mut: »Wir haben nicht den geringsten Grund, uns vor der Zukunft zu fürchten.« Deutschland sei ein starkes Land. Brinkhaus versprach der neuen Regierung »Respekt und Kooperationsbereitschaft« und im Kampf gegen die Pandemie auch Unterstützung bei unpopulären Maßnahmen. Doch der erste dicke Streit zwischen den neuen Kontrahenten bahnte sich bereits an.

Heftiger Streit über Vorsitz im Innenausschuss

AUSSCHÜSSE Ältestenrat muss über strittige Personalfragen beraten. Neue Sitzordnung im Parlament

Die Einsetzung der 25 ständigen Ausschüsse ist in der vergangenen Woche nicht in jedem Fall reibungslos verlaufen. Heftigen Streit gab es insbesondere um den Vorsitz im Ausschuss für Inneres und Heimat. Zwar sind nun alle Ausschüsse arbeitsfähig, allerdings konnte sich die AfD-Fraktion mit ihren Kandidaten für den Vorsitz in drei Ausschüssen nicht durchsetzen. Anders als üblich, wurden die Ausschussvorsitzenden geheim gewählt statt per Akklamation bestimmt. Der Vorsitz ergibt sich durch den Zugriff nach Fraktionsstärke. Die größte Fraktion kann zuerst einen Ausschuss wählen. Nach diesem System entfielen auf die AfD-Fraktion die Ausschüsse für Inneres, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit (Details siehe Seite 8/9). Der Innenausschuss lehnte den von der AfD-Fraktion nominierten Polizeibeamten Martin Hess als Vorsitzenden ab. Auf Hess entfielen sechs Ja-Stimmen bei 40 Nein-Stimmen. Die Abgeordneten verzichteten zunächst auch auf die Benennung eines Vizevorsitzenden. Mit der kommissarischen Leitung betraut wurde sodann, den Regularien entsprechend, Petra Pau (Linke) als



Einen »präzisen Plan« für die Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen holte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aus seiner schweren Aktentasche. Ein großes Versprechen, an dem Opposition und Wahlvolk die neue Bundesregierung messen werden. picture-alliance/Geisler-Fotopress/Frederic Kern

seits an. »Wie klein ist das?«, empörte sich Brinkhaus angesichts der Pläne der Koalitionsfraktionen, die 70 Jahre alte Sitzordnung im Bundestag zu verändern und die Union weiter rechts, neben der AfD, zu platzieren. Doch die Empörung lief ins Leere, nur einen Tag später verabschiedete der Bundestag genau einen solchen Antrag (20/268) von SPD, Grünen und FDP. Bis zur nächsten Sitzungswoche Mitte Januar soll der Plenarsaal entsprechend umgebaut werden. Mit den neuen Sitznachbarn wie auch mit der Linksfraktion wollen CDU und CSU auch weiterhin nichts zu tun haben, stellte Brinkhaus klar. Die AfD verstehe sich »als Opposition zur parlamentarischen Demokratie«, daher werde es keine »Koalition in der Opposition« geben. Dass das auch die anderen Fraktionen so sehen, zeigte sich nur Stunden später, als die AfD-Kandidaten für die Vorsitzposten in Bundestagsausschüssen allesamt scheiterten (siehe Keller).

»Begeisterung habe ich in den letzten 90 Minuten nicht gesehen.«

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU-Fraktionschef

Die im neuen Bundestag kleinsten Oppositionsparteien, AfD und Linke, nutzten ihre deutlich kürzere Redezeit erwartungsgemäß für Fundamentalkritik an den Regierungsplänen. AfD-Chef Alice Weidel sprach von »grün-linker Identitätspolitik«, »Klimaplanwirtschaft« und einer Migrationsagenda, die noch mehr Tore für illegale Einwanderung in die Sozialsysteme öffne. Scholz warf sie, auch mit Blick auf die diskutierte allgemeine Impflicht vor, das Land zu spalten. Für die Linksfraktion kritisierte Fraktionschefin Amira Mohamed Ali die »unsosoziale« Finanzpolitik der Ampel-Koalition, fehlende Hilfen für besonders von der Corona-Pandemie betroffene Branchen und die Verzögerung bei der Auszahlung des Pflegekräfte-Bonus. Anstatt die Ansprüche zu überprüfen, müsse dieser »sofort« an alle Pflegekräfte ausgezahlt werden, »denn sie alle arbeiten an der Belastungsgrenze«, betonte Mohamed Ali.

Eine Premiere war die Debatte für die neuen Fraktionschefs von Grünen und FDP, Katharina Dröge und Christian Dürr. 16 Jahre mussten die Grünen auf ihre zweite Regierungsbeteiligung warten, für Dröge wurde es nicht nur deshalb »dringend Zeit, dass das Land endlich eine neue Regierung bekommt«. Die 2020er Jahre würden zum »Jahrzehnt des Klimaschutzes« kündigte sie an, und verwies auf die Pläne für milliardenschwere Investitionen in neue Wohnungen, Schienenwege, Ladesäulen, Offshore-Windparks, Photovoltaik-Anlagen und Stromnetze. Dürr ergänzte, die Regierung wolle das »Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft« wieder einlösen.

»Brücken bauen« Auf Scholz wartete tags darauf schon die nächste Premiere, sein erster EU-Gipfel in Brüssel. Dass der neue Kanzler auch auf europäischer Bühne auf Nahbarkeit und Kontinuität setzt, stellte er im Bundestag bereits klar. Das Instrument der Europapolitik »muss in der beharrlichen Bereitschaft bestehen, Brücken zu bauen durch beständiges Engagement und Verhandlungen«, betonte Scholz. Der Zauber des Anfangs – er sieht vor allem nach viel Arbeit aus. Johanna Metz

EDITORIAL

Rote Linien

VON ALEXANDER HEINRICH

Die AfD ist in der vergangenen Woche mit ihren Kandidaten für den Vorsitz in drei Bundestagsausschüssen gescheitert. Die übrigen Fraktionen senden damit ein weiteres Mal ein Signal, das bereits durch mehrere gescheiterte Anläufe zur Wahl eines von der AfD benannten Vizepräsidenten bekannt ist: SPD, Union, Grüne, FDP und Linke werfen der AfD fortgesetzte Grenzüberschreitungen und Provokationen vor. So war das etwa bei der Abwahl des damaligen Vorsitzenden des Rechtsausschusses Stephan Brandner (AfD) im Herbst 2019, dessen Kommentierung des Terroranschlags in Halle auf ein jüdisches Gotteshaus Vertreter dieser Parteien vehement zurückgewiesen hatten. Scharfe Kritik gab es zuletzt an der Entscheidung eines Abgeordneten der AfD in den Verteidigungsausschuss, der vormals als Bundeswehrsoldat vom Militärischen Abschirmdienst als »Extremist« eingestuft worden ist. Die AfD ihrerseits beklagt wie bei der Nichtwahl ins Präsidium eine Ausgrenzung durch den politischen Gegner und einen fortgesetzten Bruch mit demokratischen Gepflogenheiten. Von einem »willkürlichen Bruch einer parlamentarischen Tradition« sprach etwa Partei- und Fraktion-Co-Vorsitzender Tino Chrupalla nach den gescheiterten Ausschusswahlen. Die Schlappe für die AfD bedeutet nun nicht, dass die Abgeordneten des Innen-, Gesundheits- und Entwicklungsausschusses die Hände in den Schoß legen. Dafür sorgt die Geschäftsordnung des Bundestages. Den Vorsitz der drei Gremien übernehmen kommissarisch die drei jeweils dienstältesten Abgeordneten. Im Falle des Innenausschusses, in dem es gleich zwei gleich dienstälteste Parlamentarierinnen gibt, kommt die lebensältere der beiden zum Zug – in diesem Falle Petra Pau von den Linken. Die drei Ausschüsse sind arbeitsfähig. Mit der strittigen Frage der Vorsitze, die der AfD zustehen, befasst sich der Ältestenrat, so wie es in die Geschäftsordnung des Bundestages vorgegeben ist. Die Abgeordneten der übrigen Fraktionen handeln also nicht wider die in dieser Ordnung festgelegten Regeln parlamentarischer Zusammenarbeit. Und sie haben auch nicht gegen demokratische Prinzipien verstoßen: Der AfD hat für die in einem geregelten überfraktionellem Zugriffsverfahren von ihr ausgewählten Ausschüsse Vorsitzende vorgeschlagen. Und die anderen Fraktionen haben das demokratische Recht wahrgenommen, den Kandidaten ihre Stimme zu verweigern.



Martin Hess (AfD) blieb ohne Mehrheit. picture-alliance/epa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

TRICKST DIE AMPEL ZU SEHR?

Hütchenspieler

PRO



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Zum Start der Ampel-Koalition gibt es den Entwurf eines Nachtragshaushalts, der es in sich hat: Kreditermächtigungen, die das Parlament der Regierung zur Bewältigung der pandemischen Notlage zugestanden hat, werden in einem Schattenhaushalt für andere Zwecke und andere Jahre gebunkert. Das ist nicht so vorgesehen. Weil Rot-Grün-Gelb nicht die Mehrheit hat, um den Grundgesetz-Artikel zur Schuldenbremse nach ihren Vorstellungen zu reformieren, ändert sie die Vorschrift, wann die neuen Schulden offiziell verbucht werden. Das ist nichts anderes als ein Hütchenspiel – nur eben mit Einsätzen in zweistelliger Milliardenhöhe. Man schaut im Jahr 2023 unter das rote Hütchen: Nach der Schuldenregel nimmt man gerade so viele Kredite auf, wie es die Verfassung zulässt, aber in Wirklichkeit wird der Kapitalmarkt viel mehr beansprucht; vielleicht doppelt so stark oder dreimal so stark, aber mit der Umbuchung zählt ein Teil der Kredite zu der Neuverschuldung im Jahr 2020 oder 2021. Man guckt im Jahr 2024 unter das grüne Hütchen: Abermals zeigt die Berechnung aus dem Finanzministerium, dass alles in Ordnung ist. Und was ist mit dem gelben Hütchen im Jahr 2025? Natürlich ist es auch dann so. Wieder gelingt die Täuschung. Auf der Straße ist Hütchenverschieberei aus gutem Grund verboten. Die Regierung versucht nun mit vielen Worten die höchsten Richter in Karlsruhe zu täuschen. Die Gründe, die sie nennt, sind vorgeschoben. So versucht sie zu verschleiern, dass die Notlagenkredite für das ganz normale Regierungsgeschäft braucht. Die Union will dagegen vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Gut so. Dafür ist die Opposition da. Die höchsten Richter stoppen hoffentlich das üble Spiel.

Die Tricks sind nötig

CONTRA



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Es stimmt: Die Ampel tut alles, um die Schuldenbremse zu dehnen. Aber diese „Tricks“ sind nötig, um den Klimaschutz zu finanzieren. Und die Zeit drängt, bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Natürlich wäre es besser gewesen, die Schuldenbremse ganz abzuschaffen. Doch dafür wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat nötig. CDU und CSU wollen an der Schuldenbremse jedoch unbedingt festhalten. Die Schuldenbremse war und ist unsinnig, weil sie von einem falschen Wirtschaftsmodell ausgeht. Staatsschulden gelten dort prinzipiell als problematisch, ohne dass differenziert würde, wofür die Kredite dienen sollen. Dabei weiß jeder Unternehmer: Große Investitionen lassen sich nur finanzieren, wenn man Darlehen aufnimmt. Das ist beim Staat nicht anders. Der Investitionsbedarf ist riesig und wird im Ampel-Vertrag klar benannt: Um den Klimaschutz voranzubringen, müssen unter anderem die Bahn ausgebaut, Ladesäulen für E-Autos aufgestellt und Windräder hochgezogen werden. In den Ballungsräumen werden mehr Wohnungen benötigt. Die geplanten Schulden versichern also nicht im Nichts, sondern finanzieren Vermögenswerte, die neues Einkommen generieren werden. Fahrgäste kaufen Zugtickets, die Besitzer von E-Autos tanken Strom, Mieter zahlen ihre Miete. Eine große Sorge war stets, dass das Parlament entmachtet würde, wenn die Kredite nicht über den allgemeinen Staatshaushalt laufen – sondern von der Bahn oder öffentlichen Immobiliengesellschaften aufgenommen werden. Auch diese Angst ist überflüssig: Die Ampel hat zugesichert, dass der Bundestag seine Kontrollrechte behält.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Mihalic, als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin haben Sie es mit einer sehr großen Grünen-Fraktion zu tun. Viele Mitglieder sind neu dabei und sehr jung. Was ist zur Zeit die größte Herausforderung?

Unsere Fraktion hat sich in der Größe fast verdoppelt. Das ist natürlich erfreulich, sorgt aber gleichzeitig für komplizierte Ausgleichsprozesse. Denn auch die vielen Abgeordneten ohne Parlamentserfahrung sollen ihren Platz neben den erfahrenen Kolleginnen und Kollegen finden und die Möglichkeit bekommen, die Ziele, die sie vertreten, auch umzusetzen. Ich bin froh, dass wir nun alle Fachausschüsse besetzt haben und dabei auch weitgehend den Wünschen der Abgeordneten entsprechen konnten. Die Arbeit in den Ausschüssen kann jetzt beginnen. Wir sind bereit.

In der ersten Woche ging es bei der Konstituierung der Ausschüsse schon recht turbulent zu, ausgelöst dadurch, dass die AfD sich den Vorsitz im Innenausschuss sichern konnte. Warum wollten die Grünen diesen Vorsitz nicht?

Das war keine Entscheidung gegen einen Ausschuss, sondern für einen anderen Ausschuss. Wir hatten eine klare Priorität für den Europaausschuss, weil für uns Grüne gerade die europäische Einigung einfach ein sehr zentrales Element ist. Viele wichtige Themen wie internationaler Klimaschutz, Flucht und Migration und insbesondere die Frage internationaler Zusammenarbeit werden dort verhandelt. Deswegen war uns wichtig, auch dort einen Impuls zu setzen und das mit dem Ausschuss-Vorsitz zu dokumentieren.

Würden Sie im Rückblick sagen, eine andere Lösung wäre besser gewesen?

Die AfD im Bundestag hat das Recht, am Zugriffsverfahren teilzunehmen, wie alle anderen Fraktionen auch. So oder so hätte sie das Vorschlagsrecht für drei Ausschuss-Vorsitze gehabt. Ich bin mir sicher, in jeder anderen Konstellation wäre der Streit der gleiche gewesen. Auch in der letzten Wahlperiode gab es bei der Besetzung des Haushalts- und des Rechtsausschusses massive Bedenken, die sich im Rechtsausschuss dann ja auch bestätigt haben. Selbst beim Europaausschuss fehlt mir jede Fantasie, wie dort die AfD eine verantwortungsvolle Ausschuss-Arbeit gewährleisten soll.

Letztlich stehen aber der AfD-Fraktion drei Ausschuss-Vorsitze zu, die nun alle in der vergangenen Woche durch Wahl zunächst nicht zustande kamen. Die AfD spricht von Diskriminierung.

Wie man angesichts von demokratischen Wahlen von Diskriminierung sprechen kann, ist mir schleierhaft. Die Fraktion hat ja keinen Anspruch auf einen Vorsitz, sie hat ein Vorschlagsrecht. Aber das ist nicht gleichbedeutend mit einem Besetzungsrecht. Selbstverständlich hat die AfD das Recht, jemanden für einen Vorsitz vorzuschlagen, aber die anderen Parlamentarier haben genauso das Recht, ihre Wahlentscheidung zu treffen. Das jetzt angewendete Verfahren zeigt: Das Parlament funktioniert. Denn die betroffenen Ausschüsse sind voll arbeitsfähig, weil sie eben nicht führungslos sind, sondern entweder durch stellvertretende Vorsitzende oder das dienstälteste Mitglied geleitet werden.

Streit gab es auch um die Sitzordnung im Plenum. Können Sie den Ärger der Union verstehen?

Natürlich kann ich das nachvollziehen. Die Union steht auf dem Standpunkt: Wir haben dort schon immer gesessen und es gibt keinen Grund, das zu verändern. Auf der anderen Seite ist auch der Wunsch der FDP nachvollziehbar, die Sitzungsordnung zu verändern. Denn die hat eben nicht immer dort gesessen, wo sie jetzt sitzt und sie

»Eine normale Wahl«

IRENE MIHALIC Die Grünen-Abgeordnete sieht keine Diskriminierung der AfD bei der Besetzung der Ausschuss-Vorsitze



© picture-alliance/SZ Photo/Jens Schicke

war auch eine Zeit lang nicht im Bundestag. Schon als sie dann 2017 wieder eingezogen ist, hat sie für sich reklamiert, eigentlich woanders, also nicht neben der AfD-Fraktion, sitzen zu wollen. Damals hat sich aber die Union mit ihrem Wunsch durchgesetzt. Ein Blick in die Landtage zeigt übrigens: Sitzordnungen sind nicht in Stein gemeißelt und Veränderungen müssen sich auch in der Sitzordnung irgendwo abbilden. Ich finde beide Positionen nachvollziehbar, aber man sollte diese Debatte nicht überhören.

Im Koalitionsvertrag heißt es, der Bundestag solle als »Ort der Debatte und der Gesetzgebung« gestärkt werden. Nun werden hier ja nicht gerade wenige Gesetze beschlossen.

Es geht darum, dass wir auf unser Selbstbewusstsein als Parlamentarier achten wollen. Es darf keine Situation eintreten, in der die Exekutive vorgibt, was im Bundestag beraten und beschlossen wird. Natürlich kennt jeder das Prozedere: Die Bundesregierung erarbeitet Gesetze und bringt diese dann in den Bundestag ein, wo sie

verabschiedet werden. Aber wir als Parlament haben selbstverständlich die Möglichkeit, uns weiterhin dazu zu positionieren und eigene Akzente zu setzen.

Als eine der Ampel-Parteien sind die Grünen nun aber auch in einer anderen Rolle, nicht mehr Oppositionspartei.

Aber wir reden hier vom Bundestag als Legislative, als erster Gewalt im Staat. Daraus ergibt sich automatisch ein anderer Anspruch als an die Exekutive, die Regierung. Er bedeutet nicht, in Opposition zur eigenen Regierung zu gehen, das würde auch zu weit gehen. Aber er bedeutet umgekehrt auch nicht, alles durchzuwinken, was von der Regierung kommt. Sondern: Debatte ist wichtig und richtig. Und wenn wir als Koalitionsfraktion der Auffassung sind, dass Dinge noch einmal verändert werden sollten, dann werden wir diesen Anspruch auch einfordern.

Von außen ist ein Gesetzgebungsprozess oft schwer nachzuvollziehen, weil er so komplex ist. Besteht durch die nun angekündigten »neuen Formen des Bürgerdialogs« in diesem Zusammenhang nicht die Gefahr, dass Dinge noch komplizierter werden?

Das kann passieren. Aber Kompliziertheit ist nicht immer ein Mangel, sondern auch Ausdruck dafür, sich die Zeit zu nehmen, verschiedenste Aspekte in so einen Prozess ausreichend miteinzubeziehen. Wir machen Gesetze für die Menschen und deshalb ist es wichtig zu hören, welche Halungen es dazu gibt und zu überlegen, wie diese in ein Gesetzgebungsverfahren einfließen können. Das kann dann auch mal kompliziert werden. Aber dafür sind wir als Abgeordnete hier, es dann so zu organisieren, dass am Ende ein anständiges Gesetz dabei rauskommt.

Die Wahlrechts-Kommission soll wieder eingesetzt werden und erneut über eine Verkleinerung des Bundestages beraten. Das Thema scheint ein Dauerbrenner zu werden.

Es darf auf keinen Fall passieren, dass wir nach der nächsten Wahl wieder einen Anstieg der Abgeordnetenzahl erleben. Wir haben in der Vergangenheit viel zu lange darüber diskutiert, wie Lösungen aussehen könnten. Deshalb muss diese Kommission jetzt zügig ihre Arbeit beginnen, damit wir es diesmal wirklich schaffen und nicht erst in der letzten Kurve der Legislaturperiode ein neues Wahlrecht auf den Weg bringen.

Wie gehen Sie eigentlich mit der täglichen Bedrohung im Internet um?

Ich bringe alles konsequent zur Anzeige. Nicht nur, weil ich an einer Strafverfolgung interessiert bin. In den meisten Fällen kann man die Täter nicht ermitteln und dann wird das Verfahren eingestellt. Aber mir ist wichtig, dass diese Dinge sichtbar sind, dass sie aktenkundig sind, Eingang finden in die Kriminalstatistiken und man am Ende das Ausmaß überhaupt abschätzen kann. Nur so kann man dann erkennen, wie ernst man bestimmte Dinge nehmen muss und wo eventuell noch mehr Ungemach droht.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Irene Mihalic gehört dem Deutschen Bundestag seit 2013 an, war lange innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion und ist nun deren Erste Parlamentarische Geschäftsführerin.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Eurokritiker: Peter Boehringer

Vier Jahre lang war Peter Boehringer Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag, nun ist er haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion – und er schaltet in den Kritikmodus. „Das ist eine glatte Fehlverwendung“, sagt er mit Blick auf den Nachtragshaushalt, den der neue Bundesfinanzminister Christian Lindner auf den Weg bringen will: 60 Milliarden Euro sollen in Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung fließen; diese Gelder kann der Bund in diesem Jahr noch als Kredite aufnehmen, um pandemiebedingte Belastungen auszugleichen, sie werden aber wohl nicht verbraucht. Für Lindner ist das ein Bekenntnis zum Klimaschutz und zur Schuldenbremse gleichermaßen; „Klima ist nicht Corona“, sagt indes Boehringer, dem seine neue Rolle offenbar gefällt. Die vergangenen Jahre war der AfD-Politiker in seinem Ausschussamt seiner Moderatorenrolle nachgekommen. Nun aber heißt es für den 52-jährigen Schwaben Opposition pur. Zum einen sieht Boehringer in dem Manöver einen Taschenspielertrick. „Die AfD versuchte schon 2020 eine Normenkontrollklage dagegen beim Bundesverfassungsgericht, aber wir erzielten nicht die erforderliche Mehrheit.“ Dass dies nun die Unionsfraktion angekündigt hat, findet er „hanebüchen“: „CDU und CSU tragen jetzt nach Karlsruhe, was sie an der Macht selbst mitgetragen haben.“ Zum anderen hält Boehringer die Mittelverwendung für übertrieben. „Die Kausalkette in der heutigen Klimadebatte ist nicht stimmig. Und selbst

wenn, dann ist der Effekt der ausgegebenen Gelder zu minimal.“ Diese Investitionen seien nicht verhältnismäßig, findet der Haushaltpolitiker.

Boehringers Staatsverständnis fußt auf Marktvertrauen. Große staatliche Eingriffe mit Geld sollten nur zweite Wahl bleiben, „die Privatwirtschaft sollte eher in Ruhe gelassen werden“. Er sieht eine Staatsplanwirtschaft, die schief gehen müsse. Boehringer stammt aus einer Unternehmerfamilie, bei-



© picture-alliance/dpa

»Die Kausalkette in der Klimadebatte ist nicht stimmig. Und selbst wenn, dann ist der Effekt der ausgegebenen Gelder zu minimal.«

de Eltern seien alteingesessene Mittelständler in sechster Generation. Jedenfalls kann man Boehringer nicht vorwerfen, von Finanzen wenig zu verstehen: Nach dem Abitur schloss er eine kaufmännische Ausbildung als bester Absolvent Baden-Württembergs ab, studierte in Deutschland, USA und Großbritannien und ist Diplom-Informatiker sowie Diplom-Kaufmann. Es folgten Stationen in einer Unternehmensberatung und als

Investmentmanager, bis er 2002 freier Autor und Vermögensberater wurde, mit dem Fokus auf Sachwertanlagen. Dann ist etwas passiert. Boehringer stieß die Einführung des Euro negativ auf, er nahm Widersprüche in der Finanzökonomie wahr, und schrieb gegen den Euro an. 2012 engagierte er sich in der Bürgerinitiative „Holt unser Gold heim“, die forderte, dass die Deutschen Goldreserven aus dem Ausland nach Deutschland verlagert werden. Als sich dann die AfD ein Jahr später gründete, schien sie für ihn als Eurokritiker der ersten Stunde wie gemacht. 2015 trat er ein. Dann wurde die Partei immer nationalistischer und populistischer – eine Entwicklung, die Boehringer mitrug: „Die nationale Orientierung war nicht antizipierbar, aber folgerichtig“, sagt er mit Blick auf die Entscheidung der Bundesregierung, in der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 die Grenzen offen zu halten. Wer Boehringers Blogbeiträge liest, erfährt dort eine Menge Wut und Sorge, eine Ablehnung vieler Veränderungen, als wünschte er sich, die Zeit zurückstellen zu können. Nun, als haushaltspolitischer Sprecher, setzt Boehringer ganz auf Attacke. Mit Erfolg: Er ist im Gespräch als kommandierender Bundesvorsitzender neben Tino Chrupalla, parteiintern wird er als ein aussichtsreicher Kandidat gehandelt. „Mit Boehringer könnte ich gut leben“, sagte der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland gegenüber der „Welt“. Allerdings wurde der Parteitag der AfD, der diese Tage hätte stattfinden sollen, wegen der Corona-Lage abgesagt.

Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
17. Dezember 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilagen)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf
Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brähler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmid (ss)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlin (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



In neuer Funktion: Nach wenigen Tagen im Amt brachte Finanzminister Christian Lindner (FDP) vergangene Woche einen Nachtragshaushalt im Bundestag ein.

© picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

Lindner geht ins Risiko

ETAT 2021 Die Ampel will Spielräume in einer Rücklage sichern. Das Vorhaben wird wohl in Karlsruhe landen

Die neue Bundesregierung war noch keine Woche im Amt, da beschloss das Kabinett einen Nachtragshaushalt für das überschaubare Rest-Jahr. Überraschend kam das nicht: SPD, Grüne und FDP hatten es bereits im Koalitionsvertrag angekündigt. Bei der ersten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes (20/300) im Bundestag am vergangenen Donnerstag zweifelte insbesondere die Neu-Oppositionellen von der Union sowie die AfD daran, ob der Etat mit dem Grundgesetz vereinbar ist (siehe Beitrag unten rechts). Die Unions-Fraktion will sogar nach Karlsruhe ziehen.

Der Plan der Koalition: 60 Milliarden Euro sollen in den Energie- und Klimafonds fließen.

Auch der Bundesrechnungshof dürfte grundsätzliche Kritik äußern. Die Ampel sieht im aktuellen, durch geplante Kredite im dreistelligen Milliardenbereich aufgepumpten Pandemie-Etat finanzielle Spielräume – und will sich diese für die Zukunft sichern. Dazu sollen 60 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt in die Rücklage des Energie- und Klimafonds (EKF), einem Sondervermögen des Bundes, fließen. Aus Sicht der Koalitionäre besteht dieser Spielraum, weil sie davon ausgehen, dass im laufenden Jahr 35 Milliarden Euro weniger ausgegeben und gleichzeitig 25 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Mittels des EKF sollen künftig „zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Transformation der deutschen Wirtschaft“ bezahlt werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Aus der Perspektive der Ampel ergibt dieses Vorgehen politisch durchaus Sinn. Die Vorhaben der neuen Koalition sind kostspielig

– und die Haushaltsansätze dürften wieder deutlich unterhalb der aktuellen 500 Milliarden Euro liegen. Ab 2023 will Finanzminister Lindner die Schuldenbremse des Grundgesetzes wieder einhalten, eine hohe Kreditaufnahme fällt damit aus. Eine Aufweichung der Schuldenregel wollen die Liberalen nicht, auch eine Erhöhung der Steuereinnahmen hat die Partei in den Koalitionsverhandlungen strikt ausgeschlossen. Mit Blick auf die Ausgabeite darf bezweifelt werden, dass SPD, Grüne und FDP sich auf so substantielle Streichungen einigen könnten, um die notwendigen Summen zu heben.

Schuldenregel Was politisch verlockend erscheint, könnte rechtlich in eine Grauzone führen. Der Vorwurf unter anderem der Opposition: Ausnahme-Kreditermächtigungen im Haushalt werden zweckfremd. Denn bei den übertragenen 60 Milliarden Euro handelt es sich tatsächlich um Kreditermächtigungen. Insgesamt darf der Bund in diesem Jahr Kredite in Höhe von 240 Milliarden Euro aufnehmen. Das sieht der im April von der alten Bundesregierung beschlossene Erste Nachtragshaushalt vor. Damit der Bund überhaupt in der Lage ist, diese Summe aufzunehmen, musste der Bundestag – wie schon im vergangenen Jahr – eine Ausnahme von der Schuldenregel beschließen. Die in Artikel 115 des Grundgesetzes normierte Regel sieht eigentlich vor, dass die jährliche Nettokreditaufnahme 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf, wenn die Wirtschaft brummt, noch weniger, wenn die Wirtschaft schwächelt, eher mehr. In diesem Jahr wären das neue Kre-

dite in Höhe von maximal rund 33,2 Milliarden Euro. Die tatsächlich geplante Kreditaufnahme liegt um 207 Milliarden Euro über dieser Grenze. Die Große Koalition hatte seinerzeit die „außergewöhnliche Notsituation“ mit der Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie begründet. Nun zweifelt insbesondere die Union daran, dass die Verlagerung von Mitteln in einen Fonds, aus dem Klima- und transformationspolitische Projekte der Ampel bezahlt werden sollen, in einem Sachzusammenhang mit der Pandemie steht. Das Vorgehen wäre also nicht von der Ausnahme von der Schuldenregel gedeckt, der Etat damit verfassungswidrig. Die Koalition sieht das anders: Sie führt das Handeln der alten Bundesregierung als Vorbild an: Mit der Zuführung wird laut Begründung des Haushaltsgesetzes angeknüpft „an die bereits im Jahr 2020 im Zusammenhang mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket erfolgten und zur Pandemiebewältigung bewährten Zuweisungen an den Energie- und Klimafonds“. Im Zweiten Nachtragshaushalt 2020 hatte die alte Bundesregierung eine Zuführung von 26 Milliarden Euro an den EKF eingepreist. Aus Sicht der Ampel dient die neuerliche Zuführung „weiterhin der Pandemiebewältigung und ist zur Überwindung der pandemiebedingten Notsituation erforderlich“. Eine hohe Zuweisung an den EKF sei notwendig, „um nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten zur Überwindung des Klimawandels beziehungsweise zur Transformation der deutschen Volkswirtschaft im Rahmen der Überwindung der Pandemie zu schaffen, damit in der anhaltenden pandemischen Notsituation Planungssicherheit für die Folgejahre zu geben und hiermit zusätzliche private Investitionstätigkeit anzuregen.“ Auf eine solche Zuweisung zu verzichten und die sich ergebenden Spielräume nicht „für pandemiebedingt notwendige wirtschaftliche Impulse ... und Transformationsaufgaben zu nutzen, würde der aktuellen Situation nicht gerecht“, heißt es in der Begründung weiter.

Sondervermögen Mit dem Verweis auf „nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten“ touchiert die Bundesregierung zudem einen Kritikpunkt, den insbesondere der Bundesrechnungshof in den vergangenen Jahren immer wieder angeführt hat und voraussichtlich wieder anführen wird. Dieser fällt eher in die Feinkostabteilung der Haushaltspolitik: der Sinn und Zweck von Sondervermögen. Sondervermögen sind gesonderte Teile des Bundesvermögens mit eigener Wirtschaftsführung, für deren Einrichtung es eine gesetzliche Grundlage braucht. Aus Sicht der Rechnungsprüfer können Sondervermögen dann sinnvoll sein, „wenn dort die zu finanzierenden Aufgaben nachweisbar effizienter als durch eine Mittelveranschlagung im Bundeshaushalt erfüllt werden“, wie es in den aktuellen Bemerkung des Bundesrechnungshofes (20/180) heißt.

Bei den in jüngster Zeit eingerichteten Sondervermögen war das nach Meinung der Rechnungsprüfer häufig nicht der Fall. Dabei unterscheiden die Rechnungsprüfer zwischen echten und unechten Sondervermögen. Ein echtes Sondervermögen verfügt über eigenes Vermögen oder über eigene Schulden. Ein Beispiel ist der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (siehe Seite 4), für den eigene Kreditermächtigungen eingerichtet worden sind. Unechte Sondervermögen erhalten ihre Mittel beziehungsweise übertragene Ausgabeermächtigungen direkt aus dem Bundeshaushalt. Dazu zählt etwa der 2011 eingerichtete EKF. Ganz grundsätzlich befindet der Rechnungshof, dass diese unechten Sondervermögen die verfassungsrechtlich gebotene Einheit des Haushalts beeinträchtigen. „Haushaltsrechtlich bedenklich“ sei zudem, dass Zuweisungen an die Fonds im jeweiligen Jahr im Haushalt abgebildet werden, kassenrelevant werden

die so übertragenen Kreditermächtigungen gegebenenfalls aber erst in den Folgejahren. Das „buchmäßige Vorziehen von Ausgabenbewilligungen“ verletze zudem Haushaltsgrundsätze wie „die Jährlichkeit, die Fälligkeit (Etatreife) und damit im Ergebnis auch die Haushaltswahrheit – im Sinne der Schätzgenauigkeit – und Haushaltsklarheit“. Diese Probleme zeigen sich nach Darlegung der Rechnungsprüfer „besonders stark“ beim EKF – just dem Fonds, den die Ampel nun aufpumpen will. In dem Fonds seien 2020 – wie auch in den Vorjahren – bei einer Vielzahl von Ausgabeiteln die geplanten Ausgaben zu hoch veranschlagt worden, also die Mittel schlicht nicht so abfließen, wie geplant. Dass die schon erwähnte Zuweisung durch die Große Koalition gleich direkt in die Rücklage wanderte, wertet der Rechnungshof als Zeichen dafür, dass die Regierung davon ausging, dass die Mittel in dem

Haushaltsjahr überhaupt nicht benötigt würden. „Bewusste Überveranschlagungen allein vor dem Hintergrund politischer Signalwirkungen sind mit den Haushaltsgrundsätzen unvereinbar und zu unterlassen“, kritisieren die Rechnungsprüfer. Aus ihrer Sicht wäre es aus haushaltsrechtlicher und finanzwirtschaftlicher Sicht am überzeugendsten, den EKF aufzulösen und in den Gesamthaushalt zu integrieren. In künftigen Haushaltsjahren geplante Ausgaben könnten – statt über Rücklagen in Sondervermögen – im Kernhaushalt mit sogenannten Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden. Das wäre das „haushaltsrechtlich angemessene Instrument“.

Konflikte vorprogrammiert Die Ampel-Koalition plant ziemlich genau das Gegenteil. Der EKF soll zum „Klima- und Transformationsfonds“ (EKT) weiterentwickelt werden. Mit Blick auf den Etat 2022 will die Koalition zudem prüfen, wie der EKT „im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten“ weiter verstärkt werden kann. Weitere Konflikte, zumindest mit dem Bundesrechnungshof, scheinen vorprogrammiert. *Sören Christian Reimer*

Aus Sicht der Kritiker besteht kein Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie.

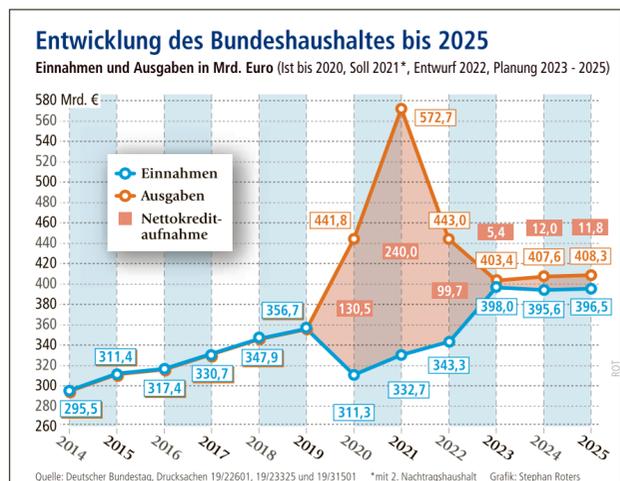
Schlagabtausch nach Rollenwechsel

DEBATTE FDP verteidigt Nachtragshaushalt 2021. Union hält ihn für verfassungswidrig

Union und FDP befinden sich nach ihrem politischen Rollentausch in einer komplizierten Lage. Während die Liberalen als Mitglied der Bundesregierung Vorhaben umsetzen wollen, die sie zuvor als Oppositionsfraktion noch kritisiert haben, lehnt die Union in der Opposition das ab, was sie in Regierungsverantwortung selbst initiiert hat. Beleg dafür war die Debatte zum Nachtragshaushalt 2021 (20/300) in der vergangenen Woche. Zuerst war Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an der Reihe und musste die Überführung von nicht ausgegebenen 60 Milliarden Euro aus den für 2021 geplanten Coronakrediten in den Energie- und Klimafonds (EKF) verteidigen, obwohl seine Fraktion in der Oppositionsrolle ein ähnliches Agieren der Großen Koalition noch scharf kritisiert hatte. Das Vorgehen sei richtig, weil auch die wirtschaftliche Entwicklung einen „Booster“ benötige. Gerade jetzt seien öffentliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen, die die Transformation einer der größten Industrienationen hin zur Klimaneutralität befördern, entscheidend. Lindner betonte, es gehe nicht darum allgemeine Projekte der Ampelkoalition oder etwa Staatskonsum zu finanzieren. „Die Mittel des Fonds werden zielgerichtet eingesetzt für transformative Investitionen.“ Für Christian Haase (CDU) sind das Tuschenspielertricks. In einer wundersamen Wandlung würden Coronakredite zu Klimakrediten. Die FDP sei sowohl in den

Wahlkampf als auch in die Sondierungsgespräche mit der klaren Linie gegangen, es werde kein Aufweichen der Schuldenbremse geben. „Wollen Sie dieses Versprechen mit ihrem ersten Gesetzentwurf brechen?“, fragte Haase. Es sei offensichtlich, dass die Schuldenbremse mit diesem „waghalsigen Manöver“ ausgehebelt werde. Die Ampel verfolge damit das Ziel, den Verschuldungsspielraum in den nächsten Jahren vollkommen unabhängig von Corona zu erhöhen. „Ich halte diesen Nachtragshaushalt für verfassungswidrig“, sagte er. „Reine Realsatire“ Von unseriösen Tricks, die einer Bundesregierung unwürdig seien, sprach Peter Boehringer (AfD) – teilte aber auch in Richtung Union aus. Die FDP habe ihr jetziges Vorgehen in ihrer Zeit als Oppositionsfraktion noch als verfassungswidrig bezeichnet. Die Union wiederum sei heute in der Opposition überzeugt davon, dass ihr analoges Vorgehen in der Regierung nun plötzlich rechtswidrige Finanzakrobatik sei. CDU und CSU wollten offenbar ihr eigenes Tun nachträglich per Klage vor dem Bundesverfassungsgericht prüfen lassen. „Das ist reine Realsatire“, so Boehringer. Sven-Christian Kindler (Grüne) warf allein der Union Heuchelei und Doppelmoral vor. Was die Ampel plane, sei dem, was die Große Koalition 2020 getan habe, „sehr ähnlich“. Der Bundestag habe 2020 und 2021 gemeinsam mit der Bundesregierung Kredite in erheblichem Umfang zur Bewäl-

tigung der Corona-Pandemie bereitgestellt. Diese Gelder seien für die Stabilisierung des Gesundheitssystems gedacht gewesen – und explizit auch für öffentliche Investitionen. „Diesen breiten Konsens sollte die Union in der Opposition jetzt nicht aufkündigen“, sagte Kindler. Dennis Rohde (SPD) sprach davon, Brücken in die Zukunft schlagen zu wollen. „Wir erleben weltweit, dass die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Transformation zugenommen hat“, sagte er. Viele Länder setzten darauf, CO₂-neutral zu werden. Auch in Deutschland müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, CO₂-neutral zu produzieren, „um wettbewerbsfähig zu bleiben“. Das koste Geld und sei der Grund, weshalb der Energie- und Klimafonds zu einem Klima- und Transformationsfonds weiterentwickelt werden müsse. Das „Täuschungsmanöver“ des Finanzministers hat aus Sicht von Gesine Lötzsch (Linke) nur einen Grund. „Sie brauchen dringend Geld und wollen nicht die Steuern für die Vermögenden erhöhen.“ SPD und Grüne dürften dabei nicht mitmachen, verlangte Lötzsch und plädierte für eine Vermögensabgabe der reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung. *hau*



Beschäftigte in einigen durch die Corona-Krise angeschlagenen Unternehmen können entspannter Weihnachten feiern. Der Bundestag hat das Stabilisierungsfonds-gesetz und das Wirtschaftsstabilisierungsbeschleunigungsgesetz über den Jahreswechsel hinaus bis zum 30. Juni 2022 verlängert (20/189, 20/246). Neben den Koalitionsfraktionen stimmten auch die Abgeordneten der Union zu, AfD und Linke enthielten sich. Damit kann der Bund weiterhin Unternehmen, die wegen der Pandemie in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, mit Kreditgarantien oder staatlicher Beteiligung unter die Arme greifen. Die EU-Kommission hatte zuvor ihre Genehmigung solcher Beihilfen über den Jahreswechsel hinaus bis Mitte nächsten Jahres verlängert.

Stille Einlagen gegen die Pleite Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) war während der ersten Corona-Welle im März 2020 eingerichtet worden, als die Reisetätigkeit fast zum Erliegen gekommen war und insbesondere Unternehmen aus dem Verkehrs- und Touristiksektor die Pleite drohte. Damals beteiligte sich der WSF mit Stillen Einlagen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro unter anderem an der Lufthansa. Am 12. November 2021 zahlte die Fluggesellschaft die letzte Tranche vorzeitig zurück. Weiterer prominenter Nutznießer ist der Reisekonzern TUI, an dem der WSF noch eine Stille Einlage von rund einer Milliarde Euro hält. Bis November hat der Fonds laut Bundeswirtschaftsministerium insgesamt 21 Rekapitalisierungsmaßnahmen mit einem Volumen von 8,69 Milliarden Euro vereinbart. Dass auch künftig noch Bedarf besteht, zeigt das Beispiel des Warenhauskonzerns Galeria, der Anfang Dezember weitere Millionenhilfen aus dem Fonds beantragt hat.

Mit der Verlängerung um ein halbes Jahr wird nun zwar der Umfang der gesetzlich möglichen Rekapitalisierungen von 100 auf 50 Milliarden Euro gesenkt, doch ist das noch immer ein Vielfaches der bislang in Anspruch genommenen Mittel. Für Kreditgarantien und Bürgschaften, die zweite Säule des Gesetzes, sinkt das mögliche Volumen von 400 auf 100 Milliarden Euro. Dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge sind hiervon nach letztem Stand 5,9 Milliarden in Anspruch genommen.

Angesichts dessen „bleiben wir im WSF handlungsfähig, aber überführen ihn in die finanzpolitischen Realitäten“, sagte der FDP-Abgeordnete Reinhard Houben bei der abschließenden Lesung des Gesetzes vergangene Woche. Sobald sich ein Unternehmen wieder konsolidiert habe, zahle es die Kredite und Einlagen zurück und konkurriere wieder auf dem freien Markt. Das sei seiner Fraktion wichtig. „Wir glauben an den Markt und an den Wettbewerb und nicht an staatswirtschaftlichen Dirigismus“, betonte Houben.

Die Unionsfraktion trug die Anpassungen im Finanzvolumen sowie das Gesetz als Ganzes mit. Dennoch benannte Sebastian Brehm (CSU) „drei Dinge, die die Sorge machen“. Erstens die Antragsfrist, die schon Ende April ablaufe und es für Unternehmen schwer mache, rechtzeitig auf Basis solider Zahlen für das erste Quartal Anträge zu stellen. Zweitens die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die Schuldentilgung von 20 auf 36 Jahre zu verlängern und damit die nächsten Generationen maßgeblich zu belasten. Als größte Sorge aber nannte Brehm, dass niemand wisse, wie die Koalition alles finanzieren wolle.

Noch viel grundsätzlicher fiel die Kritik der AfD-Fraktion aus, deren Redner Michael Espendiller die FDP als „liebe Genossen“ begrüßte. Der deutsche Mittelstand sei „in Auflösung begriffen“. Traditi-



Verlängert

CORONA-HILFEN Bundestag beschließt den Fortbestand des Wirtschaftsstabilisierungsfonds. In Notlage geratene Unternehmen können noch bis Ende April staatliche Unterstützung beantragen

Die Lufthansa bekam 2020 Unterstützung im Umfang von neun Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Die Stillen Einlagen hat das Unternehmen bereits zurückgezahlt.

© picture-alliance/Daniel Kubirski

onsreiche Firmen müssten dicht machen und sich von verdienten, langjährigen Mitarbeitern trennen. Die Coronamaßnahmen geißelte Espendiller als „Booster für diese zerstörerische Entwicklung“. Die neue Ampelregierung werde „leider diesen Prozess eher beschleunigen als bremsen“. Mehr als 300.000 Selbständige habe Deutschland in der Zeit der Coronamaßnahmen bereits verloren. Die Zahl der Selbständigen sei damit auf den tiefsten Stand seit 25 Jahren gesunken, so der Abgeordnete. Da die AfD „die deutsche Wirtschaft unterstützen“ wolle, lehne sie den Entwurf aber nicht ab, sondern enthalte sich.

Gesine Lötzsch (Linke), deren Fraktion sich bei der Schlussabstimmung ebenfalls

enthielt, machte ihre Kritik an der Lufthansa fest. Diese sei mit Steuergeldern gerettet worden, doch das Management habe trotzdem Tausende Beschäftigte entlassen. Die übrigen hätten kräftige Geldeinbußen hinnehmen müssen. Überdies sei das Management der Fluggesellschaft nicht bereit gewesen, die Öffentlichkeit über seine Aktivitäten in Steueroasen zu unterrichten. „Das ist nicht hinzunehmen, das passt nicht zusammen“, empörte sich Lötzsch.

„Ankerinvestor“ Redner der Koalitionsfraktionen führten dagegen die Lufthansa als Beleg für die Wirksamkeit des WSF an. Deren vorzeitige Rückzahlung der Stillen Beteiligung des Bundes zeige sehr deutlich, dass das Instrument wirke, erklärte Kathrin

Michel (SPD). Für Michels Fraktionskollegin Verena Hubertz steht der WSF für den „Staat, wie wir ihn uns vorstellen: als gemeinwohlorientierter Ankerinvestor unserer Sozialen Marktwirtschaft, und das auch in Krisenzeiten“. Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) machte jedoch eine Einschränkung bei ihrer Zustimmung zur WSF-Verlängerung geltend: Es könne „nicht sein, dass die Allgemeinheit für wirtschaftliche Risiken aufkommt und ohne Gegenleistung die Vermögen von privaten Eigentümern gerettet werden“. Ihre Fraktion wolle im Haushaltsausschuss sicherstellen, „dass kein Steuergeld als Dividendenzahlung an Aktionäre gegeben wird“. Und auch eine Bedingung nannte Schäfer: „Wer sich unter unseren Rettungsschirm stellt, muss sich auch mit uns gemeinsam auf den Pfad der Klimaneutralität begeben“, sagte die Grünen-Abgeordnete. In dem jetzt beschlossenen Gesetz steht daher allerdings nichts.

Peter Stützel

»Wir überführen den WSF in die finanzpolitischen Realitäten.«

Reinhard Houben (FDP)

Weiter Ringen um die Atomenergie in EU

TAXONOMIE Deutschland steht klar zum Ausstieg

Mit Ausnahme der AfD hat der Bundestag am Donnerstag eine Laufzeitverlängerung der Atomkraft abgelehnt. In Europa ist das Bild komplexer. Vor allem Frankreich forciert eine Einstufung der Kernkraft als grüne Energie in die EU-Taxonomie.

„Blackout verhindern – Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen“ lautete der Titel des Antrags der AfD-Fraktion (20/274). Die sechs verbliebenen deutschen Kernkraftwerke lieferten „sicher, bezahlbar und umweltfreundlich elektrische Energie“. Daher müsse das Atomgesetz novelliert und ein Weiterbetrieb beziehungsweise eine Wiederinbetriebnahme „bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehnts“ ermöglicht werden, fordert die AfD. Denn die Versorgungssicherheit sei in Folge der Energiewende akut gefährdet, die Blackout-Gefahr nehme zu. Zudem seien geologische Endlager „mit modernster Kerntechnologie nicht mehr notwendig, da durch verschie-

dene Transformationsverfahren langlebige Radionuklide in kurzlebige umgewandelt und damit Kernbrennstoffkreisläufe praktisch vollständig geschlossen werden können“, heißt in der Begründung. „Aufgrund der weltweidmsten Energiepolitik“ sei es mittlerweile „fünf Minuten vor zwölf“ in Deutschland, legte der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré bei der Debatte im Bundestag nach. Die Energieversorger schlugen aufgrund von drohender Stromunterdeckung Alarm und Industrieunternehmen würden aufgrund der hohen Energiepreise aus dem Land gejagt. Um eine preiswerte und sichere Energieversorgung zu gewährleisten, sei der Weiterbetrieb der nahezu CO2-freien Kernkraftwerke zwingend nötig.

Kein Blackout Bei den anderen Fraktionen konnte die AfD damit nicht punkten. Der im Antrag behauptete Blackout der Stromversorgung sei falsch, sagte die neu in den Bundestag gewählte Sanae Abdi (SPD). Sie verwies auf ein aktuelles Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Zudem sei die Atomkraft keineswegs CO2-neutral, wenn man den Energieaufwand unter anderem beim Abbau von Uran berücksichtige, ganz abgesehen von der Endlagerung der radioaktiven Abfälle für eine Million Jahre. „Wir beschäftigen uns mit der Zukunft unseres Landes und dem Ausbau erneuerbarer Energien; beschäftigen Sie sich weiter mit ihren Blackouts“, sagte sie zur AfD-Fraktion. Die von der AfD behauptete risikoarme Transmutation des Atomabfalls sei „ein Märchen“, unterstrich der ebenfalls neu gewählte Stefan Wenzel (Grüne). Dies sei von der Endlagerkommission sehr gründlich untersucht worden und „von allen Seiten in Bausch und Bogen verworfen worden“. „Das Projekt können Sie vergessen“, so Wenzel. Ralph Lenkert (Linke) verwies auf alternative Möglichkeiten der Gewährleistung der Versorgungssicherheit: mehr Energiespei-

cher, Wasserstoff-Elektrolyseure und Biogasanlagen, die direkt in das vorhandene Gasnetz einspeisen. Zudem gehe es um die Stärkung der Stadtwerke, welche vor Ort Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie koordinierten. „Das senkt das Risiko von deutschlandweiten Blackouts“, betonte Lenkert.

„Der vorliegende Antrag ist dünn und vor allem in der Sache falsch“, sagte Lukas Köhler (FDP). Denn die zwei Grundprämissen, dass Kernkraft zur Versorgungssicherheit gebraucht werde und günstig seien de facto widerlegt. Atomkraft sei extrem teuer, was das Beispiel des Baus von Hinkley Point im Südwesten Englands zeige. So müsse der Atommeiler mit zehn Cent pro Kilowattstunde (kWh) abgesetzt werden, neue Solarparks in Portugal könnten für nur einen Cent/kWh gebaut werden.

„Es handelt sich um eine Ansammlung von Fehlinformationen und von Irrtümern“, kommentierte Andreas Lenz von der Union den Antrag. Die deutschen Kraftwerksbetreiber wollten diese Technologie nicht mehr und es sei klar, dass Kernkraft nicht die günstigste Form der Energieerzeugung sei. Kein Versicherungsunternehmen der Welt versichere im Übrigen Atomkraftwerke. Nun müsse es darum gehen, die nationale Wasserstoffstrategie weiterzuentwickeln und neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien Investitions- und Planungssicherheit für neue Gaskraftwerke zu schaffen.

Erwartungsgemäß wurde der Antrag der AfD von den anderen Fraktionen abgelehnt. In Europa dagegen ist die Bewertung der Kernkraft vielstimmiger. Derzeit wird heftig um die Einstufung von Atomkraft als grüne Energie in der EU-Taxonomie gerungen, einem Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen. Vor allem Frankreich mit seinem hohen Atomstromanteil von 70 Prozent macht sich dafür stark, Atomkraft als umweltfreundlich einzustufen, um private Investitionen zu erleichtern und sicherzustellen, dass die Nuklearenergie staatlich förderbar bleibt. Unterstützung für diesen Kurs kommt insbesondere von osteuropäischen Ländern. Gegen die Einstufung der Kernkraft als grün stemmen sich vor allem Deutschland, Österreich, Dänemark, Portugal und Luxemburg. Komplexer wird die Thematik dadurch, dass es zugleich um die Einstufung von Gas als grüne Energie geht. Frankreich lehnt dies mittelfristig eher ab. Die neue Bundesregierung bekennt sich zum Zubau neuer Gaskraftwerke zur Stützung der Versorgungssicherheit. Beim jüngsten EU-Gipfel am 16. Dezember konnten die Regierungschefs keine Einigung erzielen. Ungarn und Polen versuchten die EU-Kommission zu drängen, noch in diesem Monat die Regeln für eine nachhaltige Finanztaxonomie vorzuschlagen, andere Mitgliedsländer forderten noch Bedenkenzeit. Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Macron wollen gemeinsam nach einem Kompromiss suchen. **Hans-Christoph Neidlein**

»Unternehmen werden wegen der hohen Strompreise aus dem Land gejagt.«

Steffen Kotré (AfD)

»Der Antrag der AfD ist dünn und vor allem in der Sache falsch.«

Lukas Köhler (FDP)

In Berlin geht Rot-Grün-Rot an die Arbeit

REGIERUNGSBILDUNG Franziska Giffey (SPD) soll erste Regierende Bürgermeisterin der Hauptstadt werden - Grüne und Linke haben Senatorenposten vergeben

Drei Tage vor Heiligabend will sich die Sozialdemokratin Franziska Giffey zur Regierenden Bürgermeisterin von Berlin wählen lassen. Mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Die Linke soll mit der früheren Bundesfamilienministerin erstmals eine Frau den Posten besetzen. Obwohl die drei Parteien seit 2016 regieren, verliefen die Koalitionsgespräche teilweise sehr kontrovers, wie Teilnehmerkreise berichteten. Bis Freitag, 17. Dezember, 13:00 Uhr, konnten zudem noch die Mitglieder der Linken über den Koalitionsvertrag entscheiden. Der 150 Seiten starke Koalitionsvertrag trägt den Titel „Zukunftshauptstadt Berlin. Sozial, ökologisch, vielfältig, wirtschafts-stark“. Darin werden vor allem die Bereiche Bau und Nahverkehr als wichtige Themen genannt. Die Koalitionspartner wollen zeigen, dass „Berlin Vorreiter sein kann in vielen Bereichen“, sagte die SPD-Landesvorsitzende und designierte Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey bei der Vorstellung des Vertrages Ende November.

So wollen die rot-grün-roten Partner unter anderem ein Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen mit kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen sowie Genossenschaften auf den Weg bringen. Bis 2031 sollen 210.000 neue Wohnungen gebaut werden. Eine Frage, die bereits den Wahlkampf überlagerte, war die Enteignung großer Wohnungsunternehmen in Berlin. Die Parteien haben sich auf die Einsetzung einer Expertenkommission geeinigt, in der Voraussetzungen zur Umsetzung des Volksentscheides geprüft werden sollen. Nach einem Jahr will das Gremium eine Empfehlung vorlegen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 26. September haben die Berliner auch über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ abgestimmt, eine Mehrheit ist für dieses Vorhaben. Franziska Giffey kündigte außerdem an, die Situation in den Bürgerämtern zu verbessern, in denen Berliner nicht selten monatelang auf Termine warten müssen. Polizei und Justiz sollen mehr Personal bekommen und Lehrerinnen und Lehrer wieder verbeamtet werden. Auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs hat Priorität. Zum einen sollen mehrere U-Bahnlinien verlängert werden, zum anderen neue Tram- und Busverbindungen zum Stadt-



Franziska Giffey soll neue Regierungschefin Berlins werden. © picture-alliance/dpa/ C. Koall

rand und ins Umland gebaut werden. Das Parken soll teurer werden, zudem ist ein Neuausbau und eine Erweiterung des Radwegenetzes geplant. Während die SPD die Besetzung der vier Senatsposten für Bauen und Stadtentwicklung, Wirtschaft, Inneres und Bildung erst am 20. Dezember bekanntgeben will, steht das Personal von Grünen und Linken bereits fest. Die Grünen erhalten drei Ressorts. Spitzenkandidatin Bettina Jarasch übernimmt die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima, Ulrike Gote soll das neu geschaffene Ressort Wissenschaft und Gesundheit führen, und erstmals stellen die Grünen in Berlin mit Daniel Wesener den Finanzsenator. Selbst parteiintern waren die Personalentscheidungen nicht

unumstritten. Vor allem die 56-jährige Gote wurde als Überraschkungskandidatin wahrgenommen. Die bisherige Dezernentin für Gesundheit und Bildung in Kassel gilt als Vertraute von Jarasch. Die beiden Katholikinnen kennen sich aus dem Bundesvorstand der Partei, Fachbereich Religionspolitik. Auch Daniel Wesener als zukünftiger Finanzsenator gilt als Überraschung. Der 46-jährige, frühere Landesvorsitzende war neben seiner Aufgabe als Parlamentarischer Geschäftsführer zuletzt zwar auch Sprecher für Haushalt, Finanzen und Kultur und hat den Ruf eines ausgewiesenen Haushaltsexperten, doch lange galt Grünen-Parteichef Werner Graf für einen Senatsposten als gesetzt, ging bei der Vergabe jedoch leer aus. Er wird nun als Parlamentarischer Geschäftsführer im Abgeordnetenhaus gehandelt. Die Grünen werden aber erst Anfang des Jahres ihre Fraktionspitze neu wählen.

Die Linken stellen im neuen Senat drei Senatorinnen und Senatoren. Die frühere Bundesvorsitzende Katja Kipping soll Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales werden. Die 43 Jahre alte Kipping, die aus Sachsen stammt, führte von 2012 bis zum Februar die Linkspartei zusammen mit dem Ko-Vorsitzenden Bernd Rixinger. Klaus Lederer, seit 2016 Kultursenator, soll

weiter im Amt bleiben. Er will seine bisherige Förderschwerpunkte – von Musikschulen über die Ateliersuche von Künstlern bis zu Jugendtheatern – ausbauen. Das Justizressort soll die Hochschullehrerin Lena Kreck übernehmen. Vor zwei Jahren fiel die 40-jährige Juraprofessorin bei der Wahl als Richterin für den Verfassungsgerichtshof im Abgeordnetenhaus durch. Damals kam es zum Eklat, weil die Kandidatin der Linken nicht die notwendigen Stimmen bekam. Der Vorgang führte zu einem Streit, weil die Regierungskoalition und die Opposition vorher verabredet hatten, ihre jeweiligen Kandidaten gegenseitig zu unterstützen. Die Mitglieder des Berliner Verfassungsgerichtshofs werden vom Berliner Abgeordnetenhaus mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

Wer bei den Sozialdemokraten welchen Posten übernimmt, darüber herrscht laut Medienberichten, selbst in Teilen der Partei Unklarheit. Die Personalentscheidungen sollen im allerkleinsten Kreis vorbereitet und getroffen werden. Einzig Andreas Geisel soll offenbar im Senat verbleiben. Der 1966 in Ost-Berlin geborene Politiker war bisher Innenminister und von 2014 bis 2016 Senator für Stadtentwicklung, auf diesen Posten könnte der Giffey-Vertraute zurückkehren. **Nina Jeglinski**





Trotz betont freundschaftlicher Begrüßung von Präsident Macron (links) und Bundeskanzler Scholz: Es gibt politische Reibungspunkte zwischen Frankreich und Deutschland.

© picture-alliance/dpa

Mehr Zeit für Kommunen

FAMILIE Die Laufzeit des Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Höhe von 750 Millionen Euro wird um ein Jahr bis Ende 2022 verlängert. Ohne Gegenstimmen nahm der Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Regierungsfractionen der SPD, der Grünen und der FDP (20/190) gemäß einer Beschlussempfehlung des Hauptausschusses (20/259) am vergangenen Donnerstag in zweiter und dritter Lesung an. Lediglich die AfD-Fraktion enthielt sich der Stimme. Einstimmig für erledigt wurde zugleich ein Antrag (20/29) und ein Gesetzentwurf (20/83) der CDU/CSU-Fraktion mit der gleich Zielsetzung. Die Fristverlängerung war wegen der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli dieses Jahres sowie den damit verbundenen Verzögerungen bei der Lieferung von Baustoffen und der eingeschränkten Verfügbarkeit von Handwerkern nötig geworden. In den vielen Kommunen verzögert sich dadurch die Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen. Mit der Verabschiedung des Ganztagsfördergesetzes hatte der Bundestag einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter eingeführt, der ab August 2026, beginnend bei Schülern der ersten Klassen, stufenweise bis 2029 umgesetzt werden soll. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruches mit Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro. **aw** ||

Große Ambitionen

EU-RATSVORSITZ Frankreich will Europa gleich in mehreren Bereichen voranbringen

Spätestens seit der Feier seines Wahlsieges zur Europahymne ist klar, dass Emmanuel Macron ein überzeugter Europäer ist. Die EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar beginnt, ist für den Staatschef deshalb ein ganz besonderes Ereignis. Frankreich will in den kommenden sechs Monaten die EU gleich in mehreren Bereichen voranbringen, wie Macron am 9. Dezember bei einer Pressekonferenz ankündigte. Ziel sei ein „in der Welt mächtiges Europa, das voll souverän, frei in seinen Entscheidungen und Meister seines Schicksals ist“, so formulierte es der Präsident.

»Ein souveränes Europa hat seine Grenzen im Griff.«

Präsident Emmanuel Macron

Souveränes Europa Das Wort „Souveränität“ zieht sich seit Jahren wie ein roter Faden durch Macrons Europapolitik. Schon in seiner Rede an der Sorbonne 2017 sprach er von einem „souveränen, geeinten und demokratischen“ Europa. Die EU-Ratspräsidentschaft bietet ihm nun die Gelegenheit, sein Feuerwerk an Ideen, das er damals zündete, in die Tat umzusetzen. Dabei muss der Staatschef allerdings auf die Befindlichkeiten im eigenen Land Rücksicht nehmen. In Frankreich wird im April ein Präsident oder eine Präsi-

dentin gewählt. Im Wahlkampf, der bereits in vollem Gange ist, geben die rechtsextremen Kandidaten mit ihrem Anti-Einwanderungskurs den Ton an. Macron nannte in seiner gut zweistündigen Pressekonferenz deshalb als erstes Anliegen einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen. „Ein souveränes Europa ist für mich ein Europa, das seine Grenzen im Griff hat.“ Eine Art Schengenrat solle künftig für eine kohärente Einwanderungspolitik sorgen. Um auf Notfälle wie an der Grenze zwischen Polen und Belarus zu reagieren, sollten Mitgliedstaaten durch einen neuen Krisenmechanismus Polizei und Grenzschutz entsenden können. Auch den Migrationspakt will Macron voranbringen, der eine gerechtere Verteilung der Migranten in der Europäischen Union vorsieht, wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsstaaten aber auf Eis liegt.

Der 43-Jährige hat sich zwar selbst noch nicht zum Kandidaten erklärt, doch an seiner Ambition besteht kein Zweifel. Die EU-Ratspräsidentschaft könnte er als eine Art Booster für seine Kandidatur nutzen. Deshalb liegen die wichtigsten Termine auch vor den Wahlen: Ein EU-Afrika-Gipfel

im Februar und ein Gipfel zum Wirtschaftswachstum im März. Die EU brauche dafür einen eigenen Investitionsplan, der neue Bereiche wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Digitalwirtschaft berücksichtige, forderte Macron. Der Haushaltsrahmen müsse für diese „neuen Investitionen“ erweitert werden. Das könnte allerdings dazu führen, dass die EU ihre Haushaltsdisziplin weiter aufweicht. Macron zweifelt das Haushaltsdefizit von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das die Mitgliedstaaten als Obergrenze zugestanden wird, bereits offen an. Die Frage, ob man für oder gegen die drei Prozent sei, sei überholt.

Differenzen mit Deutschland Die Äußerung stieß auf sanften Widerspruch von Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Tag nach Macrons Pressekonferenz seinen Antrittsbesuch in Paris machte. Es sei durchaus möglich, das Wachstum in der EU zu stärken und gleichzeitig für solide Finanzen zu sorgen, sagte der SPD-Politiker, dessen Ampelkoalition sich die Rückkehr zur Schuldenbremse in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. In Frankreich, wo der Rechnungshof einen nie da gewesen Anstieg der Staatsausgaben kritisiert, hat dagegen die Staatsverschuldung mit 116 Prozent einen neuen Rekord erreicht. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire räumte bereits ein, dass bei dem heiklen

Thema keine schnelle Einigung zu erwarten sei. Ein weiterer Reibungspunkt mit der neuen Bundesregierung dürfte die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik werden, die in einem Grundlagendokument festgeschrieben werden soll. Schon seit Jahren wirbt Macron für eine strategische Autonomie Europas, zu der unter anderem die Erhöhung des Verteidigungsetats gehört. Als einzige verbliebene Atommacht der EU fordert Frankreich von den anderen Staaten mehr militärisches Engagement. Das gilt insbesondere für Deutschland, wie Außenminister Jean-Yves Le Drian beim Antrittsbesuch seiner Kollegin Annalena Baerbock (Grüne) klarmachte. Deutsch-

land habe vor allem in der Sahel-Zone eine wichtige Rolle zu spielen, mahnte Le Drian. Frankreich, das seit 2013 in Mali gegen Dschihadisten vorgeht, will sein Engagement herunterfahren: Bis 2023 will Macron die Hälfte der gut 5.000 stationierten Soldaten abziehen. Mit seinem Programm macht der Präsident seinen Anspruch auf die Führungsrolle in der EU klar. Doch für seine ehrgeizigen Pläne bleibt ihm nur wenig Zeit: Bereits Mitte März beginnt die heiße Wahlkampfphase, in der die Regierung politische Zurückhaltung üben muss. Die wichtigsten EU-Projekte müssen bis dahin also abgeschlossen sein. **Christine Longin** ||

STICHWORT

EU-Ratspräsidentschaft

> Vorsitz Frankreich übernimmt ab 1. Januar 2022 für sechs Monate den Vorsitz im Rat der EU, der turnusmäßig zwischen den EU-Mitgliedstaaten wechselt. Immer drei Mitgliedstaaten arbeiten als sogenannter Dreivorsitz eng zusammen. Auf Frankreich folgen Tschechien und Schweden. Deutschland bildete 2020/21 mit Portugal und Slowenien ein „Trio“.

> Aufgaben Die Präsidentschaft organisiert und leitet die Tagungen und Sitzungen auf allen Ebenen des Rates, bestimmt die Agenda, lotet Kompromisse aus und sorgt insgesamt für Kontinuität im Entscheidungsprozess.



© picture alliance/AP/Ludovic Mainil

AfD kritisiert 2-G-Regeln

WIRTSCHAFT Sorge um Firmen in Existenznot

Um die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen, gelten in der Gastronomie und im Einzelhandel seit Anfang Dezember 2-G-Regeln: Das nahm die AfD-Fraktion in der vergangenen Woche zum Anlass, in einer aktuellen Stunde auf die wirtschaftliche Lage dieser Branchen und ihrer Mitarbeiter hinzuweisen. Kay Uwe Ziegler (AfD) übte heftige Kritik an den 2-G-, 2-G-plus- und 3-G-Regeln, sie führten zu starken Umsatzverlusten in Einzelhandel und Gastronomie und brächten die Firmen in Existenznot. Die Einbußen lägen teilweise bei bis zu 80 Prozent. Bernd Westphal (SPD) warf dem AfD-Redner vor, die Menschen im Land zu verunsichern und die Gesellschaft zu spalten. Durch die Unterstützungsmaßnahmen der Regierung, wie das Überbrückungsgeld eins bis vier, hätten der Handel und die Gastronomie stabilisiert werden können. Tilman Kuban (CDU) hielt der AfD vor, dass es nach deren Plänen weder Corona-Tests noch Masken oder Impfungen gäbe. Auch Kuban begrüßte die Wirtschaftshilfen und verwies auf die am Donnerstag verlängerten Corona-Hilfen für Unternehmen. Dieter Janecek (Bündnis 90/Die Grünen) forderte die Erhöhung der Impfquote. Beispiele aus Ländern wie Kanada, Portugal und Spanien zeigten, dass das öffentliche

Leben sehr viel schneller wieder hochgefahren werden könne, wenn möglichst viele Menschen geimpft seien. Er argumentierte, durch eine hohe Impfquote würden auch Händler und Gastronomen sowie die Veranstaltungsbranche weniger Umsatzverluste erleiden. Manfred Todtenhausen (FDP) verwies auf die Lage im vergangenen Winter, aktuell gebe es keinen Lockdown, weil Maßnahmen wie 2-G-Regeln und Impfungen das verhinderten, die Regeln seien sinnvoll und würden laufend angepasst, und die Mehrheit der Menschen nehme die Maßnahmen auch an. Der Grund, warum ein Teil der Bürger die Innenstädte aktuell meide, sei die Angst vor einer Ansteckung mit Corona und nicht die Regeln, sagte der FDP-Politiker. Pascal Meiser (Die Linke) warf der AfD vor, „Krokodilstränen“ zu vergießen. Seit zwei Jahren torpediere die Partei nahezu jede Maßnahme zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Auch die Bundesregierung habe einiges versäumt, vor allem die Höhe des Kurzarbeitergeldes für Geringverdienende endlich angehoben. Gerade in der Gastronomie und im Einzelhandel seien die Löhne niedrig, und der Bezug von Kurzarbeitergeld für diese Menschen stelle ein „reales Armutsrisiko“ dar. **nki** ||

Keine Frage ob, sondern wie

RELIGIONSFREIHEIT Amt des Beauftragten soll bleiben, aber Berichtswesen neu ausgestaltet werden

Um die globale Religionsfreiheit stehe es zunehmend schlecht, mahnte jüngst der scheidende Beauftragte der Bundesregierung für die weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU). Sein Amt, das die Große Koalition 2018 erstmalig eingerichtet hatte, sah die Unionsfraktion nun offenbar in Gefahr: Die Ampel müsse das „internationale Engagement für das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit fortsetzen“ und die Beauftragtenstelle erhalten, forderte die CDU/CSU in einem Antrag, über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag (20/267) erstmalig debattierte und anschließend zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwie. **Wirkungsvolle Institution** Das Amt habe sich als eine „junge, aber sehr wirkungsvolle Institution“ erwiesen, sagte Michael Brand (CDU) in der Debatte. Deshalb gelte es, diese inklusive der Berichte an den Bundestag als Beitrag zum „globalen Monitoring“ beizubehalten. Brand appellierte an die Ampelkoalition, dem Amt „die Verankerung“ zu geben, die es „mit all seinem Potenzial für die Menschenrechte“ verdiene. Dem widersprach die SPD nicht: Der bisherige Beauftragte habe ausgewogen agiert, betonte Frank Schwabe und konnte

beruhigen: „Das Amt wird bleiben.“ Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), in deren Ressort das Amt angesiedelt ist, habe bereits angekündigt, in Kürze einen Vorschlag für die Besetzung zu machen. Schwabes Fraktionskollege Lars Castellucci regte jedoch an, von dem bisherigen Berichtswesen, das auf einige ausgewählte Länder fokussiere, zu einem „Monitoring

aller Länder“ zu kommen. Ungeachtet dessen warf Jürgen Braun (AfD) der Regierung vor, sie interessiere sich nicht für das Thema: „Religionsfreiheit hat in der deutschen Politik keine Lobby außer der AfD“. Vor der Christenverfolgung schließe sie die Augen, das Amt des Beauftragten haben sie „stillschweigend“ abgeschaffen wollen. Max Lucks (Grüne) hingegen mahnte, auch in

Deutschland bestehe Handlungsbedarf: Juden und Muslime müssten sich endlich auch mit „Kippa oder Kopftuch auf die Straße trauen“ könnten. Der Union hielt er vor, „30 Menschenrechte auf ein Menschenrecht und einen Beauftragten“ zu verkürzen. Das werde der Lage nicht gerecht.

„Symbolischer Stellenwert“ Renata Alt (FDP) bemängelte, dass der vorliegende Antrag überwiegend auf die Religionsfreiheit der Christen abhebe. Der Union gehe es augenscheinlich weniger um die Religionsfreiheit als solche, als vielmehr um den „symbolischen Stellenwert des Amtes“, monierte die Liberale. Petra Pau (Linke) schließlich machte klar, dass man das Anliegen teile, aber über die Ausgestaltung noch zu reden sei. So stelle sich die Frage, ob es das Amt des „Religionsbeauftragten beim BMZ“ brauche, meinte Pau. „Wäre es nicht beim Menschenrechtsbeauftragten und seiner Ausstattung auch gut aufgehoben?“ **Sandra Schmid**



Der scheidende Religionsfreiheitsbeauftragte, Markus Grübel (l), beim Besuch des jesischen Tempels von Lalisch im Irak 2018. © picture alliance / photothek | Ute Grabowsky / photothek.net

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Frau Mayer-Ahuja, in dem von Ihnen mit herausgegebenen Sammelband beleuchten sie mehr als 20 Berufsgruppen. Es geht beispielsweise um den Arbeitsalltag in der Pflege, der Paketzustellung, der Spargelernte, der Gebäudereinigung und im Einzelhandel. Was verbindet diese „verkannten Leistungsträger:innen“?

Soziologisch gesprochen sind es diejenigen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass Arbeitskraft wiederhergestellt und gesellschaftliche Strukturen reproduziert werden. Zum Beispiel, indem sie Arbeitskraft überhaupt erst verfügbar machen, weil sie in Kitas professionelle Sorgearbeit leisten. Das sind die Menschen, die, wie es Angela Merkel sagte, den Laden am Laufen halten. Diese Beschäftigtengruppen stehen normalerweise nicht im Fokus der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit.

Woran machen sie fest, dass die Leistung verkannt wird? Geht es ums Geld?

Darum geht es auch. Wir argumentieren, dass diese gesellschaftlich notwendige Arbeit und jene, die sie ausüben, lange aus dem Blick geraten waren. Wie hochgradig wichtig diese Leistung ist, das hat in der Pandemie nun auch der Letzte begriffen. Wir haben es in den Beschäftigtengruppen sehr oft mit Frauen und migrantischen Beschäftigten zu tun. Die Löhne und Gehälter sind niedrig. Oft sind unsichere Arbeitsverhältnisse die Norm: befristete Verträge, nicht sozialversicherungsspflichtige Mini-Jobs oder Alleinselbstständigkeit wie beispielsweise in der Paketzustellung.

Zu Beginn der Pandemie wurde dazu aufgerufen, für die Heldinnen und Helden der Pandemie zu klatschen. Hat sich etwas in der Anerkennungskultur geändert?

Das kommt stark auf dem Bereich an. Für die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel hatte sich das Klatschen schon im zweiten Lockdown relativiert. Die Kundinnen und Kunden haben ihren Frust im Supermarkt rausgelassen. Materielle Verbesserung hat es für die Beschäftigten auch nicht gegeben. Anders sieht das in der Krankenhauspflege aus.

Inwiefern?

Die Pandemie hat besonders deutlich werden lassen, dass der seit Jahren bekannte Pflegenotstand dringend behoben werden muss – und dass sich dafür etwas an den Löhnen und Arbeitsbedingungen ändern muss. Die Tarifabschlüsse für die unteren Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst waren jüngst überdurchschnittlich hoch. Das liegt zum einen an der öffentlichen Aufmerksamkeit, zum anderen daran, dass die Beschäftigten begonnen haben, sich zu organisieren und zu streiken. Wir sind aber weit davon weg, dass es nun schön wäre, in der Pflege zu arbeiten. Im letzten Jahr haben viele Pfleger und Pflegerinnen ihren Job verlassen, weil sie unter den Arbeitsbedingungen leiden. Dieser Bereich ist dennoch ein Positivbeispiel. In anderen Bereichen sehen wir solche Entwicklungen nicht. Bei den Lieferdiensten ist hingegen etwas mehr Bewegung zu sehen.

In einem Beitrag zu diesen Lieferdiensten beschreibt der Autor, wie die Beschäftigten quasi nur noch per App mit dem Unternehmen kommunizieren und teils von einer Roboterstimme angerufen werden, wenn es Probleme gibt. Welche Wirkung hat das auf die Beschäftigten?

Es führt zu einer Distanzierung vom Unternehmen. Das Gegenüber verschwindet. Wo man keinen Menschen mehr hat, um Probleme klären zu können, führt das zu Hilflosigkeit und einem Gefühl des Ausgeliefertseins. Das ist nicht nur bei den „Ridern“ der Lieferdienste so, sondern auch in der Paketzustellung. Dort wird mittels digi-



Holden der Pandemie: Beschäftigte der Berliner Charité traten im Spätsommer in den Streik. © picture-alliance/dpa/p. Zinken

Klassenfragen

ARBEIT UND KAPITAL Die Soziologin Nicole Mayer-Ahuja im Gespräch über »verkannte Leistungsträger:innen«

tales Hilfsmittel auch Kontrolle ausgeübt, etwa über die Sendungsverfolgung. Das Problem des Verschwindens des Gegenübers wird mit der Digitalisierung dringlicher, aber die Situation ist schon länger so.

Was meinen Sie damit?

Selbst in großen Unternehmen argumentiert das Management oft, dass man gar nicht über Löhne und Arbeitsbedingungen entscheiden könne, da man sich nach dem Markt, der Kundschaft oder der Konkurrenz zu richten habe. Das sind Sachzwänge, die dazu führen, dass die Entscheidungen und die Akteure, die dahinter stehen, aus dem Blick geraten. Das ist aber ein Problem: Denn um die Verhältnisse zu ändern, muss man zunächst verstehen, dass sie auch anders sein könnten, dass jemand entschieden hat, dass es so sein soll.

Bei einem Start-up der Branche, dem Lebensmittel-Lieferant „Gorillas“ aus Berlin, haben Beschäftigte im Sommer versucht, ihre Arbeitsbedingungen zu ändern, und sind teils in wilde Streiks getreten. Was tut sich in der Branche?

In der Branche gibt es viele neue Firmen, die sehr schnell gewachsen sind. Dort herrschen teils fragwürdige Arbeitsbedingungen. Der Fall von „Gorillas“ ist sehr interessant, weil es die Beschäftigten geschafft haben, sich zu organisieren.

Woran lag das?

Das liegt am Geschäftsmodell. Die Beschäftigten müssen zu bestimmten Sammelpunkten kommen, um die Ware zum Ausliefern abzuholen. Dort sind die Rider miteinander ins Gespräch gekommen. Es entwickelte sich eine Dynamik, die auch mit

massiven Missachtungserfahrungen zu tun hat. Schon im Winter 2020, als es in Berlin besonders kalt war und Schnee lag, hatten Rider für bessere Schutzausrüstung und bessere Kleidung protestiert. Da fing es in vielen Unternehmen an, zu brodeln.

In dem Band werden branchenübergreifend reihenweise unzumutbare Arbeitsbedingungen beschrieben. Müsste es nicht deutlich mehr Arbeitskämpfe geben?

Ja, aber das ist teilweise schwierig. Gerade bei personenbezogenen Dienstleistungen – in der Pflege, in der Kita – gibt es oft eine große Zurückhaltung der vor allem weiblichen Beschäftigten, das Unternehmen zu bestreiken, da dann ja die Patienten, Kinder oder Eltern leiden würden. Das ist ein sehr wirkungsvoller Mechanismus, der über Jahrzehnte Arbeitskämpfe verhindert hat. In Bereichen wie der Fleischindustrie mit einem hohen Anteil migrantischer Beschäftigter wirkte die Rekrutierung über Subunternehmen und die Vermittlung an Unternehmen mittels Leiharbeit oder Werkvertrag als Unterdrückungsmechanis-

Nicole Mayer-Ahuja, Oliver Nachtwey (Hg.): Verkannt Leistungsträger:innen. Bericht aus der Klassengesellschaft

Suhrkamp Verlag; Berlin 2021; 567 S.; 22 €

mus, der Organisation schwierig macht. Das heißt aber nicht, dass nichts geht. Ein erstaunliches Beispiel im Buch ist der transnationale Arbeitskampf bei einer Billigfluglinie. Dort ist es den Beschäftigten gelungen, über Sprachbarrieren und verschiedene Arbeitsrechtkontexte hinweg bessere Arbeitsbedingungen zu erstreiten.

Der Untertitel ihres Bandes heißt „Berichte aus der Klassengesellschaft“, in Ihrem Essay sehen Sie in der Klassenpolitik den Ansatz, um die Bedingungen zu ändern. Das sind kämpferische und durchaus provokante Begriffe...

Ja, Klassenpolitik ist ein Reizwort, auch Klassengesellschaft macht stutzig. In Deutschland war es lange nicht möglich, die Dauerhaftigkeit und Stabilität von sozioökonomischer Ungleichheit und Klassenunterschieden zu diskutieren. Es gab die Auffassung, dass der Unterschied zwischen Kapital und Arbeit keine große Rolle mehr spielt und dort, wo er es noch tut, an Bedeutung verlieren wird. Wir sehen aber, dass er eben doch eine Rolle spielt. Unternehmen sind vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen. Viele Beschäftigte, etwa Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, haben ihren Job verloren oder sind nach langer Kurzarbeit hoch verschuldet. Und obwohl etwa im Grundgesetz, Artikel 3, alle möglichen Arten von Diskriminierung verboten werden, nur nicht die aufgrund von Klassenzugehörigkeit, hängen Lebenschancen eben doch stark von der sozioökonomischen Position ab.

Wo setzt die Klassenpolitik an?

Es geht darum, Arbeitende zusammen zu bringen, die nicht viel miteinander zu tun haben oder sogar in Konkurrenz zueinander stehen. Kapitalismus heißt ja, dass der Wettbewerb zwischen Unternehmen, Standorten, aber auch Arbeitenden permanent geschürt wird. Solidarität ist da die Ausnahme, nicht die Regel. Klassenpolitik heißt, trotzdem gemeinsame Interessen zu verfolgen und gegen die zugrundeliegende Wettbewerbs-Logik des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems anzuarbeiten. Erfolge sind möglich, aber sie werden immer wieder in Frage gestellt.

Welche Rolle spielt dabei die klassische Politik? Wie bewerten Sie zum Beispiel den Koalitionsvertrag?

Ich hatte zum Beispiel auf die Abschaffung von Mini-Jobs gehofft. Immerhin hat die Pandemie gezeigt, dass diese Grauzone des Arbeitsmarktes ein riesiges Problem ist und dringend ausgeleuchtet gehört. Beschäftigte fallen von heute auf morgen aus ihrem Arbeitsverhältnis und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld. Nun will die Koalition die Verdienstgrenze für Mini-Jobs sogar anheben. Damit werden noch mehr Menschen unter diesen Bedingungen arbeiten. Es geht aber auch anders: Nach jahrelangen Protesten und Konflikten ist es gelungen, in der Fleischindustrie die Werkverträge zu verbieten. Von daher ist es wichtig, die Politik in die Verantwortung zu nehmen und an Punkten, an denen es offenkundig Verbesserungen braucht, nicht nachzulassen.

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer.

Nicole Mayer-Ahuja (Foto) ist Arbeitssoziologin. Sie hat die Professur für die Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Georg-August-Universität Göttingen inne.



KURZ REZENSIENT

Markus K. Brunnermeier:

DIE RESILIENTE GESELLSCHAFT

Wie wir künftige Krisen besser meistern können. Aufbau Verlag; Berlin 2021, 336 S., 24 €

Unter den in der Corona-Pandemie erschienenen Büchern sticht die Arbeit des Makro- und Finanzökonom Markus Brunnermeier besonders positiv heraus. Für seine „Resiliente Gesellschaft“ erhielt er den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2021, selbst Wirtschafts-Nobelpreisträger fanden lobende Worte. Brunnermeier gelingt es unterhaltsam darzulegen, warum „Resilienz“, also die Fähigkeit „zurückzufedern“, für unsere Gesellschaften immer wichtiger wird. Er belässt es dabei nicht bei theoretischen Überlegungen, sondern präsentiert Entscheidungen und Bürger zahlreiche Vorschläge und Ideen, wie sie künftig mit Krisen wie der Corona-Pandemie besser umgehen können. Brunnermeier ist es wichtig, dass die Produktionssysteme grundlegend verändert werden. Bislang funktionieren sie nach dem Just-in-Time-Prinzip: Maximale Warenströme bei minimalen Beständen. Die globalen Wertschöpfungsketten müssten nach dem „Für-den-Fall-der-Fälle-Prinzip“ umgebaut werden, damit sich die Wirtschaft nach einem Schock rasch erholen könne. Dafür seien Sicherheitsbestände „nützlich, weil sie es ermöglichen, Schocks zu absorbieren.“ Voraussetzung sei jedoch eine „Neuordnung unseres Denkens zugunsten der Resilienz“ und neue Kosten-Nutzen-Rechnungen. Der Autor bekräftigt, Resilienz mindere nicht nur die negativen Wirkungen von Krisen, sondern sie eröffne mehr Chancen und Möglichkeiten für eine rasche Erholung der Wirtschaft. Damit sei Resilienz ein wichtiger Bestandteil von Nachhaltigkeit, denn bereits kleine Schocks könnten schädliche Rückkopplungsschleifen auslösen. Nachdrücklich plädiert Brunnermeier dafür, den Menschen in diesem Umgestaltungsprozess Eigenverantwortung zuzugestehen. Außerdem schlägt er den Abschluss eines neuen Gesellschaftsvertrages für die „Post-Corona-Gesellschaft“ vor. Resilienz könne hierbei als Polarstern dienen. manu |

Andreas Speit:

VERQUERES DENKEN

Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. C.H. Links Verlag, Berlin 2021; 239 S., 18 €

Bücher dieser Qualität werden dringend benötigt: Populistische Parteien und Splittergruppen nutzen die Corona-Pandemie, um immer aggressiver gegen die parlamentarische Demokratie zu hetzen und sich dabei als Verteidiger der „Freiheit“ zu gerieren. In einer profunden Studie erläutert der freie Journalist und taz-Kolumnist Andreas Speit die Entstehung dieser Bewegungen, ihre Argumentationsmuster und Ziele. Speit beschreibt die „alternative Szene“ in Deutschland mit ihren zahlreichen Milieus und kommt zu einem vernichtenden Urteil. Sein besonderes Interesse gilt der „Programmatik“ der sogenannten „Querdenker“. Dabei wird deutlich, warum Anhänger der Grünen und Vertreter der linken Szene gemeinsam mit Reichsbürgern demonstrieren, flankiert von den Anhängern diverser Verschwörungsgruppen wie QAnon sowie linken und rechten Esoterikern. Besonders empfehlenswert sind die Kapitel über die Anthroposophen-Szene, die Anhänger der Tierrechtsbewegung und über die neurechte „Anastasia-Bewegung“. Speit verweist auf die Einzelstimmung, die vor allem von Extinction Rebellion verbreitet werde. Einer ihrer Gründer, bekannt für sein antisemitisches Gedankengut, rufe nachdrücklich zum zivilen Ungehorsam auf. Ungeachtet der vielen apokalyptischen Prophezeiungen über das Ende der Demokratie bleibt festzuhalten, wie reibungslos abgesehen von den Schwierigkeiten in Berlin die jüngste Bundestagswahl vonstattenging. Wie im Fall der wunderbaren Streitschrift „Generation beleidigt“ der französischen Feministin Caroline Fourest über die Extreme der Identitätspolitik werden auch die Kritiker von Andreas Speit schwerlich überzeugende Gegenargumente finden. Denn die „Alternativen“ können ihm kaum als Konservativen oder Rechten brandmarken – bekannt wurde er durch seine herausragenden Recherchen zum Thema Rechtstextextremismus und Rechtspopulismus. manu |

Durch Erneuerung Leistungs- und Zukunftsfähigkeit erreichen

Bürokratie, Regulierung, Verwaltung in der Krise

Update für Deutschland

Von StSekr a.D. Dr. Johannes Ludewig

2021, 176 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-8391-5

(Modernisierung des öffentlichen Sektors („Gelbe Reihe“), Bd. 49)

Flüchtlings- und Corona-Krise haben gezeigt: Bürokratie, Regulierung, Verwaltung in Deutschland sind nicht auf der Höhe der Zeit, weisen erhebliche Schwachstellen auf. Der Autor zeigt aufgrund persönlicher Erfahrungen, wie durch Erneuerung Leistungs- und Zukunftsfähigkeit erreicht werden können.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Das unterschätzte graue Nashorn

CORONA Adam Tooze legt eine erste Analyse zu den wirtschaftlichen Folgen vor

Eigentlich wollte Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker an der New Yorker Columbia University und Autor des Buches „Crashed“ über die Finanzkrise 2008, an seine Forschung vor einem guten Jahrzehnt anknüpfen, doch dann kam Corona. Tooze wechselte kurzerhand das Thema – und erzählt in „Welt im Lockdown“ die Geschichte einer globalen Notlage ganz anderer Art. Doch auch sein jüngstes Werk ist im Kern das eines Ökonomen. Tooze versucht, den Kampf gegen die Ausbreitung der Seuche mit den wirtschaftlichen Folgen dieser Politik zu verbinden. Als Historiker steht er vor dem Dilemma, das Phänomen nicht mit dem notwendigen Abstand, sondern mitten im Prozess beschreiben zu müssen. So besteht die Gefahr einer schnell überholten Analyse. „Jeder Versuch, einen narrativen Rahmen über den Tumult zu legen, den wir immer noch durchleben, ist zwangsläufig unvollständig und unterliegt der Revision.“ Der Autor löst das Problem, indem er den Beobachtungszeitraum gezielt eingrenzt. Er beschränkt sich auf die zwölf Monate vom Januar 2020 bis Januar 2021: Am Anfang gibt die chinesische Regierung bekannt, dass sich in Wuhan eine bisher unbekannt Seuche ausbreitet; am Ende wird Joe Biden neuer US-Präsident.

„Das Virus war kein schwarzer Schwan, kein radikal unerwartetes Ereignis“, heißt es in der Einleitung. „Es war vielmehr ein graues Nashorn, ein Risiko, das so selbstverständlich geworden ist, dass es unterschätzt wird.“ Das galt zu Beginn der Pandemie nicht nur für notorische Verharmloser wie Trump oder Bolsonaro, sondern für weite Teile von Wissenschaft und Politik in vielen Ländern. „Ein Jahr später taumelte die Welt“, konstatiert Tooze. In der Geschichte des modernen Kapitalismus habe es noch nie eine Situation gegeben, in der 95 Prozent der Volkswirtschaften gleichzeitig einen so gravierenden Rückgang ihres Bruttoerzeugnisses verkräften mussten. Mehr als drei Milliarden Erwerbstätige wurden in Zwangsurlaub geschickt oder arbeiteten phasenweise von zu Hause aus. 1,6 Milliarden junge Menschen mussten ihre Ausbildung unterbrechen. Die globalen Einkommensverluste summieren sich schon im ersten Krisenjahr auf mindestens zehn Billionen Dollar. „Dass die Welt kollektiv diesen Stillstand gewollt hat, unterscheidet diese Rezession grundlegend von allen vorherigen.“ Im historischen Rückblick habe es schon weitaus tödlicherer Seuchenausbrüche gegeben, beispielsweise im Fall Corona sei „die Reaktion“. Neoliberale Konzepte erwiesen sich als untauglich, eine

unerwartete Renaissance erlebte der ökonomisch eingreifende Staat, der gigantische Rettungsprogramme auf Pump auflegte – und die dadurch steigende öffentliche Verschuldung in Kauf nahm. Die Stärke von Toozes Buch liegt in seiner stets globalen Perspektive, die in der politischen Bekämpfung der Pandemie leider nicht die Regel war und ist. Die Weltgesundheitsorganisation agiert weitgehend machtlos, nationale Egoismen der reichen Staaten dominierten das Krisenmanagement. Wie im Brennglas zeigt das die äußerst ungleiche Verteilung der Impfstoffe. Das deutliche Gefälle könnte sich rächen, denn neue Virusmutationen entstehen vor allem dort, wo zu wenig Menschen geschützt sind. Thomas Gesterkamp |

Adam Tooze:

Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen.

C.H. Beck Verlag, München 2021; 408 S., 26,95 €

»Höchste Zeit für Parität«

FRAUEN IN DER POLITIK Eine Studie der EAF Berlin und des Instituts Allensbach hat die Teilhabe von Frauen in Parteien untersucht. Helga Lukoschat, eine der Autorinnen, fordert einen Kurswechsel für eine echte Gleichberechtigung

Frau Lukoschat, im Koalitionsvertrag heißt es: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in diesem Jahrzehnt erreicht werden.“ Was sollte das aus Ihrer Sicht für die Politik selbst bedeuten?

Ganz eindeutig: Die Förderung der politischen Teilhabe von Frauen, die zu einer Parität in den Parlamenten führt. Das ist entscheidend, denn in den Parlamenten werden die Weichen gestellt. Die anhaltende Unterrepräsentanz ist ein Punkt, den wir wirklich dringend verändern sollten.

Nun haben aber Paritätsgesetze auf Landesebene durch entsprechende Urteile von Landesverfassungsgerichten erstmal einen Dämpfer bekommen.

Gerade deshalb fanden wir es umso wichtiger, durch unsere Studie zu zeigen, dass Handlungsbedarf da ist. Noch ist das letzte juristische Wort dazu nicht gesprochen. Ich bin froh, dass sich der Koalitionsvertrag zumindest zum Ziel der Parität bekennt. Ich würde sagen: Viele Wege führen nach Rom, aber ich halte eine gesetzliche Vorgabe für die effektivste. Zuerst müssen die Parteien selbst reagieren - und das zeitnah.

Künftig sollen Gesetze und Maßnahmen einem Gleichstellungs-Check unterzogen werden.

Das ist eine sehr sinnvolle Neuerung und ich hoffe, dass sie nicht nur als bürokratische Pflicht abgehakt wird. Denn nach wie vor wird bei großen Projekten, wie den Corona-Hilfen zum Beispiel, zu wenig danach gefragt, ob sie sich auf Frauen in besonderer Weise auswirken.

Nun liegen 16 Jahre hinter uns, in denen eine Frau Kanzlerin war. Woran merken Sie das, wenn Sie heute auf unser Land schauen?

Das Thema Frauen in der Politik ist viel stärker ins Bewusstsein gerückt. Angela Merkel als Kanzlerin hat dazu einerseits bestimmt beigetragen. Auf der anderen Seite hat diese lange Kanzlerschaft vielleicht auch verhindert, bei bestimmten Dingen noch einmal genauer hinzuschauen. Denn eine Frau an der Spitze verändert eben nicht strukturelle Barrieren in der Politik. Der Frauenanteil in der Unionsfraktion hat sich kaum erhöht, wieder ist ein ganz großer Teil der Direktmandate an Männer gegangen, in der Kandidatenriege für den CDU-Vorsitz findet sich keine Frau. Das sind schon Zeichen dafür, dass man sich ein bisschen auf dem Erfolg einer Kanzlerin ausgerichtet hat.

Der Frauenanteil im Bundestag hat sich seit den 1980er Jahren von vorher maximal zehn auf mehr als 30 Prozent erhöht. Ist das ein Erfolg der Quote?

Ja, wobei die Quote auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen ist, auf die einige Parteien vor rund 30 Jahren reagiert haben. Umgekehrt sollte die Beeinflussung aber auch funktionieren, weil Parteien eine verfassungsrechtlich herausgehobene Rolle besitzen und deshalb umso mehr den Grundwerten von Demokratie und Gleich-

berechtigung verpflichtet sind. Ich glaube, es ist ein Wechselspiel. Ohne die Quote sähe es auch bei SPD, Grünen und Linken ganz anders aus.

Gegenüber 2017 ist der Frauenanteil im Bundestag leicht auf 34,7 Prozent gestiegen. Er stagniert aber seit langem bei knapp über 30 Prozent.

Da wäre noch mehr drin, wenn alle Parteien entsprechende Quotenregelungen hätten. Parallel dazu sollten sie die Parteikul-

tur reformieren, Sitzungsorte- und -zeiten überprüfen, für professionelle Moderationen in ihren Gremien sorgen, die jeglichen Alltagssexismus unterbinden. Wichtig ist auch, Gleichstellung als Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen, nicht als Frauenangelegenheit. Die Führung einer Partei bis hinunter in die Ortsstufe ist dafür zuständig. Es würde unserem politischen System insgesamt gut tun, wenn die Parteien hier ernsthafte agieren würden.

In Ihrer Studie „Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen“ haben Sie auch nach den Gründen des Engagements gefragt. Warum gehen Frauen in die Politik?

Frauen gehen aus ähnlichen Gründen wie Männer in die Politik. Es ist vor allem der Wunsch, etwas zu bewegen, sich für ein Thema einzusetzen. Ein interessantes Ergebnis der Studie war, dass der Hintergrund eines politisch interessierten Elternhauses als Motiv etwas stärker bei den FDP-Frauen ausgeprägt war und die thematische Motivation besonders stark bei Grünen und Linken.

Was ist mit einer langfristigen Art der Karriereplanung? Wie geradlinig sind die Wege von Frauen durch die Parteistrukturen?

Für Frauen sind sie deutlich weniger geradlinig, analog zu vielen Berufsbiografien. In der Phase, wo beruflicher Einstieg, Familiengründung und politisches Engagement zusammenkommen, haben Frauen größere Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit all dessen. Während Männer bei ihrer Karriereplanung an ihre Netzwerke aus den Jugendorganisationen nahtlos anknüpfen können, müssen Frauen nach einer, vielleicht familienbedingten Pause, oft von



Helga Lukoschat

© EAF Berlin

„Ich muss sagen, ich hatte nicht mit dem Ausmaß gerechnet: Bei den Bundestagsabgeordneten geben fast 100 Prozent an, Angriffe im Internet zu erleben, bei denen Frauen viel stärker in sexualisierter Form betroffen sind.“

Helga Lukoschat

vorn anfangen. Bereits in den Jugendorganisationen aber werden jene Netzwerke geknüpft, die sehr verlässlich sind und die in späteren Konkurrenzsituationen dabei helfen, die Spannung von Konkurrenz und Loyalität auszuhalten. Das ist bei den Frauen noch sehr viel weniger ausgeprägt.

Reicht es, Sitzungszeiten familienfreundlicher zu gestalten, damit die Parteien mehr Frauen gewinnen?

Das wäre auf jeden Fall ein ganz grundlegender Schritt. Auf dem Papier steht das al-

> STICHWORT

Studie zu Frauen in Parteien

> **Befragung** Die Studie „Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen“ (Download unter www.eaf-berlin.de) basiert auf der Befragung von 800 Politikerinnen und Politikern sowie auf 34 qualitativen Interviews.

> **Fragen** Gefragt wurde nicht nur nach der Integration und Förderung von Frauen. Untersucht wurden auch sexistische Einstellungen in Politik und Parteien.

> **Ziel** Den Autorinnen geht es nicht nur um eine kritische Zustandsbeschreibung, sondern auch um konkrete Handlungsempfehlungen für die Akteure.

les schon lange und ich frage mich: Warum wird es denn nicht durchgesetzt? Erstens könnten die Parteien Erfahrungen mit Digitalformaten stärker nutzen. Sie ersetzen nicht den politischen Austausch, aber in bestimmten Situationen erleichtern sie die Partizipation ganz erheblich. Zweitens müssen sie sich fragen: Wie ist die Redekultur, welche Themen werden priorisiert? Viele der von uns befragten Frauen haben berichtet: Unsere Themen stehen eben nicht unbedingt ganz oben auf der Agenda. Das Verständnis dafür, dass das ein wichtiger Bestandteil des politischen Geschehens ist, ist noch ausbaufähig.

Gerade jüngere Frauen haben oft das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Gleichzeitig berichten sie von einer grundsätzlich guten Willkommenskultur. Ist das nicht ein Widerspruch?

Klar wollen die Parteien junge Leute und insbesondere junge Frauen gewinnen und natürlich ist das Bild nicht überall gleich. Aber fast alle befragten Frauen und Männer haben gesagt: Es gibt Luft nach oben in meiner Partei, wir sollten proaktiver auf Neue zugehen, sie ermuntern, sie nach ihren Wünschen fragen. Man möchte also einerseits neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen, verlangt aber meist, dass diese sich einfügen. Dass man sich auch selbst verändern kann, wenn neue Menschen dazukommen, diese Erkenntnis fehlt oft. Stattdessen gibt es einen großen Anpassungsdruck.

Nun werden Frauen den Kampf für Gleichberechtigung nicht allein gewinnen. Sind reine Frauen-Netzwerke überhaupt erfolgversprechend?

Das ist in der Tat ein Dilemma. Ich finde es absolut richtig, und das wird auch von den Befragten gefordert, dass Frauen zu den bestehenden Netzwerken, die eben oft männlich geprägt sind, besseren Zugang haben sollen und dort gleichberechtigt agieren können. Aktuell ist es so, dass manche Frauen sagen: „Mir macht das nichts aus, ich gehe mit den Männern abends ein Bier trinken, das ist Teil meines Jobs.“ Aber viele sehen es eben anders und fühlen sich dort überhaupt nicht wohl. Insofern ist es beides: Man muss sowohl versuchen, diese männlich dominierten Netzwerke zu verändern. Dabei sind vor allem jene Männer gefragt, die selber eine andere Kultur möchten. Andererseits ist es dennoch wichtig, auch Frauen-Netzwerke zu stärken.

Die Studie ergab auch: Fast alle Politiker erleben Angriffe im Internet, bei Frauen finden diese aber viel stärker in sexualisierter Form statt. Zeigt das, wie gängig diese Form der Abwertung von Frauen in weiten Teilen immer noch ist?

Ja. Und ich muss sagen, ich hatte nicht mit dem Ausmaß gerechnet. Bei den Bundestagsabgeordneten geben fast 100 Prozent an, solchen Angriffen ausgesetzt zu sein. Das finde ich schon sehr krass. Es ist auch krass bei den Männern, aber bei Frauen hat es eine andere Dimension. Während bei

ZUR PERSON

Helga Lukoschat studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte. Anschließend war sie als Journalistin und Publizistin tätig und promovierte mit einer Studie über Frauen in Führungspositionen. Sie ist Mitbegründerin der EAF (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft) Berlin und heute deren Vorstandsvorsitzende. Darüber hinaus engagiert sie sich in zahlreichen nationalen und internationalen Projekten für die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen.

Männern kritisiert wird, was sie für eine unsinnige Politik machen, ist es bei Frauen oft das Aussehen, die Figur. Das geht bis hin zu wüstesten Beschimpfungen.

Hält dies Frauen von der Politik ab? Unsere Ergebnisse zeigen: Jene, die sich politisch engagieren wollen, werden sich davon nicht abhalten lassen. Aber: Es werden sich erstens viele Frauen abhalten lassen, soziale Medien zu nutzen. Das gilt insbesondere für die Kommunalpolitik, weil man dort nicht diese Unterstützungsstruktur hat wie in einer großen Bundestagsfraktion. Zweitens werden sich weniger Frauen deutlich positionieren, also weniger sichtbar sein. Das ist ein ganz großes Thema, dem man sich gesetzgeberisch widmen sollte. Zudem haben 40 Prozent der Politikerinnen und 60 Prozent der unter 45-jährigen sexuelle Belästigung erlebt, also unangemessene Berührungen, Bemerkungen, Blicke. Auch das ist ein deutlicher Befund. Es ist sehr wichtig, dass erstens offen darüber gesprochen wird und dass zweitens entschieden etwas dagegen getan wird, zum Beispiel in Form von Ombudsstellen. Die neue Bundestagspräsidentin will hier ja auch tätig werden.

Sie kritisieren, dass Frauen von Parteien auch als „Aushängeschild“ instrumentalisiert werden. Woran kann man das festmachen?

Durchaus an den Selbstbeschreibungen. In den Interviews haben uns das einige Frauen so geschildert. Das heißt nicht, dass sie das nicht selbst für sich nutzen und auch nutzen sollten. Aber es ist eben wichtig, die Mechanismen zu durchschauen, um zu erkennen: Ändert sich etwas in strukturellen Fragen? Und es ist wichtig, dass Frauen sich dazu austauschen, um gut damit umgehen zu können und nicht gegeneinander ausgespielt zu werden.

Inwiefern gibt es bei der Teilhabe eigentlich Unterschiede zwischen der Kommunal- und der Bundespolitik?

Im Großen und Ganzen gibt es nicht so große Unterschiede. Unter anderem stellt sich die Frage der Vereinbarkeit von Privatleben, Beruf und Engagement auf kommunaler Ebene nochmals anders, weil Kommunalpolitik in der Regel eine ehrenamtliche Sache ist. Kommunalpolitik ist aber sehr oft auch das Sprungbrett, schon dort entscheidet sich, ob und wie es mit der Parteikarriere weitergeht. Von daher ist das Vereinbarkeitsthema schon entscheidend. Gleichzeitig haben Frauen auf kommunaler Ebene bessere Chancen als auf Landes- und Bundesebene, was aber auch heißt, diese Posten sind nicht ganz so attraktiv.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

➔ Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Petitionen



© Deutscher Bundestag/Inga Haar

Martina Stamm-Fibich (SPD)

In der vergangenen Legislaturperiode war die 56-jährige Fränkin bereits stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, den sie nun leitet. Als Mitglied im Gesundheitsausschuss war Martina Stamm-Fibich als Berichterstatterin unter anderem für Patientenrechte zuständig. In den Bundestag zog sie erstmals 2013 ein.

31 Ausschussmitglieder

SPD: Bengt Bergt, Axel Echeverria, Anika Klose, Martin Kröber, Erik von Marlottki, Takis Mehmet Ali, Udo Schiefner, Stefan Schwartze, Martina Stamm-Fibich

CDU/CSU: Simone Borchardt, Marlon Bröhr, Yannick Bury, Martina Enghardt-Kopf, Bernhard Loos, Andreas Mattfeldt, Gero Storzjohann, Sabine Weiss

Grüne: Erhard Grundl, Swantje Henrike Michaelsen, Beate Müller-Gemmeke, Corinna Rüffer, Beate Walter-Rosenheimer

FDP: Valentin Abel, Ingo Bodtke, Reginald Hanke, Manfred Todtenhausen, **AfD:** Gereon Bollmann, Johannes Huber, Robert Farle

Linke: Ina Latendorf, Sören Pellmann

Wahlprüfung und Geschäftsordnung



© picture-alliance/SZ Photo/Jürgen Heinrich

Daniela Ludwig (CSU)

Die CSU-Abgeordnete Daniela Ludwig (46) zog bereits 2002 erstmals in den Bundestag ein, zunächst über die Landesliste Bayern, bei den folgenden Bundestagswahlen gewann sie stets das Direktmandat im Wahlkreis Rosenheim. Von 2019 bis 2021 war die Diplom-Juristin zudem Drogenbeauftragte der Bundesregierung.

19 Ausschussmitglieder

SPD: Jan Dieren, Esther Dilcher, Sonja Eichwede, Johannes Fechner, Macit Karaahmetoğlu, Marianne Schieder

CDU/CSU: Stefan Heck, Ansgar Heveling, Daniela Ludwig, Carsten Müller, Patrick Schnieder

Grüne: Irene Mihalic, Filiz Polat, Till Steffen

FDP: Stephan Thomae, Johannes Vogel

AfD: Stephan Brandner, Thomas Seitz

Linke: Jan Korte

Auswärtiges



© Michael Parkas

Michael Roth (SPD)

Michael Roth (51) bringt jede Menge Erfahrung mit für den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss. Der Diplom-Politologe aus Hessen war von 2013 bis 2021 Staatsminister für Europa beim Bundesaußenminister. Zudem war er Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Dem Bundestag gehört er seit 1998 an.

46 Ausschussmitglieder

SPD: Adis Ahmetovic, Jürgen Coße, Karamba Diaby, Andreas Larem, Bettina Lugk, Michael Müller, Michelle Müntefehring, Dietmar Nietan, Aydan Özgözü, Michael Roth, Nils Schmid, Frank Schwabe, Ralf Stegner

CDU/CSU: Knut Abraham, Peter Beyer, Thomas Erndl, Manfred Grund, Jürgen Hardt, Roderich Kiesewetter, Markus Koob, Armin Laschet, Katja Leikert, Alexander Radwan, Peter Ramsauer, Norbert Röttgen, Annette Widmann-Mauz

Grüne: Tobias Bacherle, Max Lucks, Omid Nouripour, Merle Spellerberg, Jürgen Trittin, Robin Wagener, Jamila Schäfer

FDP: Bijan Djir-Sarai, Ulrich Lechte, Frank Müller-Rosentritt, Jens Beeck, Anikó Merten, Rainer Semet

AfD: Petr Bystron, Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Joachim Wundrack

Linke: Sevim Dagdelen, Gregor Gysi

Inneres und Heimat



© Deutscher Bundestag/Marco Urban

Kommissarischer Vorsitz

Der Ausschuss für Inneres und Bau wird vorerst kommissarisch von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) geleitet. Der von der AfD-Fraktion nominierte Vorsitzende Martin Hess verfehlte mit sechs Ja- gegen 40 Nein-Stimmen die erforderliche Mehrheit. Pau leitet das Gremium als dienst- und lebensältestes Ausschussmitglied.

46 Ausschussmitglieder

SPD: Lars Castellucci, Hakan Demir, Sebastian Fiedler, Ulrich Grötsch, Sebastian Hartmann, Elisabeth Kaiser, Simona Koß, Dunja Kreiser, Helge Lindh, Susanne Mittag, Ingo Schäfer, Carmen Wegge, Gülistan Yüksel **CDU/CSU:** Philipp Amthor, Michael Breilmann, Stefan Heck, Marc Henrichmann, Alexander Hoffmann, Silke Launert, Petra Nicolaisen, Moritz Oppelt, Josef Oster, Detlef Seif, Alexander Throm, Christoph de Vries, Mechthilde Wittmann

Grüne: Leon Eckert, Marcel Emmereich, Katrin Göring-Eckardt, Lamya Kaddor, Misbah Khan, Konstantin von Notz, Julian Pahlke **FDP:** Sandra Bubenendorfer-Licht, Manuel Höferlin, Ann-Veruschka Jurisch, Volker Redder, Linda Teuteberg, Stephan Thomae **AfD:** Bernd Baumann, Gottfried Curio, Stefan Janich, Martin Hess, Christian Wirth

Linke: Petra Pau, Martina Renne

Sport



© picture-alliance/dpa/ZBodo-Schackow

Frank Ullrich (SPD)

Den meisten Deutschen ist Frank Ullrich (63) als Olympiasieger von Lake Placid (1980) im Biathlon und als Trainer der Herren-Nationalmannschaft ein Begriff. Bei der Bundestagswahl setzte sich der Thüringer in seinem Wahlkreis als Direktkandidat der SPD unter anderem gegen Hans-Georg Maaßen (CDU) durch.

19 Ausschussmitglieder

SPD: Jasmina Hostert, Bettina Lugk, Sabine Poschmann, Christian Schreider, Frank Ullrich, Herbert Wollmann

CDU/CSU: Fritz Güntzler, Jens Lehmann, Stephan Mayer, Johannes Steiniger, Dieter Stier

Grüne: Erhard Grundl, Philip Krämer, Tina Winklmann

FDP: Philipp Hartewig, Bernd Reuther

AfD: Jörn König, Klaus Stöber

Linke: André Hahn

Recht



© picture-alliance/Flaschner/Krick

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU)

Seit 2005 sitzt Elisabeth-Winkelmeier-Becker (59) im Bundestag und gewann stets das Direktmandat in ihrem Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis. Ab 2014 war die ehemalige Richterin rechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, von 2019 bis 2021 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium.

39 Ausschussmitglieder

SPD: Esther Dilcher, Sonja Eichwede, Johannes Fechner, Sebastian Fiedler, Macit Karaahmetoğlu, Esra Limbacher, Kaweh Mansoori, Zanda Martens, Jan Plobner, Marianne Schieder, Carmen Wegge

CDU/CSU: Ansgar Heveling, Susanne Hierl, Ingmar Jung, Günter Krings, Stephan Mayer, Axel Müller, Carsten Müller, Martin Plum, Volker Ullrich, Maria-Lena Weiss, Elisabeth Winkelmeier-Becker

Grüne: Canan Bayram, Lukas Benner, Renate Künast, Helge Limburg, Till Steffen, Awet Tesfayesus

FDP: Otto Fricke, Philipp Hartewig, Katrin Helling-Plahr, Thorsten Lieb, Judith Skudelný

AfD: Stephan Brandner, Fabian Jacobi, Tobias Matthias Peterka, Thomas Seitz **Linke:** Gökay Akbulut, Amira Mohamed Ali

Finanzen



© Deutscher Bundestag/Inga Haar

Alois Rainer (CSU)

Alois Rainer (56) stammt aus einer Abgeordnetenfamilie. Schon sein Vater war CSU-Bundestagsabgeordneter, seine Schwester Gerda Hasselfeldt war CSU-Landesgruppenvorsitzende. Rainer erlernte das Metzgerhandwerk und übernahm den elterlichen Betrieb. Seit 2013 sitzt er für den Wahlkreis Straubing im Bundestag.

45 Ausschussmitglieder

SPD: Dagmar Andres, Bernhard Daldrup, Frauke Heiligenstadt, Nadine Heiselhaus, Carlos Kasper, Tim Klüssendorf, Parsa Marvi, Lennard Oehl, Johannes Schraps, Michael Schrodi, Melanie Wegling, Jens Zimmermann, Armand Zorn

CDU/CSU: Sebastian Brehm, Carsten Brodreser, Fritz Güntzler, Olav Gutting, Matthias Hauer, Michael Meister, Stefan Müller, Alois Rainer, Johannes Steiniger, Christian Freiherr von Stetten, Herman-Josef Tebroke, Antje Tillmann

Grüne: Katharina Beck, Sandra Detzer, Sabine Grützmaier, Sascha Müller, Lisa Paus, Sebastian Schäfer, Stefan Schmidt **FDP:** Markus Herbrand, Till Mansmann, Maximilian Mordhorst, Claudia Raffelhüschen, Volker Redder, Anja Schulz **AfD:** Albrecht Glaser, Kay Gottschalk, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Klaus Stöber **Linke:** Christian Görke, Janine Wissler

Ernährung und Landwirtschaft



© picture-alliance/Daniel Gimmer

Hermann Färber (CDU)

Der 58-jährige Landwirtschaftsmeister aus Göppingen zog 2013 per Direktmandat in den Bundestag ein, seit 2019 ist der fünffache Familienvater Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. In der CDU/CSU-Fraktion gehört Hermann Färber den Arbeitsgruppen Ernährung und Landwirtschaft sowie Petitionen an.

35 Ausschussmitglieder

SPD: Rita Hagl-Kehl, Anna Kassautzki, Franziska Kersten, Sylvia Lehmann, Luiza Licina-Bode, Isabel Mackensen-Geis, Susanne Mittag, Natalie Pawlik, Johannes Schätzl, Peggy Schierenbeck

CDU/CSU: Artur Auernhammer, Astrid Damerow, Hermann Färber, Albert Stegemann, Dieter Stier, Max Straubinger, Christina Stumpp, Hans-Jürgen Thies, Oliver Vogt

Grüne: Karl Bär, Renate Künast, Zoe Mayer, Christina-Johanne Schröder, Anne Monika Spallek, Niklas Wagener

FDP: Ingo Bodtke, Karlheinz Busen, Ulrike Harzer, Gero-Clemens Hock

AfD: Peter Felser, Stephan Protschka, Frank Rinck, Bernd Schattner

Linke: Ina Latendorf, Gesine Lötzsch

Arbeit und Soziales



© Heimg/Schacht

Bernd Rützel (SPD)

Dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dessen Vorsitz er nun übernommen hat, gehörte Bernd Rützel (53) bereits in der vergangenen Legislaturperiode an. In den Bundestag zog der Hesse erstmals 2013 nach einer Tätigkeit im gehobenen technischen Beamtenstand bei der Deutschen Bahn ein.

49 Ausschussmitglieder

SPD: Jan Dieren, Yasmin Fahimi, Manuel Gava, Michael Gerdes, Angelika Glöckner, Annika Klose, Tanja Machalet, Takis Mehmet Ali, Rasha Nasr, Mathias Papendieck, Natalie Pawlik, Jens Peick, Martin Rosemann, Bernd Rützel **CDU/CSU:** Peter Aumer, Marc Biadacz, Otilie Paola Klein, Axel Knoerig, Maximilian Mörseburg, Stefan Nacke, Wilfried Oellers, Markus Alexander Reichel, Jana Schimke, Stephan Stracke, Max Straubinger, Kai Whittaker, Mareike Lotte Wulf

Grüne: Stephanie Aeffner, Andreas Audretsch, Frank Bsirske, Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Corinna Rüffer, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Tina Winklmann **FDP:** Jens Beeck, Carl-Julius Cronenberg, Peter Heidt, Pascal Kober, Anja Schulz, Jens Teurtrine **AfD:** Gerrit Huy, Jürgen Pohl, Ulrike Schielke-Ziesing, René Springer, Uwe Witt **Linke:** Matthias Birkwald, Susanne Fersch, Jessica Tatti

Die Ausschüsse im 20.

KONSTITUIERUNG Die Vorsitzenden von 22 Gremien sind gewählt, weil die Kandidaten der AfD-Fraktion bei den Bundestagswahlen die meisten Stimmen erhielten.

Haushalt



© Deutscher Bundestag/Thomas Köhler/photobank

Helge Braun (CDU)

Der 49-jährige Hesse ist ein politisches Schwergewicht. Nach seinem erstmaligen Einzug 2002 in den Bundestag führte ihn sein Weg als parlamentarischer Staatssekretär zunächst ins Bildungsministerium, dann als Staatsminister ins Bundeskanzleramt. Ab 2018 war er schließlich Kanzleramtsminister.

45 Ausschussmitglieder

SPD: Esther Dilcher, Wiebke Esdar, Martin Gerster, Bettina Hagedorn, Metin Hakverdi, Frank Junge, Kathrin Michel, Wiebke Papenbrock, Dennis Rohde, Thorsten Rudolph, Andreas Schwarz, Svenja Stadler, Michael Thews

CDU/CSU: André Bergegger, Helge Braun, Ingo Gädechens, Christian Haase, Carsten Körber, Silke Launert, Andreas Mattfeldt, Florian Obner, Kerstin Radomski, Josef Rief, Albert Rupprecht, Markus Uhl **Grüne:** Andreas Audretsch, Felix Banaszak, Bruno Hönel, Sven-Christian Kindler, Paula Piechotta, Jamila Schäfer, Sebastian Schäfer **FDP:** Otto Fricke, Torsten Herbst, Karsten Klein, Thorsten Lieb, Claudia Raffelhüschen, Frank Schäffler **AfD:** Peter Boehringer, Marcus Bühl, Michael Espendiller, Ulrike Schielke-Ziesing, Wolfgang Wiehle **Linke:** Gesine Lötzsch, Victor Perli

Verteidigung



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Marie Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

Marie Agnes Strack-Zimmermann (63) zog 2017 erstmals in den Bundestag ein und machte sich einen Namen als Verteidigungsexpertin. Bereits in der vergangenen Legislatur gehörte die promovierte Philologin dem Verteidigungsausschuss an. Von 2008 bis 2014 war sie Erste Bürgermeisterin in Düsseldorf.

38 Ausschussmitglieder

SPD: Johannes Airl, Falko Droßmann, Wolfgang Hellmich, Kristian Klinck, Kevin Leiser, Jörg Nürnberger, Rebecca Schamber, Christoph Schmid, Marja-Liisa Völlers, Dirk Vöpel, Joe Weingarten

CDU/CSU: Reinhard Brandl, Marlon Bröhr, Markus Grübel, Serap Güler, Florian Hahn, Jens Lehmann, Henning Otte, Thomas Röwekamp, Armin Schwarz, Kerstin Vieregge

Grüne: Agnieszka Brugger, Philip Krämer, Claudia Müller, Sara Nanni, Merle Spellerberg, Niklas Wagener **FDP:** Marcus Faber, Lars Lindemann, Alexander Müller, Christian Sauter, Marie-Agnes Strack-Zimmermann **AfD:** Hannes Gnauck, Rüdiger Lucasen, Jan Nolte, Gerald Otten **Linke:** Ali Al-Dailami, Zaklin Nastic

Wirtschaft



© Deutscher Bundestag/Heila von Salheim

Michael Grosse-Brömer (CDU)

Fast zehn Jahre hat Michael Grosse-Brömer (61) als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer die Unionsfraktion geprägt. Jetzt leitet der Christdemokrat den Wirtschaftsausschuss. Dem Bundestag gehört der aus Niedersachsen stammende Jurist bereits seit 2002 an, seit 2009 gewann er immer den Wahlkreis Harburg.

34 Ausschussmitglieder

SPD: Johannes Airl, Gabriele Katzmarek, Esra Limbacher, Falko Mohrs, Sabine Poschmann, Sebastian Roloff, Markus Töns, Hannes Walter, Lena Werner, Bernd Westphal

CDU/CSU: Hansjörg Durz, Michael Grosse-Brömer, Julia Klöckner, Tilman Kuban, Bernhard Loos, Friedrich Merz, Jan Metzler, Stefan Rouenhoff, Klaus-Peter Willsch

Grüne: Maik Außendorf, Felix Banaszak, Sandra Detzer, Dieter Janeczek, Melis Sekmen

FDP: Nicole Bauer, Reinhard Houben, Manfred Todtenhausen, Gerald Ulrich **AfD:** Leif-Erik Holm, Malte Kaufmann, Enrico Komming, Uwe Schulz

Linke: Christian Leye, Pascal Meiser

Familien, Senioren, Frauen und Jugend



© Deutscher Bundestag/Heila von Salheim

Ulrike Bahr (SPD)

Ulrike Bahr (57) zog 2013 erstmals in den Bundestag ein und gehörte seitdem dem Ausschuss für Familienausschuss an, dessen Vorsitz sie nun übernommen hat. Zudem war die Hauptschullehrerin aus Bayern Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und seit 2019 im Bildungsausschuss.

38 Ausschussmitglieder

SPD: Ulrike Bahr, Daniel Baldy, Leni Breyemeier, Felix Döring, Ariane Fätscher, Anke Henning, Jasmina Hostert, Sarah Lahrkamp, Erik von Marlottki, Josephine Orthle, Stefan Schwartze

CDU/CSU: Silvia Breher, Ralph Edelhäußer, Anne Janssen, Paul Lehrieder, Katja Leikert, Gero Storzjohann, Hermann-Josef Tebroke, Astrid Timmermann-Fechter, Christoph de Fries, Mareike Lotte Wulf

Grüne: Emilia Fester, Schahina Gamburg, Ricarda Lang, Denise Loop, Ulle Schauws, Nina Stahr **FDP:** Matthias Seestern-Pauly, Martin Gassner-Herz, Katja Adler, Nico Tippelt, Nicole Bauer

AfD: Thomas Ehrhorn, Mariana Harder-Kühnel, Johannes Huber, Martin Reichardt **Linke:** Gökay Akbulut, Heidi Reichinnek

Gesundheit



© Deutscher Bundestag/Marco Urbani

42 Ausschussmitglieder

SPD: Heike Baehrens, Nezhah Baradari, Heike Engelhardt, Dirk Heidenblut, Matthias Mieves, Claudia Moll, Bettina Müller, Christos Pantazis, Andreas Philippi, Tina Rudolph, Martina Stamm-Fibich, Herbert Wollmann
CDU/CSU: Simone Borchardt, Michael Hennrich, Hubert Hüppe, Erich Irlstorfer, Georg Kippels, Dietrich Monstadt, Stephan Pilsinger, Erwin Rüdell, Tino Sorge, Diana Stöcker, Emmi Zeulner
Grüne: Janosch Dahmen, Armin Grau, Linda Heitmann, Kirsten Kappert-Gonthier, Kordula Schulz-Asche, Johannes Wagner, Saskia Weishaupt
FDP: Maximilian Funke-Kaiser, Katrin Helling-Plahr, Kristine Lütke, Andrew Ullmann, Nicole Westig
AfD: Christina Baum, Thomas Dietz, Jörg Schneider, Martin Sichert, Kay-Uwe Ziegler.
Linke: Ates Gürpınar, Kathrin Vogler

Kommissarischer Vorsitz

Der Gesundheitsausschuss wird vorerst von Hubert Hüppe (CDU), dem dienstältesten Abgeordneten im Gremium, kommissarisch geleitet. Der von der AfD-Fraktion für den Vorsitz nominierte Abgeordnete Jörg Schneider erreichte in der Wahl nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen.

Verkehr



© picture-alliance/dpa/Andreas Arnold

34 Ausschussmitglieder

SPD: Jürgen Berghahn, Isabel Cademartori, Martin Kröber, Dorothee Martin, Jan Plobner, Udo Schiefner, Uwe Schmidt, Christian Schreider, Mathias Stein, Anja Troff-Schaffarzik.
CDU/CSU: Thomas Bareiß, Michael Donth, Martina Enghardt-Kopf, Jonas Geissler, Florian Müller, Christoph Ploß, Henning Rehbaum, Felix Schreiner, Björn Simon
Grüne: Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Susanne Menge, Swantje Michalisen, Nyke Slawik
FDP: Valentin Abel, Michael Kruse, Jürgen Lenders, Bernd Reuther
AfD: René Bochmann, Dirk Brandes, Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle
Linke: Thomas Lutze, Bernd Rixinger

Udo Schiefner (SPD)

In der vergangenen Legislaturperiode führte er als Vorsitzender des Maut-Untersuchungsausschusses noch Verkehrsminister Andy Scheuer (CSU) auf den Zahn. Der 63-jährige Qualitätssicherungstechniker aus Nordrhein-Westfalen zog 2013 erstmals in den Bundestag ein und war seitdem Mitglied im Verkehrsausschuss.

Bildung und Forschung



© Deutscher Bundestag/Stella von Salderin

Kai Gehring (Grüne)

Die parlamentarische Karriere des Diplom-Sozialwissenschaftlers steht seit seinem Einzug in den Bundestag 2005 ganz im Zeichen der Bildungspolitik. Der 44-jährige Nordrhein-Westfale war auch in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied im Bildungsausschuss und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

38 Ausschussmitglieder

SPD: Holger Becker, Oliver Kaczmarek, Holger Mann, Ye-One Rhie, Jessica Rosenthal, Lina Seitzl, Ruppert Stüwe, Marja-Liisa Völlers, Carolin Wagner, Maja Wallstein, Katrin Zschau
CDU/CSU: Stephan Albani, Norbert Altenkamp, Gitta Connemann, Ingeborg Gräßle, Monika Grütters, Thomas Jarzombek, Daniela Ludwig, Lars Rohwer, Katrin Staffler
Grüne: Anna Christmann, Kai Gehring, Laura Kraft, Anja Reinalter, Marlene Schönberger, Nina Stahr
FDP: Friedhelm Boginski, Mario Brandenburg, Peter Heidt, Ria Schröder, Stephan Seiter
AfD: Götz Frömming, Nicole Hoechst, Marc Jongen, Michael Kaufmann
Linke: Nicole Gohlke, Petra Sitte

Entwicklung



© Deutscher Bundestag/Marco Urbani

24 Ausschussmitglieder

SPD: Sanae Abdi, Lars Castellucci, Karamba Diaby, Manuel Gava, Rebecca Schamber, Nadja Sthamer, Derya Türk-Nachbaur
CDU/CSU: Georg Kippels, Volkmar Klein, Thomas Rachel, Wolfgang Stefinger, Paul Ziemiak, Nicolas Zippelius
Grüne: Deborah Düring, Jan-Niclas Gesenhues, Kathrin Henneberger, Susanne Menge
FDP: Knut Gerschau, Christoph Hoffmann, Till Mansmann
AfD: Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmair, Edgar Naujok
Linke: Cornelia Möhring

Kommissarischer Vorsitz

Thomas Rachel (CDU) übernimmt als dienstältester Abgeordnete im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorerst kommissarisch den Vorsitz. Der von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Abgeordnete Dietmar Friedhoff erreichte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen.

Kultur und Medien



© Deutscher Bundestag/Thomas Koehler/photobank

Katrin Budde (SPD)

Wie bereits in der vergangenen Wahlperiode leitet Katrin Budde (56) auch in dieser Legislatur den Ausschuss für Kultur und Medien. Die Sozialdemokratin aus Sachsen-Anhalt zog 2017 erstmals in den Bundestag ein. Von 1990 bis 2017 war sie Mitglied im Landtag von Sachsen-Anhalt und 2001 bis 2002 Wirtschaftsministerin.

19 Ausschussmitglieder

SPD: Katrin Budde, Felix Döring, Simona Koß, Helge Lindh, Marianne Schieder, Daniel Schneider
CDU/CSU: Michael Frieser, Maximilian Mörseburg, Christiane Schenderlein, Marco Wanderwitz, Annette Widmann-Mauz
Grüne: Luise Amtsberg, Erhard Grundl, Awet Tesfaiesus
FDP: Thomas Hacker, Anikó Merten
AfD: Marc Jongen, Martin Renner
Linke: Jan Korte

Digitales



© picture-alliance/dpa/Andreas Arnold

Tabea Rößner (Grüne)

Die 55-jährige Journalistin aus Mainz ist seit 2009 Mitglied des Bundestags. Sie freut sich, dass der Ausschuss nach langem Kampf nun Federführung bekomme, sagte Rößner, der die Digitalpolitik nicht fremd ist: In den vergangenen zwei Legislaturen war sie Sprecherin ihrer Fraktion für Netzpolitik und Verbraucherschutz.

34 Ausschussmitglieder

SPD: Holger Becker, Anna Katharina Kassatzki, Parsa Marvi, Robin Mesarosch, Matthias Mieves, Falko Mohrs, Johannes Schätzl, Carolin Wagner, Jens Zimmermann, Armand Zorn
CDU/CSU: Marc Biadacz, Reinhard Brandl, Hansjörg Durz, Franziska Hopfermann, Thomas Jarzombek, Ronja Kemmer, Markus Reichel, Catarina dos Santos Firmhaber, Nicolas Zippelius
Grüne: Maik Außendorf, Tobias Bacherle, Janosch Dahmen, Stefan Gelbhaar, Tabea Rößner
FDP: Maximilian Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Volker Redder, Frank Schöffler
AfD: Joana Cotar, Barbara Lenk, Eugen Schmidt, Beatrix von Storch
Linke: Anke Domscheit-Berg, Petra Sitte



Blick ins Paul-Löbe-Haus: Hier tagen die Ausschüsse.

© picture-alliance/dpa

Deutschen Bundestag

wählt. Drei Ausschüsse werden jedoch kommissarisch geleitet, bei den Wahlen keine Mehrheit erhielten

Umwelt und Verbraucherschutz



© Ebner/Chaperson

Harald Ebner (Grüne)

Der 57-jährige Agrarökonom aus Göppingen in Baden-Württemberg gehört dem Bundestag bereits seit 2011 an. Ebner war zuletzt Sprecher für Gentechnik und Bioökonomiepolitik sowie Sprecher für Waldpolitik. Er saß im Landwirtschaftsausschuss und gehörte dem Umweltausschuss zudem als stellvertretendes Mitglied an.

38 Ausschussmitglieder

SPD: Jürgen Berghahn, Jakob Blankenburg, Axel Echeverria, Nadine Hesselhaus, Rainer Johannes Keller, Franziska Kersten, Helmut Kleebank, Daniel Schneider, Lina Seitzl, Michael Thevs, Carsten Träger
CDU/CSU: Astrid Damerow, Alexander Engelhard, Oliver Grundmann, Anja Karliczek, Klaus Mack, Volker Mayer-Lay, Björn Simon, Hans-Jürgen Thies, Anja Weisgerber, Klaus Wiener
Grüne: Harald Ebner, Tessa Ganserer, Jan-Niclas Gesenhues, Linda Heitmann, Tabea Rößner, Stefan Wenzel
FDP: Muhanad Al-Halak, Ulrike Harzer, Olaf in der Beek, Lars Lindemann, Judith Skudelný
AfD: Andreas Bleck, Gereon Bollmann, Thomas Ehrhorn, Rainer Kraft
Linke: Ralph Lenkert und Amira Mohamed Ali

Tourismus



© Birina Konrad

Jana Schimke (CDU)

Die 42-jährige gebürtige Cottbuserin gehört seit 2013 dem Bundestag an und saß bislang unter anderem im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Schimke studierte Politikwissenschaft, arbeitete für verschiedene Verbände und ist seit 2014 Vorstandsmitglied des Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

19 Ausschussmitglieder

SPD: Rita Hagl-Kehl, Frank Junge, Frank Ullrich, Lena Werner, Gülistan Yüksel, Stefan Zierke
CDU/CSU: Heike Brehmer, Michael Donth, Anja Karliczek, Paul Lehnrieder, Jana Schimke
Grüne: Mathias Gastel, Karoline Otte, Stefan Schmidt
FDP: Nico Tippelt, Reginald Hanke
AfD: Mike Moncsek, Sebastian Mützenmaier
Linke: Thomas Lutze

Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen



© fotofotografieren

Sandra Weeser (FDP)

Die Betriebswirtin (52) ist in Siegen geboren und stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Rheinland-Pfalz. In den Bundestag zog sie erstmals 2017 ein und war Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Ihre Erfahrungen als Unternehmerin will sie in die Arbeit als Vorsitzende des Bauausschusses einbringen.

34 Ausschussmitglieder

SPD: Bernhard Daldrup, Martin Diebenhofen, Elisabeth Kaiser, Kevin Kühnert, Heiko Maas, Franziska Mascheck, Brian Nickholz, Timo Schisanowski, Claudia Tausend, Melanie Wegling
CDU/CSU: Michael Breilmann, Enak Ferlemann, Mechthild Heil, Ronja Kemmer, Michael Kießling, Jan-Marco Luczak, Petra Nicolaisen, Lars Rohwer, Emmi Zeulner
Grüne: Anja Liebert, Karoline Otte, Christina-Johanne Schröder, Hanna Steinmüller, Kassem Taher Saleh
FDP: Daniel Föst, Hagen Reinhold, Rainer Semet, Sandra Weeser
AfD: Carolin Bachmann, Roger Beckamp, Marc Bernhard, Sebastian Mützenmaier
Linke: Susanne Hennig-Wellsow, Carsten Lay

Menschenrechte und humanitäre Hilfe



© Renata Alt

Renata Alt (FDP)

Die studierte Chemie-Ingenieurin stammt ursprünglich aus der Tschechoslowakei, kam 1993 als Wirtschaftsat-taché nach Deutschland. 2017 zog Alt, die im baden-württembergischen Kirchheim unter Teck lebt, erstmalig in den Bundestag ein. Hier war die 56-Jährige zuletzt unter anderem Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

19 Ausschussmitglieder

SPD: Heike Engelhardt, Fabian Funke, Rainer Johannes Keller, Aydan Özoguz, Frank Schwabe, Derya Türk-Nachbaur
CDU/CSU: Knut Abraham, Norbert Maria Altenkamp, Michael Brand, Jonas Geissler, Sabine Weiss
Grüne: Max Lucks, Boris Mijatovic, Beate Walter-Rosenheimer
FDP: Renata Alt, Peter Heidt
AfD: Jürgen Braun, Martin Sichert
Linke: Zaklin Nastic

Angelegenheiten der Europäische Union



© Deutscher Bundestag/Thomas Koehler

Anton Hofreiter (Grüne)

Viele handelten den 51-jährigen Bayer bereits als neuen Landwirtschaftsminister. Jetzt leitet Anton Hofreiter den Europa-Ausschuss. 2005 zog der promovierte Biologe erstmals in den Bundestag ein und war seit 2013 einer der beiden Vorsitzenden seiner Fraktion. Von 2011 bis 2013 war er Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

Ausschussmitglieder

SPD: Dagmar Andres, Nezhah Baradari, Ariane Fätscher, Fabian Funke, Josp Juratovic, Jörg Nürnberger, Christian Petry, Axel Schäfer, Johannes Schrap, Claudia Tausend, Markus Töns
CDU/CSU: Yannick Bury, Hans-Peter Friedrich, Ottilie Klein, Gunther Krichbaum, Tilman Kuban, Christoph Ploß, Catarina dos Santos Firmhaber, Andreas Scheuer, Detlef Seif, Johann David Wadepuhl, Tobias Winkler
Grüne: Sabine Grützmacher, Anton Hofreiter, Chantal Kopf, Boris Mijatovic, Julian Pahlke, Robin Wagener
FDP: Katja Adler, Thomas Hacker, Ann-Veruschka Jurisch, Michael Georg Link, Konrad Stockmeier
AfD: Jochen Haug, Norbert Kleinwächter, Corinna Miazga, Matthias Moosdorf, Harald Weyel
Linke: Andrej Hunko, Alexander Ulrich

Klimaschutz und Energie



© Annette Riedl

Klaus Ernst (Linke)

Der 67-jährige frühere Gewerkschaftsfunktionär leitet den erstmals eingerichteten Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Seit 2005 ist der gebürtige Münchener Mitglied des Bundestages und war in der vergangenen Legislatur Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Von 2005 bis 2010 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

34 Ausschussmitglieder

SPD: Sanae Abdi, Bengt Bergt, Timon Gremmels, Markus Hümpfer, Helmut Kleebank, Andreas Mehlretter, Robin Mesarosch, Andreas Rimkus, Nina Scheer, Katrin Zschau
CDU/CSU: Hans-Peter Friedrich, Fabian Gramling, Mark Helfrich, Thomas Heilmann, Andreas Jung, Jens Koepen, Anne König, Andreas Lenz, Maria-Lena Weiss
Grüne: Lisa Badum, Kathrin Henneberger, Bernhard Herrmann, Ingrid Nestle, Katrin Uhlig
FDP: Michael Kruse, Olaf in der Beek, Anikó Merten, Konrad Stockmeier
AfD: Marc Bernhard, Karsten Hilde, Steffen Kotré, Rainer Kraft
Linke: Klaus Ernst, Ralph Lenkert

AUFGEKEHRT

Die Wissenden schweigen

Es gehört zum Markenkern von Politikern, bohrende Fragen besser nicht so genau zu beantworten. Lieber etwas herumschwärzen und sich argumentative Beifreiheit erhalten. Schon Lortot machte sich über die Sprechblasen in der Politik lustig, wobei die Kunst des Nebulösen unterschiedliche Schattierungen kennt. „Ich weiß nichts, und Sie wissen nichts“, fauchte der stets bissige Herbert Wehner (SPD) seinen meistgehassten Berichterstatter Lueg vor der TV-Kamera an, um ihn sodann ratlos stehen zu lassen. Heute ist manche Politikeraussage immer noch nichtssagend, kommt aber anders gewandt daher: freundlich, zugewandt und leise. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Leisetreterei zur Perfektion verfeinert. Schreihälse, Besserwisser und Nörgler lässt der Kurze aus dem hohen Norden einfach abtropfen. Seine Botschaft: Die Wissenden schweigen. Der Meister Yoda der Politik steht nicht in dem Ruf, an mangelndem Selbstvertrauen zu leiden. Sonst hätte er sich kaum als Kanzlerkandidat installieren lassen zu einer Zeit, als bei der SPD nicht klar war, ob es vielleicht doch eher um die Fünf-Prozent-Hürde geht. Womöglich verdankt Scholz seine Weisheit tatsächlich heimlichen Star-Wars-Studien, allerdings weiß jeder Schüler, dass Abgucken am besten beim Tischnachbarn funktioniert, und das war im Fall Scholz nun einmal Merkel. Die beiden wirken auffällig verhaltensgeklont: Ständig Lob und Dank und im Ernstfall: Totenruhe. So hat Merkel manchen Diktator und Hochstapler aus der Fassung gebracht. Allein ihr Blick: vernichtend wie ein Fallbeil. Da muss Scholz nacharbeiten. Sein Gesichtsausdruck erinnert weniger an Merkel oder Yoda, eher an Stan und Ollie. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 35 JAHREN...

Vertauschtes Band

31.12.1986: ARD sendet falsche Neujahrsansprache. Im Fernsehen laufen immer nur Wiederholungen. Jedenfalls wird das oft behauptet. Erwiesenermaßen eine Wiederholung sendete die ARD am 31. Dezember 1986. Keine alte „Tatort“-Folge, sondern die Neujahrsansprache des Bundeskanzlers vom Vorjahr. Helmut Kohl (CDU) soll seinen Augen nicht getraut haben, als er realisierte,



Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bei der Neujahrsansprache.

das eine alte Ansprache über die Bildschirme flimmert. Vor den Augen von rund 6,7 Millionen Zuschauern und nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl am 25. Januar. Einige witterten Sabotage: CSU-Generalsekretär Gerold Tandler sprach von einer „systematisch vorbereiteten“ Aktion, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler glaubte nicht, dass ein „Redakteur namens Zufall oder ein Techniker namens Versehen“ schuld sei. Neun Minuten dauerte die falsche Rede. Während beim Sender schon Zuschauer anriefen, bemerkten die Verantwortlichen zunächst nichts. Erst während des Silvester-Showprogramms wurde ein Text eingeblendet, in dem über die vertauschten Bänder informiert wurde. Warum man bei der ARD das Versehen nicht gleich bemerkte? Vielleicht weil die Reden inhaltlich nicht weit auseinanderlagen: Kohls Themen vom Vorjahr – Arbeitslosigkeit, Frieden und Umweltschutz – waren auch Ende 1986 noch aktuell. Die ARD entschuldigte sich bei ihren Zuschauern und bei Kohl. Der nahm die Entschuldigung an – saß am 1. Januar 1987 aber vermutlich erneut und mit ihm 7,3 Millionen Bundesbürger vor dem Fernseher: Am Neujahrsabend sendete die ARD die korrekte Ansprache. *Benjamin Stahl*

WEIHNACHTSRÄTSEL 2021



Der Weihnachtsbaum vor dem Reichstagsgebäude kommt in diesem Jahr wieder aus dem Harz. Die 31 Meter hohe Fichte aus Altenau ist 75 Jahre alt. © Deutscher Bundestag/photothek/J. Schmitz

Lesen, mitraten und eine Berlin-Reise gewinnen

Eine Reise nach Berlin für zwei Personen (wenn es wieder sicher ist, zu reisen) inklusive eines Besuchs des Bundestags - das ist der Hauptpreis des diesjährigen Weihnachtsrätsels von „Das Parlament“. Gewinnen können Sie, indem Sie das tun, was Sie auch sonst immer tun: Aufmerksam lesen! Denn auf den zehn Seiten dieser Ausgabe verstecken sich die Antworten auf die Fragen. Wenn es mit dem Hauptpreis nichts wird, verlosen wir unter den richtigen Einsendungen weitere Sachpreise. Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen!

1. Welche Funktionen hatte Bundeskanzler Olaf Scholz zuletzt in der Vorgänger-Regierung?
2. Seit wann gehört Irene Mihalic dem Bundestag an?
3. Was versteht der Bundesrechnungshof unter einem unechten Sondervermögen?
4. Wie viele neue Wohnungen sollen bis 2031 in Berlin gebaut werden?
5. Wie hoch ist aktuell die Staatsverschuldung Frankreichs?
6. Bei welchem Lebensmittel-Lieferdienst kämpften die Angestellten im Sommer 2021 für bessere Arbeitsbedingungen?
7. Wie viel Prozent der unter 45-jährigen Politikerinnen haben sexuelle Belästigung erlebt?
8. Welche Funktion bekleidete Daniela Ludwig von 2019 bis 2021?
9. Welcher Abgeordnete vertritt die Linksfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien?
10. An welchem Datum fand die Bundestagswahl 1987 statt?

Ihre Antworten inklusive Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte per E-Mail oder Post bis zum 9. Januar 2022 an: Redaktion „Das Parlament“, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder an redaktion@das-parlament.de unter dem Stichwort „Weihnachtsrätsel 2021“. Barauszahlungen sind nicht möglich. Gewinner und Begleitperson des Hauptpreises müssen über 18 Jahre alt sein. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ■

PERSONALIA

**>Hans Eichel
Bundestagsabgeordneter 2002-2009,
SPD**

Am 24. Dezember vollendet Hans Eichel sein 80. Lebensjahr. Der Gymnasiallehrer aus Kassel trat 1964 der SPD bei, war von 1969 bis 1972 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und von 1989 bis 2001 SPD-Vorsitzender in Hessen. Dem Bundesvorstand gehörte er von 1991 bis 2005 und dem SPD-Parteipräsidium von 1999 bis 2005 an. Von 1968 bis 1975 war Eichel Stadtverordneter in Kassel und übernahm danach bis 1991 das Amt des Oberbürgermeisters. In jenem Jahr wurde er in den hessischen Landtag gewählt und folgte auf Walter Wallmann (CDU) als Ministerpräsident. Kurz nach der Wahlniederlage der SPD bei den Landtagswahlen im Februar 1999 berief ihn Bundeskanzler Gerhard Schröder im April zum Nachfolger des zurückgetretenen Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine. In seine Amtszeit fielen zum Zweck der Wirtschaftsförderung eine nachhaltige Steuerreform zugunsten des Verkaufs von Unternehmensbeteiligungen und ein Ausbau des deutschen Finanzplatzes durch weitreichende Deregulierungsmaßnahmen. Mit dem Ende der rot-grünen Regierung 2005 schied Eichel aus dem Amt. Im Bundestag wirkte er danach im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

**>Karl-Walter Fritz
Bundestagsabgeordneter 1965-1969,
SPD**

Karl-Walter Fritz begeht am 27. Dezember seinen 90. Geburtstag. Der gebürtige Versicherungskaufmann aus Wiesbaden wurde 1953 SPD-Mitglied und amtierte von 1962 bis 1969 als Vorsitzender des dortigen SPD-Unterbezirks. Von 1960 bis 1964 war er Stadtverordneter und danach bis 1966 ehrenamtliches Magistratsmitglied. Fritz, Direktkandidat des Wahlkreises Wiesbaden, arbeitete im Bundestag im Finanzausschuss mit.

**>Hartmut Büttner
Bundestagsabgeordneter 1990-2005,
CDU**

Am 2. Januar wird Hartmut Büttner 70 Jahre alt. Der Fleischermeister aus Schönebeck in der Magdeburger Börde schloss sich 1970 der CDU an und war von 1980 bis 1983 Landesvorsitzender der Jungen Union in Niedersachsen. Von 1994 bis 2005 gehörte er dem Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung und von 1994 bis 2005 dem geschäftsführenden CDU-Landesvorstand in Sachsen-Anhalt an. Von 1974 bis 1990 sowie von 2006 bis 2021 war Büttner Ratschherr in Garbsen bei Hannover. Im Bundestag wirkte er im Innenausschuss mit, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1994 bis 2005 inne hatte, und war ferner Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums. An dessen Spitze stand der Jubilar zuletzt von 2004 bis 2005. Außerdem gehörte er den 1992 beziehungsweise 1995 eingerichteten Enquete-Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ sowie „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ an. Büttner hat sich auch nach seiner Zeit im Bundestag dieser Thematik verschrieben und sich vor allem für die Opferentschädigung eingesetzt.

**>Bernd Neumann
Bundestagsabgeordneter 1987-2013,
CDU**

Am 6. Januar begeht Bernd Neumann seinen 80. Geburtstag. Der Pädagoge aus Bremen wurde 1962 CDU-Mitglied, war von 1967 bis 1973 Landesvorsitzender der Jungen Union und von 1971 bis 1973 deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Von 1979 bis 2008 stand er an der Spitze der CDU in Bremen und gehörte von 1975 bis 2008 dem CDU-Bundesvorstand an. Als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft engagierte er sich von 1971 bis 1987, darunter von 1973 bis 1987 als Fraktionsvorsitzender. Neumann amtierte von 1991 bis 1998 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Forschung und Technologie. Mit Beginn der Ära Merkel 2005 wurde er Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und war als Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien tätig. Von 1998 bis 2005 wirkte der Jubilar im Bundestag im Ausschuss für Kultur und Medien mit. Neumann hatte sich in seiner bis 2013 währenden Amtszeit als Kulturstaatsminister vor allem für die Filmförderung und insbesondere für die deutsche Filmwirtschaft sowie für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses mit dem Humboldt Forum eingesetzt. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?
Schreiben Sie uns:**

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 3. Januar.

Ringens um den Rechtsstaat

FORUM Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen diskutiert das Verhältnis von Bundestag und Bundesverfassungsgericht

Wird in Karlsruhe Politik gemacht? Mit dieser Frage beschäftigte sich am vergangenen Mittwoch die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. Unter dem Titel „Das Ringens um den Rechtsstaat - zum Verhältnis von Bundestag und Bundesverfassungsgericht“ diskutierten der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert, die Rechtsprofessorin Anna-Bettina Kaiser und Peter Müller, Richter am Bundesverfassungsgericht, die Rolle von Gesetzgeber und kontrollierender Instanz zueinander. Müller hatte zu der Frage, ob die politische Agenda zukünftig in Karlsruhe entstehe, eine klare Antwort. Das Bundesverfassungsgericht beanspruche keinerlei politischen Gestaltungsspielraum: „Wir sind Hüter der

Verfassung, aber nicht Gestalter der Politik.“ Ob das Bundesverfassungsgericht seine Kompetenzen dennoch an der einen oder anderen Stelle überschritten habe, das diskutierten die Teilnehmer in der hybriden Veranstaltung anhand von zwei Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit: die coronabedingte Bundesnotbremse und das Klimaschutzgesetz. Ende November hatten die Richter Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren als Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie für verhältnismäßig erklärt. Für Kaiser, die als Professorin unter anderem für öffentliches Recht an der Humboldt Universität zu Berlin tätig ist, eine „alternativlose Entscheidung“. In Zeiten von großer

Unsicherheit, wo es an entsprechenden Erfahrungen und Datenmaterial fehle, obliege es allein dem Gesetzgebers die passenden Maßnahmen festzulegen. Kontroverser diskutiert wurde die Entscheidung zum Klimaschutzgesetz. Der Gesetzgeber binde sich zwar an die Ziele des Pariser Klimaabkommens und möchte bis 2050 CO2-neutral sein, zeige allerdings nicht hinreichend auf, wie dieses Ziel erreicht werden soll, ohne die Grundrechte zukünftiger Generationen einzuschränken, so Müller. Hier muss der Gesetzgeber nachbessern, lautete die Entscheidung der Richter. Auch wenn Lammert diese Entscheidung persönlich begrüße, äußert er Bedenken hinsichtlich der Argumentationslinie.

Sollte dieser sogenannte „intertemporale Freiheitsschutz“ – also die Grundrechtssicherung zukünftiger Generationen – auch bei Themen wie der Renten- oder staatlichen Verschuldungspolitik zum Einsatz kommen, könne Karlsruhe seinen Einflussbereich erweitern. Sorgen, die Müller nicht teilt. Der Klimawandel sei eine einmalige Situation, schließlich können ausgestoßenes CO2 nicht mehr zurückgenommen werden. Um die Grundrechte auch nach 2030 zu sichern, müsse daher schon heute entsprechend gehandelt werden. Und so steht am Ende die Frage im Raum, wie zukünftig bei rechtlichen und politischen Entscheidungen mit der Generationengerechtigkeit umzugehen ist. *Denise Schwarz*

SEITENBLICKE



Infos zum Jahreswechsel im Parlamentsviertel

BERLIN-VISITE Wer auf seinem Spaziergang durch das weihnachtliche Berlin das Parlamentsviertel anpeilt, der kann nicht nur einen Blick auf die geschmückten Weihnachtsbäume vor und in den Häusern am Spreebogen werfen, sondern auch einen kurzen Abstecher auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes machen. Zu beachten sind dabei die geänderten Öffnungszeiten und Schließzeiten zwischen den Jahren. Am 24. Dezember bleibt die Kuppel ganztägig geschlossen. Am Ersten und Zweiten Weihnachtsfeiertag kann sie von 8 bis 22 Uhr besichtigt werden, im Zeitraum von 8 bis 16 Uhr ist der Besuch nur mit Online-Ticket möglich. Vom 27. bis 30. Dezember ist die Kuppel von 16 bis 22 Uhr geöffnet, Besucher ohne Online-Ticket können ihr Glück zwischen 12 und 17.30 Uhr versuchen. An Silvester soll die Kuppel geschlossen bleiben. Aufgrund der aktuellen pandemischen Lage dürfen nur Einzelpersonen, jedoch keine Gruppen die Kuppel besuchen. Es wird gebeten, sich über die geltenden Hygienevorschriften zu informieren. *des*



Olaf Scholz, SPD, Bundeskanzler:

Wir wollen mehr Fortschritt wagen



Olaf Scholz (*1958)
Bundeskanzler

Bei der Bundestagswahl am 26. September hat sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes für Aufbruch und Fortschritt entschieden. Der Aufbruch soll gelingen, während noch die Coronapandemie unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft erfordert. Aber umso wichtiger ist es, jetzt nicht zu zögern. Es gibt viel zu tun. Vor uns liegen große Aufgaben und entscheidende Weichenstellungen – Weichenstellungen, die wir jetzt vornehmen, weil wir jetzt den richtigen Kurs in die Zukunft einschlagen müssen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Meine Damen und Herren, das gilt zuallererst für den Kampf gegen die Coronapandemie. Die neue Bundesregierung übernimmt den Staffelnstab in außergewöhnlich bedrückenden Wochen. Dezember – das bedeutet ohnehin die dunkelsten und kürzesten Tage des Jahres. Das schlägt aufs Gemüt. Aber Dezember bedeutet sonst immer auch Adventszeit. Das ist die Zeit, in der wir normalerweise stimmungsvolle Weihnachtsmärkte erleben, gemütliche Stunden mit Familie, Freunden und Bekannten am Glühweinstand, gesellige Weihnachtsfeiern im Kreis von Kollegen und Vereinskameraden. In diesem Jahr ist das anders – jetzt schon zum zweiten Mal.

Die Bürgerinnen und Bürger verfolgen Abend für Abend auf ihren Bildschirmen die Entwicklung der Coronapandemie: viel zu hohe Infektionsraten, erschöpfte Ärztinnen und Krankenpfleger, dramatische Verlegungen von Intensivpatienten per Flugzeug und Hubschrauber,

Schlangen vor Impfzentren, die Sorge vor der neuesten Variante des Virus.

Mir ist bewusst: In diesen Tagen fällt es manchmal schwer, den Mut nicht zu verlieren. Ich weiß, dass Abstand halten und glücklich sein sehr schlecht zusammenpassen, dass viele unter Einsamkeit leiden, dass endlich mal damit Schluss sein müsste, dass das Leben und die Unbeschwertheit wieder losgehen müssen.

Niemandem geht es richtig gut in diesen Zeiten – mir nicht, Ihnen nicht, den Bürgerinnen und Bürgern nicht. Und viele fragen sich: Geht das jetzt immer so weiter, oder wird es wieder besser? Heute sage ich den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes: Ja, es wird wieder besser. Ja, wir werden den Kampf gegen diese Pandemie mit der größten Entschlossenheit führen. Und ja, wir werden diesen Kampf gewinnen. Wir werden die Krise überwinden.

Die Lage ist schwer, aber die Lösung liegt auf der Hand. Nach 20 Monaten Pandemie wissen wir längst: Das Virus mag viele Kontakte und verbreitet sich darüber rasend schnell. Darum war das oberste Gebot im letzten langen Winter, Kontakte zu reduzieren. In diesem Winter sind wir etwas weiter. Jeder kann und sollte sich regelmäßig testen. Wir alle sollten unsere Kontakte weiter behutsam einschränken. Aber am allerwichtigsten ist: Jeder kann und sollte sich impfen lassen. Darum geht es mir. Deshalb habe ich uns Ende November ein ehrgeiziges Zwischenziel gesetzt: Ich möchte, dass wir alle zusammen in Deutschland 30 Millionen Impfdosen bis Jahresende in die Oberarme kriegen, als erste Impfung, als zweite Impfung und als Boosterimpfung. So kriegen wir es hin, die vierte Welle hinter uns zu lassen.

Heute kann ich sagen: Wir haben bereits 19 Millionen Impfungen erreicht. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn wir mit aller Kraft weitermachen, werden wir die 30 Millionen bis Jahresende auch erreichen. Meine dringende Bitte ist: Liebe Bürgerinnen und Bürger, machen Sie alle mit! Dann schaffen wir die 30 Millionen, und dann sind wir am Ende dieses Monats diesen ei-

nen entscheidenden Schritt vorangekommen.

Es ist mir wichtig, dass wir es weiter gemeinsam angehen, dass wir uns weiter unterhaken und so Corona besiegen. Deshalb habe ich einen Krisenstab aufgebaut, der aus dem Kanzleramt heraus jeden Tag neu die Lage bewertet und auch handelt. Er wird von einem erfahrenen General geleitet. Und wir haben Experten zusammengerufen, die die Regierung ständig beraten. Deshalb erhöhen wir die Kapazitäten der Impfzentren deutlich. Deshalb sind mobile Teams in Stadt und Land unterwegs. Deshalb beziehen wir jetzt auch Zahnarztpraxen und Apotheken mit ein. Deshalb sagen wir jetzt: Es ist sehr wichtig, dass alle dreifach geimpft sind. Wir werden weiter impfen und noch mehr boostern, um die Verbreitung des Virus zu erschweren.

Die Pandemie, die Epidemie ist global. Deshalb engagieren wir uns international für Impfstoffe in den armen Ländern. Und auch in Europa werden wir gemeinsam handeln. Schon morgen werden wir uns im Europäischen Rat intensiv mit der Coronalage in Europa beschäftigen. Wir werden alles tun, was notwendig ist. Es gibt da für die Bundesregierung keine roten Linien. Die Bundesregierung wird nicht einen einzigen Augenblick ruhen, und wir werden jeden nur möglichen Hebel bewegen, bis wir alle unser früheres Leben und alle unsere Freiheiten zurückbekommen haben.

Dass die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, ist meine Aufgabe. Dafür trage ich die Verantwortung, und das hat meine oberste Priorität. Darum hier nochmals meine inständige Bitte an Sie alle, an alle Bürgerinnen und Bürger: Helfen Sie mit, diese Aufgabe zu bewältigen! Helfen Sie uns allen, vermeidbares Leid zu verhindern! Lassen Sie sich impfen! Schützen Sie Ihr Leben und das Leben der anderen! Zur Wahrheit dieser Pandemie gehört aber auch: Heute, im Dezem-

ber 2021, könnte jede und jeder Erwachsene in Deutschland längst zweifach geimpft sein. Mindestens alle besonders gefährdeten Bürgerinnen und Bürger könnten geboostert sein. Dann hätten wir die Pandemie jetzt im Griff. Dann würden wir alle jetzt mit unseren alten Freiheiten und unseren Familien und Freunden eine besinnliche Vorweihnachtszeit erleben. Die Kraft des wissenschaftlichen Fortschritts hätte uns genau das ermöglicht. Darum verstehe ich auch den Unmut vieler Bürgerinnen und Bürger. Das sind ja die, die in der Zeit der Pandemie immer vorsichtig gewesen sind, die alles richtig gemacht haben, die sich an alle Regeln gehalten haben, die doppelt und dreifach geimpft sind. Sie haben alles dafür getan, dass wir unser früheres Leben und unsere frühere Freiheit zurückbekommen. Ihnen allen danke ich im Namen der gesamten Bundesregierung von Herzen. Und ich danke ausdrücklich auch den Bundesländern, ihren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser schwierigen Zeit.

Allen verspreche ich: Diese Bundesregierung wird immer fest an Ihrer Seite stehen. Sie wird immer an der Seite derjenigen in unserem Land stehen, die sich solidarisch verhalten, an der Seite derjenigen, die mit ihrer Vorsicht und ihrer Rücksichtnahme den Zusammenhalt unserer Gesellschaft möglich machen.

Aber was es eben heute in Deutschland auch gibt, das ist Wirklichkeitsverleugnung, das sind absurde Verschwörungsgeschichten, mutwillige Desinformation und gewaltbereiter Extremismus. Um es klar zu sagen: Eine kleine extremistische Minderheit in unserem Land hat sich von unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unserem Gemeinwesen und unserem Staat abgewandt, nicht nur von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft.

Für die gesamte Bundesregierung sage ich: Wir haben Respekt vor ernstgemeinten Einwänden. Wir hören zu. Wir suchen die Debatte. Wir sind offen für Kritik und Widerspruch. Wir geben auch den Versuch nicht auf, bislang noch Zurückhaltende davon zu überzeugen, dass sie sich doch impfen lassen – mit der Kraft der Fakten, der Kraft der Vernunft oder der Kraft des besseren Arguments.

Aber genauso klar ist: Wir werden es uns nicht gefallen lassen, dass eine winzige Minderheit von enthemmten Extremisten versucht, unserer gesamten Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Dieser winzigen Minderheit der Hassgefüllten, die mit Fackelmärschen, mit Gewalt und Morddrohungen uns alle angreift, werden wir mit allen Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaats entgentreten. Unsere Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie.

Viel ist ja zurzeit von der angeblichen Spaltung unserer Gesellschaft die Rede. Dazu stelle ich fest: Unsere Gesellschaft ist nicht gespalten. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verhält sich solidarisch, vernünftig und vorsichtig. Die Bundesregierung ist die Regierung dieser überwältigenden Mehrheit. Sie ist die Regierung aller solidarischen, vernünftigen und vorsichtigen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und sie ist ausdrücklich auch die Regierung derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die noch Zweifel haben oder vielleicht ganz einfach noch nicht dazu gekommen sind, sich impfen zu lassen. Die Regierung ist die Regierung der Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Regeln halten und die umgekehrt erwarten, dass ihr Staat sie in Notlagen beschützt und ihre Freiheit sichert.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ausdrücklich und gerade an dieser Stelle danke ich der bisherigen Bundeskanzlerin. Frau Dr. Merkel hat der Bundesrepublik Deutschland 16 Jahre lang in eindrucksvoller Weise als Bundeskanzlerin gedient, jederzeit orientiert an der Sache und an den Tatsachen, stets völlig uneitel und ohne Allüren, immer mit Mut und mit Klugheit, mit Pragmatismus und mit Umsicht. In den Wochen des Regierungswechsels mitten in dieser schwierigen Zeit der Pandemie hat Bundeskanzlerin Merkel alles nur Mögliche getan, um die Staffellübergabe an ihren Nachfolger so rei-

Wir werden den Kampf gegen diese Pandemie mit der größten Entschlossenheit führen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

bungslos wie nur irgend möglich zu gestalten. Die unaufgeregte, demokratische Zivilität des Übergangs von der einen Bundesregierung zur nächsten Bundesregierung wurde weltweit mit viel Bewunderung und Respekt aufgenommen. Auch hierfür, genauso wie für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und Kollegialität in den vergangenen Jahren, sage ich: Danke, Frau Dr. Merkel!

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung wird unser Land in dieser Wahlperiode zielstrebig auf die kommenden Jahrzehnte vorbereiten. Ein modernes Deutschland, jederzeit auf der Höhe der Herausforderungen unseres Jahrhunderts – das ist das Ziel. Das ist die Aufgabe, die wir ab sofort anpacken.

Die Bundesregierung, die jetzt unter meiner Führung ihre Arbeit aufnimmt, wird eine Fortschrittsregierung sein. Wir sind eine Regierung des technischen Fortschritts, weil wir nur mit technischem Fortschritt klimaneutral werden können und weil Deutschland und Europa nur so mithalten können im globalen Wettbewerb. Wir sind eine Regierung des sozialen Fortschritts, weil Respekt, Gerechtigkeit und Lebenschancen für alle eben kein Gegensatz sind zu wirtschaftlicher Stärke, sondern deren Voraussetzung. Und wir sind eine Regierung des gesellschaftlichen und des kulturellen Fortschritts, die Gesetz und Recht an die Lebenswirklichkeit unseres vielfältigen Landes anpasst.

Die Kraft des Fortschritts – jetzt in der Coronapandemie erleben wir sie doch gerade wieder. Den mRNA-Impfstoff haben Ugur Sahin und Özlem Türeci hier bei uns in Deutschland erdacht und entwickelt. Nicht zuletzt ihnen und ihrem bahnbrechenden Impfstoff verdanken wir es, dass diese Pandemie nicht noch um ein Vielfaches verheerender wüten konnte. Es ist keine Übertreibung: Diese beiden Forscher aus Mainz haben Millionen von Menschen auf der ganzen Welt das Leben gerettet. Ihr Impfstoff ist der beste Beweis dafür, dass kluger Fortschritt, kluge Innovation und kluge Modernisierung die Welt besser machen.

Darum setzen wir auf die Kraft und auf die Möglichkeit des Fortschritts, und zwar gerade jetzt, in dieser Zeit. Wir brauchen Fortschritt, denn die Aufgaben, die vor uns liegen, sind riesengroß. Die Klimakrise erfordert entschlossenes, systematisches und international abgestimmtes Vorgehen. Die menschengemachte Erderwärmung muss gestoppt werden. Die Pariser Klimaziele gelten.

Hinter uns liegen 250 Jahre, in denen unser Wohlstand auf dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas gründete. Jetzt liegen vor uns etwa 23 Jahre, in denen wir aus den fossilen Brennstoffen aussteigen müssen und aussteigen werden. Denn wir haben uns verpflichtet: Bis 2045

muss Deutschland klimaneutral sein. Damit liegt vor uns die größte Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens 100 Jahren.

Hinzu kommen die Herausforderungen der Globalisierung und Digitalisierung. Beide Prozesse haben die Welt verändert, neue Lebenschancen und neuen Wohlstand gebracht, auch bei uns in Deutschland. Aber zugleich macht die schiefe Dynamik der Entwicklung vielen hier in unserem Land auch Sorgen. Sie fragen sich: Geht das alles gut aus für mich, für meine Familie, für meine Kinder – in 10, 20, 30 Jahren? Wird es in Zukunft noch gutbezahlte Arbeit, sichere Renten und ein gutes Gesundheitssystem geben für Leute wie mich? Was kommt da zu auf die Stadt, auf die Region, in der ich lebe?

Das sind alles große Herausforderungen, und es sind nicht die einzigen. Allen muss klar sein: Die vor uns liegenden 20er-Jahre werden Jahre der Veränderung, der Erneuerung und des Umbaus sein. Alle in unserem Land wissen das: Wir brauchen diese Erneuerung. Aber zugleich wollen wir, dass diese Erneuerung allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zugutekommt. Das ist unser Versprechen: Wir werden neue Sicherheit durch Wandel schaffen und werden für Sicherheit im Wandel sorgen.

Natürlich, Reform, Veränderung, Fortschritt, das ist niemals Selbstzweck. Mit der angeblichen Notwendigkeit des Fortschritts wurden in der Vergangenheit immer wieder auch problematische Entwicklungen begründet. Die ökologischen Krisen, mit denen wir es heute weltweit zu tun haben, sind nicht zuletzt auch Folgen früherer Vorstellungen von Fortschritt. Manche Entwicklungen wurden zu ihrer Zeit als großer Fortschritt gefeiert. Im Rückblick sehen wir sie aber kritisch. Denken wir an die Vorstellung von der autogerechten Stadt, denken wir an die Atomenergie oder bestimmte Formen der industriellen Landwirtschaft. Aber damit ist doch nicht die Idee des Fortschritts selbst widerlegt!

Im 21. Jahrhundert brauchen wir nicht weniger Fortschritt, sondern mehr Fortschritt. Aber wir brauchen besseren Fortschritt, wir brauchen klugen Fortschritt. Fortschritt für eine bessere Welt, für ein besseres Land, für eine bessere Gesellschaft, für mehr Freiheit für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, das ist der Fortschritt, den wir wollen. Diesen Weg des Fortschritts, der Erneuerung und Transformation wird die neue Bundesregierung auf allen Ebenen konsequent einschlagen. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität und die Arbeitsplätze

des 21. Jahrhunderts hängen davon ab, dass uns diese Modernisierung gelingt, und darum fangen wir jetzt an.

Dabei wissen wir: Veränderung fällt schwer, Aufbruch ist nicht einfach. Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein starkes, ein erfolgreiches, ein sehr wohlhabendes Land. Gute Ideen, hochwertige Produkte und Verfahren haben den Aufstieg unseres Landes zu einer der weltweit führenden Industrienationen begründet: „Made in Germany“ – das ist seit über 100 Jahren weltweit ein Gütesiegel, und gerade darum ist die Versuchung manchmal ein bisschen groß, weiter auf die schon vorhandenen Erfolgsrezepte zu setzen. Es ist ja immer verlockend, bislang Erfolgreiches einfach weiterzumachen. Kaiser Wilhelm II. wird das Zitat zugeschrieben: „Ich glaube an das Pferd. Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung.“ – Das war ein Irrtum. Hätte sich diese Sichtweise seinerzeit durchgesetzt, dann wäre Deutschland heute ein anderes Land, ein ärmeres Land, ein rückständigeres Land. Darum werden wir in Deutschland neue Wege einschlagen, auch da, wo das Bestehende auf den ersten Blick noch oft gut funktioniert.

Heute ist Deutschland ein starkes Land. Aber gerade darum muss uns jetzt der Aufbruch gelingen. Gerade jetzt müssen wir handeln. Darum will die Regierung mehr Fortschritt wagen. Ja, es ist ein Wagnis, von bewährten Rezepten abzuweichen; es ist ein Wagnis, aufzubrechen und den Weg der Veränderung einzuschlagen. Aber dieses Wagnis müssen wir eingehen; denn weitaus waghalsiger als Aufbruch und Fortschritt wären jetzt Stillstand und Weiter-so. Es geht nicht um weniger als die Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen auf der Erde. Es geht um die Zukunft von Wohlstand und Arbeitsplätzen hier bei uns in Deutschland. Darum müssen wir den Aufbruch hinbekommen, und das werden wir auch, wenn wir uns auf unsere Stärken konzentrieren, wenn wir auf unseren Erfolgen aufbauen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eine der großen Stärken unseres Landes und auch eine der wichtigsten Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Erfolgs war immer unser gesellschaftlicher Zusammenhalt. Nicht erst in der Coronapandemie spüren, nein, erleben viele Bürgerinnen und Bürger: Dieser innere Zusammenhalt, diese ge-

sellschaftliche Solidarität ist gefährdet.

Mein Leitbild, das Leitbild der neuen Bundesregierung in dieser Lage ist eine Gesellschaft des Respekts. Respekt, Anerkennung, Achtung – das bedeutet, dass wir uns bei aller Verschiedenheit gegenseitig als Gleiche unter Gleichen wahrnehmen. Respekt heißt: Niemand schaut auf andere herab, weil er oder sie sich für stärker hält, für gebildeter, für reicher. Damit allein wären wir schon ein großes Stück weiter. Denn viele der Verletzungen und Kränkungen in unserer Gesellschaft haben ihre Ursache darin, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht genügend wahrgenommen fühlen.

Aber wenn uns die Coronapandemie eines gelehrt hat, dann doch dies: Es gibt keine höherwertigen und minderwertigen Tätigkeiten in unserem Land. Kassiererinnen oder Krankenpfleger, Reinigungskräfte, Paketboten oder Bahnschaffnerinnen – sie alle leisten ihren unverzichtbaren Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Administrative, akademische oder künstlerische Tätigkeiten sind keine besseren oder würdigeren Tätigkeiten, sie sind andere Tätigkeiten. Auch sie verdienen natürlich Respekt.

Mehr Zuwendung, mehr Augenhöhe und weniger Herablassung, das ist das eine, wenn wir eine Gesellschaft des Respekts wollen. Das andere ist eine tatkräftige Politik für mehr Respekt, und das wird die Bundesregierung leisten. Denn Applaus für Krankenpflegerinnen oder das Trinkgeld für den Paketboten, das ist gut und richtig, aber das reicht nicht. Wir brauchen eine aktive Politik, die Respekt ermöglicht, Respekt bewahrt und immer wieder erneuert.

Dabei geht es um harte materielle, soziale und ökonomische Fragen. Niedrige Löhne für anstrengende Arbeit, prekäre Beschäftigung ohne Tarifvertrag, Armut im Alter, Wohnungsmangel und explodierende Mieten, fehlende Lebensperspektiven in manchen ländlichen Regionen, nicht zuletzt in Ostdeutschland – in solchen Missständen kommt aus Sicht der Betroffenen oft fehlender Respekt vor ihrer Leistung und ihrer Anstrengung zum Ausdruck. Missstände wie diese sind deshalb Gift für unseren Zusammenhalt. Darum werden wir sie beheben, und wir fangen jetzt damit an.

Klar ist auch: Zu jeder Politik des Respekts gehört, dass sie sich konsequent gegen Rassismus, Sexismus und jede andere Diskriminierung richtet. Hier werden wir nicht nachlassen. Auch vom weiteren Fortschritt in diesen Fragen hängt der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ab.

Gerade auch im Kontext unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit nichtdeutschen Wurzeln ist der Begriff des Respekts besonders wichtig. Millionen von ihnen sind hier geboren. Viele Familien leben schon seit Generationen in Deutschland. Ihre Eltern und Großeltern haben als sogenannte Gastarbeiter massiv zum Aufbau und Wohlstand unseres Landes beigetragen. Wir sprechen hier von fast einem Viertel unserer Bevölkerung. Sie haben Anspruch auf volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserem Land.

Wir sind ein Einwanderungsland bzw., um einen Begriff unseres Bundespräsidenten aufzugreifen, ein „Land mit Migrationshintergrund“. Aber wir müssen ein noch besseres Integrationsland werden. Dafür fühle ich mich verantwortlich. Und alle, die sich hier bei uns in Deutschland für ihre persönliche Zukunft anstrengen, haben mich und die Bundesregierung auf ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, diese konkreten Aufgaben mit einer Politik des Respekts anzugehen, das ist auch wichtig, um das soziale Vertrauen in unserem Land zu stärken, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen. Die Bürgerinnen und Bürger, besonders die schutzbedürftigen unter ihnen, erwarten von ihrem Staat, dass er sie so gut wie möglich vor Krisen und deren Folgen schützt. Wo dem Staat dies nicht gelungen ist, da muss er für die Zukunft lernen. Das wird eine der großen politischen Aufgaben der nächsten Jahre.

Dazu gehört auch, dass wir das, was wir Globalisierung nennen, so angehen, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft nicht in Lager spaltet. Wenn wir dem gefährlichen Trend der Renationalisierung etwas entgegensetzen wollen, dann darf nicht der Eindruck entstehen, die Globalisierung sei der demokratischen Kontrolle entglitten. Darum wird diese Bundesregierung konkrete politische Initiativen vorantreiben, die deutlich machen: Wir können eine gerechtere Globalisierung durchsetzen. Am Projekt einer internationalen Mindestbesteuerung zum Beispiel beteiligen sich inzwischen 136 Staaten. Das ist nicht nur aus fiskalischen Gründen ein wichtiges Anliegen, sondern gerade auch deshalb, weil es die Gerechtigkeit und das Vertrauen in die Demokratie stärkt.

Um es klar zu sagen: Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist keine Frage, der wir uns erst dann zuwenden müssen, wenn wir irgendwann alle anderen großen Probleme gelöst haben, von der Pandemie über die industrielle Transformation bis zur Klimaneutralität. Es ist genau umgekehrt: Die großen Probleme unserer Zeit werden wir überhaupt nur dann bewältigen, wenn uns unterwegs nicht der Zusammenhalt unserer Gesellschaft abhandenkommt. Soziales Vertrauen und sozialen Zusammenhalt zu

Die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechts-extremismus.

Das Leitbild der neuen Bundesregierung in dieser Lage ist eine Gesellschaft des Respekts.

organisieren, das ist die Voraussetzung schlechthin dafür, dass Deutschland in diesem Jahrhundert eine gute Zukunft haben wird. Gelingen wird uns das nur mit einer Politik des Respekts, einer Politik, die immer alle Bürgerinnen und Bürger im Blick behält.

Meine Damen und Herren, in der Tat: Wir haben große Aufgaben vor uns. Deutschland muss und Deutschland wird in den 2020er-Jahren den Aufbruch hin zu einer klimaneutralen und digitalisierten Gesellschaft vollziehen. Die Bundesregierung wird die Arbeit aufnehmen, damit Deutschland gestärkt aus diesem Wandel hervorgeht, damit das Leben der Bürgerinnen und Bürger besser wird, damit unsere Wirtschaft prosperiert und viele gut bezahlte neue Arbeitsplätze entstehen.

Die kommenden vier Jahre werden wir auch dafür nutzen, Deutschland strukturell fit zu machen für die Welt des 21. Jahrhunderts. Damit die Transformation gelingt, brauchen wir eine moderne Verwaltung, die den Wandel vorantreibt, statt ihn zu verzögern. Es geht um technische und gesellschaftliche Innovationen, es geht um milliardenschwere Investitionen in neue Wohnungen, Schienenwege, Ladesäulen, Offshorewindparks, PV-Anlagen, Stromnetze und vieles, vieles mehr. Es geht darum, die Fundamente für ein neues technologisches Zeitalter zu legen – von der Wasserstoffpipeline über die dezentrale Stromversorgung bis hin zur Elektroladesäule. Darum werden wir ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen einläuten.

Der größte Teil dieser Investitionen wird privatwirtschaftlich erbracht werden. Die Regierung wird sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Wir

werden langfristig verlässliche Politik machen, die im Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten steht und klare Orientierung bietet. Wo es möglich ist, werden wir Marktmechanismen nutzen, etwa einen starken europäischen Emissionshandel. Wo es nötig ist, werden wir das Ordnungsrecht einsetzen, zum Beispiel bei der Klimafreundlichkeit von Gebäuden. Und wo es sinnvoll ist, werden wir Förderprogramme schaffen, um anfangs höhere Preise neuer Technologien auszugleichen und Investitionen in klimafreundliche Technologien zu unterstützen.

Deshalb werden wir eine Superabschreibung für Investitionen in Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter schaffen. Diese Investitionsprämie wird es in den Jahren 2022 und 2023 möglich machen, einen Anteil der Kosten der im jeweiligen Jahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlage-

vermögens vom steuerlichen Gewinn abzuziehen. Zusätzlich werden diese Wirtschaftsgüter entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Von dieser Superabschreibung profitieren somit alle, die in besonderer Weise in Klimaschutz und Digitalisierung investieren.

Außerdem werden wir die in der Coronakrise ausgeweitete Möglichkeit, dass unternehmerische Verluste bei der Berechnung von Steuerzahlungen rückwirkend stärker berücksichtigt werden können, verlängern und erweitern. Auch das schafft finanziellen Spielraum für Unternehmen.

Ein wichtiger Treiber für Innovationen und Investitionen sind Start-ups. Wir werden das Potenzial, das von solchen innovativen Unternehmensideen für die Transformation ausgeht, stärker nutzen und unser Land zum führenden Start-up-Standort in Europa machen. Auch die Rolle der Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Finanzierung von Start-ups werden wir ausbauen. Und wir verbessern die steuerlichen Bedingungen, wenn Mitarbeiter sich an ihren Unternehmen beteiligen. Gerade für Start-ups ist das eine wichtige Maßnahme.

Damit die Transformation unseres Landes gelingt, wird die Bundesregierung in den kommenden vier Jahren viele Milliarden Euro einsetzen müssen. Dafür werden wir den verfassungsgemäß zulässigen Spielraum nutzen. Ein wichtiger Kern für diese Zukunftsinvestitionen ist der Energie- und Klimafonds, den wir zu einem Klima- und Transformationsfonds ausweiten und besser ausstatten werden.

Zugleich kommt es jetzt darauf an, dass wir genau überprüfen, auf welche Ausgaben wir verzichten können und wo dem Staat Einnahmen vorenthalten werden. Darum wird die Bundesregierung den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung weiter vorantreiben und weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir werden Steuerumgehung weiter erschweren. Diejenigen, die für sich selbst und ihre Kundinnen und Kunden Steuertricks entwickeln und vermarkten, müssen diese den zuständigen Behörden jetzt auch für rein nationale Fälle melden. So kann der Gesetzgeber schnell auf neue Umgehungsmöglichkeiten reagieren. Deshalb werden wir die bereits eingeführte Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltung auch auf nationale Steuergestaltung für Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro ausweiten.

Insgesamt gilt für die Haushaltspolitik der kommenden Jahre: Nicht alles, was wünschenswert ist,

wird sofort machbar sein. Die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Transformation können und werden wir aber sicher finanzieren.

Und auch das ist wichtig: Neue Finanzspielräume entstehen durch Wachstum. Wachstum wiederum ist das Ergebnis kluger Investitionen. Darum war und ist es richtig, nicht gegen die Krise anzusparsen, sondern auch breite Hilfen und hohe Investitionen möglich zu machen, sodass wir aus der Krise herauswachsen.

Meine Damen und Herren, für den Erfolg der Transformation ist die Höhe der eingesetzten Mittel aber nur die eine Seite. Erfolgreich wird die Transformation nur sein, wenn Investitionen deutlich schneller wirksam werden. Darum werden wir innerhalb des ersten Jahres dieser Bundesregierung ein umfassendes Paket zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung vorlegen. Unser Ziel ist, die Dauer der Verfahren zu halbieren. Dafür werden wir die personelle und technische Ausstattung der Behörden und Gerichte ausbauen. Das wollen wir mit einem Beschleunigungspakt gemeinsam mit den Ländern angehen. Große und besonders bedeutsame Infrastrukturmaßnahmen, also etwa wichtige Bahnstrecken oder Stromtrassen, werden wir per Gesetz auf den Weg bringen, und wir werden Regelungen treffen, die das Verhältnis von Klima- und Artenschutz klären.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Klimaschutz wird in dieser Bundesregierung zu einer zentralen Querschnittsaufgabe, und wir wollen uns gemeinsam daran messen lassen, wie erfolgreich wir diese Aufgabe lösen. Schon im kommenden Jahr werden wir ein umfassendes Sofortprogramm beschließen, das unsere Anstrengungen, Treibhausgase quer durch alle Sektoren zu verringern, verstärkt.

Wir werden die Europäische Kommission aktiv dabei unterstützen, ihr Klimapakett „Fit for 55“ zu verwirklichen. Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die europäische und die internationale Klimapolitik voranbringen. Wir werden auch unsere internationalen Bemühungen für den Klimaschutz erhöhen. Wir sind dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet und werden zu seinem Erfolg beitragen. Gleichzeitig werden wir zusammen mit unseren Partnern die Gründung eines offenen Klimaklubs voranbringen, der sich auf gemeinsame Standards verständigt und deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb vor Carbon Leakage schützt.

Meine Damen und Herren, der Wohlstand unseres Landes hängt an unserer Fähigkeit, die Infrastrukturen für das klimaneutrale Zeitalter aufzubauen. Bei der Energieversorgung wird das besonders deutlich.

Im kommenden Jahr beenden wir



Zwei Prozent der Fläche in Deutschland sollen laut Koalitionsvertrag zukünftig für die Windkraft reserviert werden. © picture alliance / Zoonar | Stefan Ziese

das Zeitalter der Atomkraft in Deutschland nach Jahrzehnten des gesellschaftlichen Konflikts. Gleichzeitig arbeiten wir am zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung, idealerweise schon im Jahre 2030. Es hat ja um das Wort „idealerweise“ Debatten gegeben. Es bedeutet aber ganz einfach: Voraussetzung eines vorgezogenen Ausstiegs ist Versorgungssicherheit. Voraussetzung ist, dass wir einen großen Teil unseres Strombedarfs aus Windkraft und Photovoltaik decken können, dass wir neue Gaskraftwerke bauen und diese baldmöglichst mit Wasserstoff betreiben können.

Meine Damen und Herren, heute liegt der Strombedarf in Deutschland bei 560 Terawattstunden. Wir rechnen damit, dass er im Jahr 2030 zwischen 680 bis 750 Terawattstunden betragen wird. Wir müssen also mindestens 120 Terawattstunden zusätzlich decken. Das ist ungefähr der heutige Strombedarf der Niederlande, ein Land mit fast 18 Millionen Einwohnern. 80 Prozent unseres Strombedarfs sollen bis 2030 aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden. Das bedeutet: Wir müssen die Produktion von erneuerbarem Strom bis 2030 mehr als verdoppeln. Ja, das ist eine gigantische Aufgabe, aber ich bin der festen Überzeugung: Das wird uns gelingen.

Auf die Grundlagen haben wir uns verständigt: Schon im kommenden Jahr werden wir Hürden und Hemmnisse beseitigen, und es sollen 2 Prozent der Fläche in Deutschland für die Windkraft reserviert werden. Photovoltaikmodule sollen auf deutschen Dächern zur Regel werden. Bei gewerblichen Neubauten werden sie verbindlich vorgeschrieben. Wir werden den Ausbau unserer Offshorewindkapazitäten voranbringen und mit unseren Nordseepartnern stärker kooperie-

ren. Wir fördern den Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber wir fordern auch: Auf Dauer müssen sich die erneuerbaren Energien auf dem Markt finanzieren. Darum werden wir den förderfreien Zubau stärken. Wenn der Kohleausstieg vollendet ist, muss auch die Förderung der erneuerbaren Energien auslaufen.

Frau Präsidentin, ein zentraler Pfeiler unserer Klimapolitik ist die Verkehrswende. Dass die Bürgerinnen und Bürger heute deutlich mobiler sind als vor 30, 50 oder 100 Jahren, ist eine große Errungenschaft. Mobilität erweitert den Horizont, ermöglicht Teilhabe, Begegnung und Lebenschancen. Wir werden in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass Mobilität einfacher, komfortabler und klimafreundlicher wird und dabei für alle bezahlbar bleibt. Unser Schwerpunkt wird auf dem Ausbau der Schiene liegen. Wir werden die Großstädte besser an den Fernverkehr anbinden und das europäische Nachtzugnetz ausbauen. Wir werden die Bahn wieder stärker im ländlichen Raum verankern und, wo es sinnvoll ist, stillgelegte Trassen reaktivieren.

Wir wollen den Anteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 deutlich erhöhen und die Fahrgastzahl im Personenverkehr deutlich steigern. Dafür werden wir in den kommenden Jahren die Schienenwege ausbauen und mit digitaler Technik ausstatten. Und: Wir werden das finanzielle Engagement des Bundes für den Nahverkehr noch einmal steigern. Mit den Ländern und Kommunen werden wir einen Ausbau- und Modernisierungspakt für einen besseren ÖPNV schließen. Gleichzeitig wollen wir die Nutzerfreundlichkeit über die verschiedenen Verkehrsverbände hinweg erhöhen,

Fortsetzung auf nächster Seite

zum Beispiel durch gemeinsame Qualitätsstandards und eine klarere Tarifstruktur.

Zugleich wissen wir: Für viele Bürgerinnen und Bürger wird das Auto weiter unverzichtbar sein. Viele fahren gern mit dem Auto, und das soll auch so bleiben. Aber die Antriebe müssen klimafreundlich werden. Nach mageren Jahren hat sich die Elektromobilität zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Wir werden dafür sorgen, dass sie weiter Tempo aufnimmt. Viele Hersteller haben ehrgeizige Pläne, ihre Produktion auf klimafreundliche Antriebe umzustellen. Mit dem Ausbau der heimischen Batteriezellenfertigung werden wir dafür sorgen, dass ein hoher Teil der Wertschöpfung rund ums Automobil in Deutschland bleibt. Wir werden die staatliche Förderung für 2022 fortschreiben und danach schrittweise abbauen und gerade im Bereich der Plug-in-Hybride stärker an der elektrischen Fahrleistung ausrichten.

Unser Ziel ist, dass im Jahr 2030 in Deutschland 15 Millionen Elektroautos unterwegs sind. Der Schlüssel hierfür liegt in der Ladeinfrastruktur. Laden muss so einfach werden wie Tanken. Das Angebot an Ladesäulen muss dem Bedarf zunächst vorausgehen. Die Förderung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur werden wir effektiver und effizienter ausgestalten. Hemmnisse in Genehmigungsprozessen bei Netzinfrastruktur und Netzanschlussbedingungen werden wir abbauen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in Staat und Gesellschaft streben wir einen digitalen Aufbruch an. Dazu gehört zunächst – für alle wichtig und erfahrbar – die digitale Infrastruktur. Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard. Wir werden besonders dort investieren, wo der Nachholbedarf am größten ist, um Funklöcher zu schließen. Deutschland muss als Technologiestandort wieder an die Spitze kommen. Darum werden wir Investitionen in künstliche Intelligenz und Quantentechnologien, in Cybersicherheit, Robotik und weitere Zukunftstechnologien stärken. Und wir wollen auch die Halbleiterproduktion ausbauen. Auch die Digitalisierung der Verwaltung werden wir entschieden vorantreiben und an einheitlichen digitalen Lösungen für Bund und Länder arbeiten.

In Europa werden wir uns dafür einsetzen, dass die Datenschutzbestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung besser und einheitlicher durchgesetzt werden. Wir brauchen aber auch ambitioniertere Regelungen für einen fairen Wettbewerb in der Digitalwirtschaft. Das Bundeskartellamt werden wir für den Umgang mit Plattformen deshalb stärken.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lösen werden wir all diese großen Aufgaben nur, wenn

alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland klarkommen können, und das hat Voraussetzungen. Eine davon ist die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Das soll im Laufe des kommenden Jahres geschehen. Der Bundesarbeitsminister wird dafür zeitnah einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde schon vor sechs Jahren eingeführt; er lag zu Beginn bei 8,50 Euro. Die Erfahrungen sind positiv. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben profitiert. Die Warnungen vor Geschäftsaufgaben und Entlassungen waren unbegründet.

Das Mindestlohngesetz sieht die regelmäßige Anpassung durch eine unabhängige Kommission vor. Diese Regelung werden wir beibehalten. Und doch werden wir einen einmaligen Anpassungsschritt des Gesetzgebers vornehmen. Das ist in einem reichen, wirtschaftlich starken Land wie unserem möglich, und das ist auch nötig, meine Damen und Herren. Bis zu 10 Millionen Erwerbstätige werden davon profitieren und ihren Lebensunterhalt besser bestreiten können. Es ist der ganz konkrete Ausdruck einer Politik des Respekts.

Dasselbe gilt für die Gleichstellung von Frauen und Männern; die muss in diesem Jahrzehnt in unserem Land endlich Realität werden und nicht erst in irgendeiner fernen Zukunft. Wirkliche Gleichstellung bedeutet, über den gleichen Einfluss, die gleiche Macht und die gleichen Möglichkeiten zu verfügen. Gleichstellung bedeutet auch: Für gleiche Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden. Dazu werden wir die Möglichkeiten ausbauen, die das Entgelttransparenzgesetz bietet, meine Damen und Herren.

Respekt vor Leistung heißt auch Respekt vor Lebensleistung. Das bedeutet, im Alter nach einem langen Berufsleben eine angemessene Rente zu erhalten. Wir wissen um die Herausforderung in einer älter werdenden Gesellschaft, ein hohes Niveau sozialer Sicherheit zu garantieren und zugleich das System bezahlbar zu halten. Darum sichern wir das Mindestrentenniveau bei 48 Prozent. Wir sehen auch keine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze vor. Und zugleich werden wir den Nachholfaktor wieder gelten lassen und bauen in die gesetzliche Rentenversicherung eine teilweise Kapitaldeckung ein. Aus dem Haushalt werden der Rentenversicherung im kommenden Jahr zunächst 10 Milliarden Euro zugeführt, die rentabel angelegt werden können und als Demografiereserve dienen.

Wichtig ist uns auch, dass möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf eine Betriebsrente haben. Eine weitere Aufgabe in dieser Legislaturperiode wird es sein, in Zeiten der anhaltenden Niedrigzinsen bessere Angebote in der dritten Säule der privaten Al-

tersvorsorge zu entwickeln, gerade für solche, die staatlich gefördert werden. Alle Selbstständigen, sofern sie nicht über Versorgungswerke abgesichert sind oder eine entsprechende private Altersvorsorge aufbauen, werden in Zukunft gesetzlich versichert sein, damit einer etwaigen Armut im Alter vorgebeugt wird.

Meine Damen und Herren, auch unsere Gesundheitsversorgung und unser Pflegesystem müssen den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Was besser werden muss, haben wir gerade auch in der Pandemie erlebt. Wir brauchen heimische Kapazitäten der medizinischen Produktion, um nicht wieder in Abhängigkeit zu geraten. Wir werden den Öffentlichen Gesundheitsdienst besser ausstatten und das medizinische Personal konkurrenzfähiger bezahlen. Wir werden die Chancen der Digitalisierung auch im Gesundheitssystem heben. Wir werden die ambulante Versorgung verbessern, die Krankenhausplanung und -finanzierung reformieren.

Meine Damen und Herren, die Pflegekräfte, die Frauen und Männer in der Pflege, haben Großartiges geleistet, oft über das Erträgliche hinaus. Ihnen gilt unser Dank. Wir haben deshalb einen Pflegebonus vereinbart und werden die Steuerbefreiung anheben. Doch wir wissen, dass das noch keine strukturelle Lösung ist. Darum werden wir die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessern, indem wir eine bessere Personalausstattung in Krankenhäusern möglich machen werden.

Wichtig ist auch, dass wir die Lücke zwischen den Löhnen in der Kranken- und Altenpflege schließen.

Wenn Bürgerinnen und Bürger pflegebedürftig werden, ist das für sie und ihre Angehörigen oft finanziell überfordernd. Darum werden wir die Eigenanteile an den Kosten in Pflegeheimen begrenzen. Und, meine Damen und Herren, wir werden prüfen, wie eine freiwillig wählbare Pflegevollversicherung im Alter für alle Pflegekosten, die zusätzlich anfallen, aufkommen kann.

Meine Damen und Herren, Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft der sozialen Sicherung bleibt der Arbeitsmarkt. Darum ist es wichtig, dass wir weiterhin ein hohes und möglichst noch steigendes Beschäftigungsniveau in Deutschland haben, am besten mit Sozialpartnerschaft, mit Tarifbindung und Mitbestimmung. Gerade in Zeiten des Wandels brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände.

Ein hohes Beschäftigungsniveau ist auch aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen nötig. Wir werden die Situation in der Pflege

nur dann nachhaltig verbessern, wenn mehr Pflegekräfte dort tätig sein können. Wir werden viele unserer Vorhaben, vom Wohnungsbau bis zur Energiewende, nur dann hinbekommen, wenn ausreichend qualifizierte Fachkräfte im Einsatz sind. Für eine bessere Pflege, für den Bau von Wohnungen, für die industrielle Transformation, für innovative Unternehmen – überall brauchen wir qualifizierte Arbeitskräfte.

Das ist im Übrigen ein fast schon symbolhaftes Projekt der neuen Fortschrittsregierung, weil wir hier wirtschaftliche Ziele mit sozialen und gesellschaftspolitischen Zielen verbinden. Wir müssen daher auch für gute Aus- und Weiterbildung sorgen.

Das ist mir auch persönlich sehr wichtig; denn auch dabei geht es wieder um Respekt. Ich will, dass eine berufliche Ausbildung im dualen System in Deutschland genauso viel Anerkennung erhält wie das Studium. Darum sollen alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen Ausbildungsplatz bekommen. Damit das klappt, haben wir eine Ausbildungsgarantie vereinbart.

Für viele junge Leute, die sich für ein Studium entscheiden, werden wir die Ausbildungsförderung verbessern. Vor 50 Jahren wurde das BAföG eingeführt. Es war eine Erziehungsgeld für mehr Chancengleichheit. Wir werden das BAföG elternunabhängiger machen. Die geplante Kindergrundsicherung ist eine Basisfinanzierung für Studierende. Wir werden zugleich die Freibeträge und die Altersgrenzen anheben, damit mehr Studierende Zugang zum BAföG bekommen, und wir werden prüfen, ob wir den Darlehensanteil senken können.

Zugleich gilt: Die berufliche Bildung endet nicht mit der Erstausbildung; erst recht nicht angesichts der Transformationen, die wir schon jetzt erleben

und in den nächsten Jahrzehnten noch erleben werden. Die Welt wird digitaler. Wir müssen klimaneutral werden. Viele Tätigkeiten können von Robotern und künstlicher Intelligenz erledigt werden, aber bei Weitem nicht alle. Die Arbeit – da bin ich sicher – wird uns nicht ausgehen, aber die Tätigkeiten und Aufgaben werden sich verändern, berufliche Weiterbildung wird immer wichtiger.

Darum verbessern wir das Aufstiegs-BAföG für diejenigen, die sich für diesen Weg entscheiden. Mit höheren Fördersätzen und Freibeträgen sorgen wir dafür, dass auch eine zweite vollqualifizierte Ausbildung gut möglich ist. Auch die Arbeitsförderung richten wir stärker auf Weiterbildung aus mit einer Bildungszeit und einem Qualifizierungsgeld,

das sich am Kurzarbeitergeld orientiert.

Klar ist ebenfalls, dass wir in Deutschland deutlich mehr Arbeitskräfte brauchen. Darum werden wir unser Einwanderungsrecht modernisieren und ergänzen. Auf der Basis eines neuen Punktesystems erleichtern wir ausländischen Arbeitskräften die Jobsuche in Deutschland. Gleichzeitig steuern wir damit gezielt den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Das ist ein Fortschritt, den wir brauchen. Wichtig ist deshalb auch, dass wir Bildungs- und Berufsabschlüsse aus dem Ausland leichter und schneller anerkennen.

Meine Damen und Herren, mehr Förderung wollen wir auch in der Grundsicherung. Es ist gut, dass wir ein Sozialsystem mit einer Grundsicherung für alle haben, die nicht oder nicht mehr über andere Systeme abgesichert sind. Aber besser ist es, wenn eine Grundsicherung nicht oder zumindest nicht lange in Anspruch genommen werden muss. Was im Volksmund „Hartz IV“ heißt, ersetzen wir durch ein neues Bürgergeld.

Es hat sich in der Pandemie bewährt, in den ersten beiden Jahren das Vermögen stärker zu schonen und die Angemessenheit der Wohnung nicht zu überprüfen. Das ist fair und entlastet die Betroffenen.

Die Eingliederungsvereinbarung ersetzen wir durch eine Teilhabevereinbarung. Wir verzichten nicht auf Mitwirkungspflichten, aber wir schaffen ab, dass man sich nicht gleich qualifizieren kann, wenn das gut ist. Wer zum Beispiel einen qualifizierten Beruf gelernt hat und in die Grundsicherung rutscht, sollte die Chance haben, sich weiterzubilden oder einen neuen Beruf zu erlernen. Auch das ist Respekt vor dem Beruf und der Lebensleistung. Es bleibt beim Prinzip „Fördern und Fordern“, aber wir fördern mehr, und wir fördern besser als bisher.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir wollen Frauen und Männern gleichermaßen eine gute Beschäftigungsbiografie ermöglichen und zugleich den Fachkräftebedarf sichern. Das geht, wenn wir Beruf und Familie noch besser vereinbar machen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell, und wir wollen es noch besser machen. Es soll sich lohnen, wenn Eltern die Zeit für Erziehung, Pflege und Erwerbsarbeit partnerschaftlich teilen. Dazu gehört, dass die Partnerin oder der Partner nach der Geburt zwei Wochen Zeit bekommt, für die Familie da zu sein, ohne den Urlaub anzutasten. Wir sprechen von einer vergüteten Freistellung, und es geht uns darum, gleichzeitig die Anzahl der Kinderkrankentage dauerhaft anzuheben. Das alles hilft Familien.

Eine große und technisch anspruchsvolle Reform nehmen wir uns vor mit der Einführung einer neuen Kindergrundsicherung. Derzeit haben wir noch verschiedene Leistungen und steuerliche Regelungen

**Weitaus
waghalsiger als
Aufbruch und
Fortschritt wären
jetzt Stillstand
und Weiter-so.**

gen, die nebeneinander existieren. Das ist zu kompliziert, nicht gut verständlich und in vielen Fällen auch nicht bedarfsgerecht. Die Kindergrundsicherung, die wir im Laufe dieser Legislaturperiode einführen werden, wird aus einem Sockelbetrag für jedes Kind bestehen sowie aus einem Zusatzbetrag, der vom Einkommen der Eltern abhängt. Die Kindergrundsicherung wird unbürokratisch digital zu erhalten sein. Das ist ein großer Fortschritt hin zu einem modernen Sozialstaat.

Gemeinsam mit den Ländern werden wir die frühkindliche Bildung in den Kitas stärken, bessere Startchancen in sozial benachteiligten Schulen schaffen, schulische Ganztagsangebote verbessern und mit dem DigitalPakt 2.0 die Digitalisierung unserer Schulen vorantreiben.

Eine der sehr großen sozialen Fragen unserer Zeit ist das Wohnen. Guter und bezahlbarer Wohnraum ist ein menschliches Grundbedürfnis. Aber für viele Bürgerinnen und Bürger gibt es heute gerade in unseren Städten zu wenig bezahlbare Wohnungen. Sie müssen endlos suchen, finanziell an ihre Grenzen gehen oder lange Pendelwege zur Arbeit in Kauf nehmen. Der Traum vom Häuschen am Stadtrand oder von der Eigentumswohnung im Kiez bleibt für normalverdienende Familien immer öfter unerfüllt. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt erfordert, dass die neue Bundesregierung entschlossen handelt, und das tun wir. Wir schaffen ein neues Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, damit wir alle Kraft auf diese Aufgabe konzentrieren können.

Wir wollen, dass in Deutschland pro Jahr 400 000 neue Wohnungen gebaut werden, darunter 100 000 öffentlich geförderte. Wir werden ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum einberufen. Zusammen mit den Ländern und Kommunen, der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie den Mieterverbänden werden wir beraten, wie wir schneller und günstiger mehr Wohnraum in Deutschland schaffen.

Das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt kann aber nicht von heute auf morgen ausgeglichen werden. Darum werden wir auch in der Zwischenzeit etwas tun, um den Anstieg der Mieten in Grenzen zu halten: Wir verlängern die bestehende Mietpreisbremse bis zum Jahr 2029, und wir senken in angespannten Wohnungsmärkten die Kappungsgrenze. In drei Jahren darf die Miete dann um nicht mehr als 11 Prozent steigen, wenn sie noch unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt.

Mehr Fairness zwischen Vermietern und Mietern setzen wir auch beim Klimaschutz durch. Für das Heizen mit fossilen Energien gibt es ja bereits den CO₂-Preis. Dieser dient aber dazu, dass auf klima-

freundliches Heizen umgerüstet wird.

Mittelfristig wollen wir eine Teilwärmiete einführen: Die Grundversorgung wird Teil der Miete, alles darüber hinaus zahlt der Mieter. So besteht für beide Seiten der Anreiz zum Umrüsten und Energiesparen. Jetzt in der Übergangszeit wollen wir im kommenden Jahr eine differenzierte Kostenteilung durchsetzen. Das ist gerecht.

Meine Damen und Herren, die Transformation, die jetzt vor uns liegt, wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land getragen wird. Darum werden wir die Kohleregionen in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen weiterhin solidarisch unterstützen. Unser Versprechen gilt: Niemand wird ins Bergfreie fallen. Die Folgen des Strukturwandels bewältigen wir gemeinsam.

Das gilt auch im Hinblick auf die großen Veränderungen in der Industrie insgesamt. Wir werden eine vorausschauende Strukturpolitik betreiben, gezielt neue Wertschöpfung schaffen, zum Beispiel beim Wasserstoff oder der Batteriezellenfertigung. Und wir werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Seite stehen. Gerade in Zeiten steigender Energiepreise werden wir darauf achten, dass Energie kein Luxusgut wird – nicht für Unternehmen in unserem Land und nicht für die Bürgerinnen und Bürger.

Richtig ist: Langfristig wird fossile Energie auf berechenbare Weise teurer. Das darf aber Menschen mit kleinem Geldbeutel nicht überfordern. Eine warme Wohnung ist ein Grundrecht. Die Fahrt mit dem Auto zur Arbeit oder zum Supermarkt ist für viele schlichtweg notwendig.

Gute Klimapolitik fordert nicht Verzicht, sondern sie ermöglicht den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen. Vor allem deshalb werden wir private Haushalte und Unternehmen schon im Jahr 2023 von der EEG-Umlage befreien und diese zukünftig aus dem Bundeshaushalt refinanzieren. Das entlastet eine vierköpfige Familie pro Jahr im Vergleich zu 2021 um rund 300 Euro, und es reduziert den bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Staat, der in den vergangenen 20 Jahren rund um die EEG-Umlage entstanden ist. So entsteht auch ein neuer Rückenwind für den Umstieg auf E-Autos und Wärmepumpen.

Der CO₂-Preispfad bleibt stabil. Deshalb haben wir uns darauf verständigt, dass wir Benzin, Öl und Gas nicht zusätzlich verteuern. Wir werden außerdem das Wohngeld modernisieren, eine Klimakomponente einführen und einen einmaligen

Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger zahlen.

Auch an anderer Stelle sorgen wir dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld zur Verfügung haben. So werden wir die Bedingungen für Midijobs verbessern, indem wir die Verdienstgrenze auf bis zu 1 600 Euro erhöhen. Dadurch profitieren mehr Beschäftigte von den reduzierten Sozialbeiträgen. Wir verstärken die Anreize für derzeitige Midijobber, ihre Arbeitszeit in Richtung einer Vollzeitstelle weiter zu erhöhen. Mit der Erhöhung des Mindestlohns heben wir auch die Grenze für Minijobs auf 520 Euro an.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs zur Rentenbesteuerung werden wir rasch umsetzen. Nicht erst 2025, sondern schon ab dem übernächsten Jahr werden die Beiträge zur Rentenversicherung als Sonderausgabe voll abzugsfähig sein. Das ist eine Steuerentlastung für Millionen Bürgerinnen und Bürger.

Zudem werden wir den steuerpflichtigen Teil der ausgezahlten Rente langsamer ansteigen lassen als bisher im Gesetz vorgesehen. Das ist eine Steuerentlastung für viele künftige Rentnerinnen und Rentner.

Meine Damen und Herren, heute ist Deutschland ein Land von ungeheurer innerer Vielfalt. Die Bundesregierung begreift diese gesellschaftliche Vielfalt als eine der großen Stärken unseres Landes. Sie verwechselt Zusammenhalt nicht mit Homogenität, sondern sie schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass Zusammenhalt aus der Vielfalt heraus möglich ist. Sie schützt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und schafft die Voraussetzungen für eine Gesellschaft des Respekts. Zum demokratischen Gemeinwesen gehört ein handlungsfähiger Rechtsstaat, der Freiheit und Sicherheit garantiert.

Wer bei der Polizei oder beim Zoll, bei Sicherheitsbehörden oder Ordnungsdiensten arbeitet, verdient unseren Respekt, meine Damen und Herren. Die Arbeit ist oft hart, und die Aufgaben werden immer umfangreicher, gerade jetzt etwa bei der Durchsetzung der notwendigen Auflagen zur Bekämpfung der Coronapandemie. Im Namen der gesamten Bundesregierung

danke ich allen, die Tag und Nacht auf der Straße und in schwierigen Situationen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die Ordnung unseres Gemeinwesens gewährleisten.

Aber diese Anerkennung muss auch Hand und Fuß haben. Darum werden wir für die gute Personal- und Sachausstattung der Bundespolizei sorgen und diese als Dienstherr attraktiver machen. Die Schwerpunkte der Arbeit der Sicherheitsbehörden in den nächsten Jahren wer-

den auf den Kampf gegen Extremismus und Organisierte Kriminalität gelegt werden. Dazu gehören Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr. Ausdrücklich teile ich die Einschätzung der Bundesinnenministerin: Die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus. Darum werden wir diese Gefahr mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

Die vorliegenden Konzepte für Demokratieförderung, für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Beratung und für Präventionsangebote werden wir jetzt nutzen und ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen.

Wir werden entschieden gegen Organisierte Kriminalität in jeder Form vorgehen. Das effektivste Mittel dafür besteht darin, diesen Strukturen den Geldhahn abzudrehen. Darum werden wir die Geldwäschebekämpfung stärken. Immobilien werden künftig nicht mehr mit Bargeld bezahlt werden können.

Den Pakt für den Rechtsstaat werden wir verstetigen und um einen Digitalpakt für die Justiz erweitern. Wir brauchen schnelle und effiziente Gerichtsverfahren. Gerichtsverhandlungen sollen deshalb auch online geführt werden können. Und wir werden sicherstellen, dass Täter von Hass und Hetze im Netz identifiziert und strafrechtlich belangt werden können.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darum ist es höchste Zeit, dass wir uns auch als Einwanderungs- und Integrationsgesellschaft begreifen. Dazu gehört, dass wir den Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern. Nur so ermöglichen wir volle politische Teilhabe und damit bessere Integration. Einbürgerungen werden künftig in der Regel bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein. Und wir werden die Mehrfachstaatsangehörigkeit ermöglichen. Es entspricht der Lebenswirklichkeit vieler Einwanderter in unserem Land, dass sie ihre Herkunftsidentität in rechtlicher Hinsicht auch nach der Einbürgerung beibehalten wollen.

Mit dem Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft geht einher, dass wir viel stärker als bisher Repräsentanz möglich machen werden. Das gilt gerade in der öffentlichen Verwaltung. Darum werden wir ein Partizipationsgesetz vorlegen, um diesen Anforderungen besser gerecht zu werden.

Wir werden eine vernunftgeleitete Migrationspolitik betreiben, die legale Migration befördert und irreguläre Migration reduziert. Dazu gehören zügige Asylverfahren sowie gute Perspektiven für diejenigen, die in Deutschland gut integriert sind. Dazu gehört aber auch die konsequen-

te Rückführung, besonders im Fall von Straftätern und Gefährdern.

Meine Damen und Herren, nicht selten war unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren moderner als Staat und Regierung. Längst überfällig ist daher die nachholende Modernisierung, die diese Bundesregierung auf den Gebieten der Gleichstellung, der körperlichen Selbstbestimmung sowie im Familienrecht auf den Weg bringen wird. Wir werden dafür sorgen, dass unser Familienrecht, unser Personenstands- und Strafrecht in der gelebten Wirklichkeit ankommen. Wir werden das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und das Adoptionsrecht reformieren. Das Transsexualengesetz werden wir durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen.

Wir wollen, dass Ärztinnen und Ärzte öffentliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Daher werden wir den § 219a aus dem Strafgesetzbuch streichen.

Und wir sind uns einig: Wir werden den Gleichbehandlungsartikel 3 des Grundgesetzes um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzen, und wir werden den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen.

Meine Damen und Herren, im kulturellen Leben liegen die Fundamente, auf denen unser Zusammenleben gegründet ist. In ihrer ganzen Vielfalt fördern kulturelle und künstlerische Impulse den Aufbruch, den unsere Gesellschaft jetzt braucht. Der Kampf gegen die Pandemie hat es nötig gemacht, Entscheidungen zu treffen, die genau dieses kulturelle Leben besonders hart getroffen haben. Umso mehr wird sich die neue Bundesregierung darum kümmern, die soziale Lage der Künstlerinnen und Kreativen zu verbessern und das kulturelle Leben in unserem Land zu einer neuen Blüte zu führen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung bekennt sich zur europäischen Einigung. Sie wird aber auch hier nicht bei Bekenntnissen stehen bleiben. Das Gelingen Europas ist unser wichtigstes nationales Anliegen. Europas Einigung wurde betrieben mit dem Ziel des Ausgleichs zwischen früheren Feinden. Sie gründet auf den Erfahrungen der düstersten Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte, in denen unser Land so viel Leid über Europa und die Welt gebracht hat. Diese zentrale Mission der Europäischen Union, die Wahrung des inneren Friedens Europas, hat nichts an ihrer Aktualität verloren. Nehmen wir

Klimaschutz wird in dieser Bundesregierung zu einer zentralen Querschnittsaufgabe.

Unser Ziel ist, dass im Jahr 2030 in Deutschland 15 Millionen Elektroautos unterwegs sind.

dieses kostbare Gut, welches mutige Frauen und Männer über Jahrzehnte aufgebaut haben, niemals als gegeben. Es bedarf unseres andauernden Engagements.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Worum geht es heute? Wollen wir in einer Welt von bald 10 Milliarden Menschen noch vorkommen, wollen wir gehört werden, wollen wir nicht zum Spielball fremder Mächte werden und wollen wir unseren europäischen Way of Life selbstbewusst verteidigen, dann geht das nur gemeinsam als Europäische Union.

Zusammenhalt und Souveränität – das ist die Aufgabe für Europa. Für das Gelingen des souveränen Europas trägt unser Land eine besondere Verantwortung, nicht nur wegen unserer Geschichte. Als größte Volkswirtschaft im Zentrum unseres Kontinents mit einer Geschichte von Teilung und Wiedervereinigung können wir nicht kommentierend am Rand stehen. Das Instrument unserer Europapolitik darf nicht die schnelle innenpolitische Schlagzeile sein. Es muss in der beharrlichen Bereitschaft bestehen, Brücken zu bauen durch beständiges Engagement und Verhandlungen. So haben es meine Vorgängerin und meine Vorgänger gehalten, und das wird auch mein Handeln leiten.

Die europafreundliche Ausrichtung aller demokratischen Parteien in diesem Haus ist keine Selbstverständlichkeit; sie ist ein Schatz. Bei allen Differenzen in der Sache: Lassen Sie uns diesen Schatz bewahren.

Zu Recht erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass Europa handlungsfähiger wird. Wir wollen hierfür die Möglichkeiten des Lissabonner Vertrags nutzen. Es muss zur Regel werden, dass wir in Europa, im Rat, mit qualifizierter Mehrheit entscheiden können, auch auf den Gebieten, wo das heute nicht der Fall ist. Das ist kein Verlust, das ist ein Gewinn an Souveränität. Wir müssen auch immer bereit sein, in Gruppen von Staaten Lösungen auszuprobieren, wenn noch nicht alle so weit sind, so wie wir es bereits bei Schengen gemacht haben, beim Euro oder auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wir brauchen eine europäische politische Kultur, eine Kultur des konstruktiven Streits im Sinne eines gemeinsamen Ringens um den besten Weg – respektvoll in Anerkennung unserer sehr unterschiedlichen Geschichte, der Vielfalt unserer politischen Geografie, aber stets im Bewusstsein all dessen, was uns als Europäer verbindet.

Europapolitik ist – das ist uns doch allen klar – schon lange keine Außenpolitik mehr. Europäische Politik betrifft längst den Alltag jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Europapolitik ist zu einem großen Teil unserer Innenpolitik geworden. Europa muss zusammenstehen. Jedes europäische Land hat seine nationalen Interessen; die

müssen sie nicht verstecken. Aber alle – und gerade wir – müssen kompromissfähig sein. Keine Auseinandersetzung darf den Zusammenhalt Europas oder zentrale Errungenschaften wie offene Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten oder die gemeinsame Währung infrage stellen. Das europäische Wiederaufbauprogramm in Reaktion auf die Coronakrise ist beispielhaft für diese neue Einigkeit Europas in Stunden der Krise. Wir wollen es nutzen, um Europa resilient und zukunftsfähig zu machen.

Meine Damen und Herren, Europa ist eine wehrhafte Demokratie, gegründet auf Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Alle Mitgliedstaaten haben sich auf diese Werte verpflichtet, als sie unserer Gemeinschaft beitraten. Die Bundesregierung bekennt sich zu diesen Werten, und sie wird bei ihrer Verteidigung klar und eindeutig an der Seite der Europäischen Kommission als der Hüterin der Verträge stehen.

Ich freue mich, dass sich der französische Staatspräsident bei seiner jüngsten Rede im Europäischen Parlament ausdrücklich auf unseren Koalitionsvertrag bezogen und Unterstützung für einige unserer Reformvorschläge bekundet hat. Frankreich ist unser engster Verbündeter und die deutsch-französische Freundschaft das unverzichtbare Fundament der Europäischen Union.

Die Bundesregierung wird keinen europapolitischen Vorstoß unternehmen ohne engste Konsultationen mit unseren französischen Freunden. Die deutsch-französische Verständigung ist die notwendige Bedingung für Fortschritt in Europa. Aber wir wissen auch: Sie ist noch keine hinreichende Bedingung. Die Zukunft Europas wird weder in Paris noch in Berlin entschieden. Gerade unser Land hat eine besondere Verantwortung, auch die Interessen der östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und unserer osteuropäischen Nachbarn mitzudenken. Gerade habe ich mit dem polnischen Ministerpräsidenten über die Lage an der Grenze zu Belarus gesprochen und ihm unsere Solidarität versichert. Grenzen müssen unantastbar bleiben, und der zynische Missbrauch von Geflüchteten für hybride Attacken auf unsere östlichen Nachbarn muss aufhören; das werden wir beim Europäischen Rat morgen noch einmal bekräftigen.

Wir blicken in diesen Tagen auch mit großer Sorge auf die Sicherheitslage an der russisch-ukrainischen Grenze. Wir werden hierüber beim Europäischen Rat und beim heutigen Gipfel der Östlichen Partnerschaft intensiv beraten. Lassen Sie mich – sollten es noch nicht alle verstanden haben – hier wiederholen, was meine Amtsvorgängerin gesagt hat: Jede Verletzung territorialer Integrität wird einen hohen Preis

haben, und wir werden hier mit unseren europäischen Partnern und unseren transatlantischen Verbündeten mit einer Stimme sprechen.

Gleichzeitig sind wir zum konstruktiven Dialog bereit. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte muss dies im Verhältnis zu Russland gerade für unser Land gelten. Gerade wir müssen bereit sein, immer einmal öfter den Versuch der Verständigung zu unternehmen, den Versuch, aus der Eskalationsspirale auszubrechen, so wie es etwa mit dem Normandie-Prozess zeitweilig gelungen ist.

Das darf aber nicht missverstanden werden als eine neue deutsche Ostpolitik. Ostpolitik kann im vereinten Europa nur eine europäische Ostpolitik sein. Diese gründet auf den Prinzipien des Völkerrechts und der europäischen Friedensordnung, auf die sich auch Russland verpflichtet hat und die es mit der Annexion der Krim so schwerwiegend verletzt hat.

Wir werden uns als Europäische Union nicht spalten lassen. Das gilt auch mit Blick auf Länder, deren Systeme nicht demokratisch sind; etwa China mit seinem rasanten Aufstieg zur Technologie- und Militärmacht. Die chinesische Führung vertritt ihre Interessen mit großem Selbstbewusstsein. Deutschland und Europa haben allen Grund, unsere Interessen ebenso selbstbewusst und engagiert zu vertreten. Wir müssen unsere China-Politik an dem China ausrichten, das wir real vorfinden. Das heißt auch, dass wir unsere Augen nicht verschließen vor der kritischen Menschenrechtslage und Verstöße gegen universelle Normen beim Namen nennen. Das ändert nichts daran, dass ein Land von der Größe und Geschichte Chinas einen zentralen Platz im internationalen Konzert der Völker hat. Deshalb bieten wir China Zusammenarbeit an bei Menschheitsherausforderungen wie der Klimakrise, der Pandemie oder der Rüstungskontrolle. Wir bieten China einen fairen wirtschaftlichen Wettbewerb zu beiderseitigem Nutzen an, mit gleichen

Spielregeln für alle.

Deutschland und Europa investieren in unsere eigene politische, wirtschaftliche und technologische Stärke. Wir nutzen die Stärke eines geeinten Europas und des Binnenmarkts, um für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen einzutreten und auch global den Wettbewerb aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, unser wichtigster Partner hierbei sind die Vereinigten Staaten. Mit Präsident Biden eint mich die Überzeugung, dass die liberalen Demokratien der Welt neu beweisen müssen, dass sie die besseren, die faireren und die gerechteren Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts liefern können. Das gilt für jedes einzelne Land; das gilt aber auch für das Verhältnis der Länder untereinander. Der Multilateralismus ist herausgefordert und muss sich neu beweisen. Deshalb wird sich die Bundesregierung immer für die multilaterale Zusammenarbeit und ihre Institutionen starkmachen. Die deutsch-amerikanische Freundschaft und die NATO sind das unverzichtbare Fundament unserer Sicherheit. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen unentbehrlichen Beitrag zum Schutz unseres Landes, für Frieden und internationale Sicherheit. Sie können sich auf die Bundesregierung und auf dieses Parlament verlassen.

Wir werden morgen auf dem Europäischen Rat erstmals über ein neues sicherheitspolitisches Grundlagendokument sprechen, den sogenannten strategischen Kompass. Deutschland wird sich an dieser Diskussion aktiv beteiligen, ebenso wie an der Überarbeitung des neuen strategischen Konzepts der NATO, das auf dem Gipfel im nächsten Jahr verabschiedet werden wird. Wir werden investieren, um – in enger Abstimmung mit unseren Partnern – die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen. Für uns ist wichtig: Europäische Sicherheit und transatlantische Sicherheit gehen Hand in Hand. Deutschland unterstützt deshalb eine neue EU-NATO-Erklärung, die

wir nun rasch verabschieden wollen; auch dazu wollen wir uns beim Europäischen Rat beraten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zu Beginn der 20er-Jahre unseres Jahrhunderts stehen wir vor großen Aufgaben und vor großen Veränderungen. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wissen das. Ich habe eingangs dieser Rede die große Frage zitiert, die ich immer wieder gestellt bekomme: Geht das alles gut aus, für meine Familie, für meine Kinder, für ganz normale Leute wie mich? – Meine Antwort, die Antwort der Bundesregierung, ist sehr klar: Ja, das kann gut ausgehen, und ja, das wird auch gut ausgehen. Wir nehmen die Herausforderung unserer Zeit an, und wir sind zuversichtlich: Wir werden sie bewältigen; nicht weil wir die Probleme unterschätzten, sondern weil wir einen präzisen Plan dafür haben, wie wir sie lösen können und wie es gut werden kann. Das moderne Deutschland, unser Deutschland, ist ein starkes Land. Wir alle gemeinsam haben nicht den geringsten Grund, uns vor der Zukunft zu fürchten – ganz im Gegenteil.

Wenn wir zusammenhalten in einer solidarischen Gesellschaft des Respekts, wenn wir uns ehrgeizige Ziele setzen und dem Fortschritt die richtige Richtung geben, wenn wir den Aufbruch jetzt entschlossen beginnen, dann werden wir nicht nur die Coronapandemie hinter uns lassen, dann werden wir Deutschen auch gemeinsam erfolgreich sein. Und dann werden die Bürgerinnen und Bürger am Ende dieses Jahrzehnts sagen: Ja, es geht gut aus, es geht gut aus für mich, es geht gut aus für meine Familie und für unser Land. – Das ist das Ziel dieser Bundesregierung. Dafür arbeiten wir mit all unserer Kraft, und mit dieser Arbeit fangen wir jetzt an.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP erheben sich)



„Unbürokratisch digital“ soll die neue Kindergrundsicherung werden. Bestehen wird sie aus einem festen Sockelbetrag je Kind und einem einkommensabhängigem Zusatzbetrag. © picture alliance / Bildagentur-online/Ohde

Generalausprache zur Regierungserklärung / 8. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2021

Ralph Brinkhaus, CDU:

Demokratie braucht eine starke Opposition auf Augenhöhe



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

In Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich mir mal die Oppositionsreden der letzten 70 Jahre durchgelesen, von bemerkenswerten Persönlichkeiten: Kurt Schumacher, Fritz Erler, Erich Ollenhauer. Da waren Leute dabei wie Rainer Barzel, wie Helmut Kohl, wie Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und viele, viele andere. Das waren teilweise brillante Reden, es waren begeisternde Reden, die dort gehalten worden sind, Reden mit viel Inhalt; aber es waren Reden in der Opposition, die immer auch durchzogen waren von zwei Elementen: Bitterkeit und Enttäuschung und Empörung darüber, dass man nicht selbst in der Regierung ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte deswegen hier und heute ganz anders anfangen. Es ist so: Wir haben eine Bundestagswahl gehabt. Olaf Scholz ist mit der Mehrheit der frei gewählten Abgeordneten zum deutschen Bundeskanzler gewählt worden. Das ist Demokratie. Das haben Sie sich verdient. Und deswegen: Herr Bundeskanzler, herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Gottes Segen für Ihre Aufgabe! Wir wollen eine gute Bundesregierung gut für das Land ist. Und das allein ist der Maßstab für Regierungspolitik, aber auch für Oppositionspolitik: Was ist gut fürs Land? Ich habe es Ihnen auch schon persönlich gesagt: Großer Respekt vor dem Weg, den Sie bis dahin zurückgelegt haben, der von Höhen und Tiefen geprägt war.

Herr Habeck, großer Respekt auch vor den Grünen, die sich aus 16 Jahren Opposition herausgearbeitet haben.

Herr Lindner, auch Ihnen großer Respekt. Ich habe Ihr Buch aus der APO-Zeit noch mal durchgeblättert. Sie hatten dunkle Tage gehabt. Sie

sitzen jetzt hier, und darauf können Sie zu Recht stolz sein. Das respektieren wir.

Meine Damen und Herren, Respekt ist aber keine Einbahnstraße. Eine Demokratie braucht eine starke Opposition auf Augenhöhe. Ob Sie das begriffen haben, können Sie in den nächsten Tagen zeigen. Sie können das zeigen im Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, die nicht Ihr Parteibuch haben. Und Sie können es auch dadurch zeigen, dass Sie die 70 Jahre alte Sitzordnung in diesem Parlament respektieren und nicht mit Ihrer Mehrheit umwerfen. Ich habe mitbekommen, meine Damen und Herren, dass Sie das morgen mit einem Antrag ohne Debatte hier durch den Deutschen Bundestag peitschen wollen. Wie klein ist das? Wie klein ist das, meine Damen und Herren?

Sie werden eins respektieren müssen: Sie werden respektieren müssen, dass wir in dieser Opposition auch zuspitzen; denn das ist unsere Aufgabe. Wenn ich mit dem Zuspitzen gleich anfangen kann, meine Damen und Herren: Ich erwarte von einem Bundeskanzler in der ersten Regierungserklärung nicht, dass er kleinteilig den Koalitionsvertrag referiert, sondern ich erwarte, dass er die großen Linien zeigt.

Bitte, Herr Scholz, noch eins kann man von Ihnen erwarten: Sie sprechen viel über Fortschritt und Zukunft. Fortschritt und Zukunft braucht Begeisterung. Diese Begeisterung habe ich in den letzten 90 Minuten nicht gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, Opposition bedeutet auch, dass wir uns natürlich die Freiheit nehmen, da, wo es notwendig und nötig ist, Nein zu sagen, wie wir das auch bei den ersten Versuchen des Infektionsschutzgesetzes gemacht haben. Aber Opposition bedeutet auch, dass wir uns die Freiheit nehmen, da, wo es möglich ist, Ja zu sagen, weil wir unsere Verantwortung in diesem Land sehen. Wir wissen auch, dass nicht jeder Entwurf perfekt sein kann; da sind wir Profi genug. Deswegen haben wir letzte Woche auch Ja zu einem Infektionsschutzgesetz gesagt, das wir alleine besser gemacht hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eins gehört auch zu Regierung und Opposition dazu: Zu Regierung und

Opposition gehört, dass Sie sich Ihre Mehrheiten alleine besorgen müssen, dass wir erwarten, dass Sie Position beziehen, auch zu Fragen wie beispielsweise der Impfpflicht, und das nicht an das Parlament delegieren, weil Sie sich selber in Ihrer Regierung nicht einig sind.

Um mal aus einer Rede einen Gedanken von Kurt Schumacher aufzugreifen – das war der erste SPD-Fraktionsvorsitzende -: Es ist nicht Aufgabe der Oppositionspolitik, der Regierung zu gefallen. – Ein zweiter Gedanke: Es ist auch nicht das Recht und die Aufgabe der Regierung, Oppositionspolitik zu bewerten, zu bewerten, was konstruktiv ist und was nicht konstruktiv ist. Sie können nicht gleichzeitig Regierung, Partei und Richter sein, und das werden wir uns hier auch nicht bieten lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber um eine andere Sache auch mal ganz, ganz klarzustellen: Es wird keine Koalition in der Opposition geben. Aus unterschiedlichen Gründen werden wir nicht mit den Linken und der AfD zusammenarbeiten. Ich will Ihnen das bei der AfD auch begründen: Wir verstehen uns als Opposition innerhalb unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie.

Sie verstehen sich als Opposition zur parlamentarischen Demokratie. Und deswegen können wir nicht zusammenarbeiten. Um den neuen Kolleginnen und Kollegen der AfD, die da vielleicht noch zögernd sind, einen Satz mit auf den Weg zu geben: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, zu Respekt gehört auch dazu, Respekt zu zeigen vor dem, was die Vorgängerregierungen geleistet haben. Sie, Olaf Scholz, haben die Haltung von Angela Merkel gelobt. Wir loben auch die Ergebnisse der Arbeit von Angela Merkel, weil die letzten 16 Jahre gute Jahre für dieses Land waren. „Gute Jahre für dieses Land“ heißt, dass wir ein Ansehen in der Welt haben und in Europa, wie wir es noch nie gehabt haben. Das ist eine hohe Latte für Sie. „Gute Arbeit“ heißt, dass wir gegenüber der Regierungszeit von Gerhard Schröder

die Arbeitslosigkeit halbiert haben, dass die Beschäftigung gestiegen ist, dass die Löhne gestiegen sind, dass wir es sechsmal hintereinander geschafft haben, die schwarze Null zu kriegen, dass die Straftaten zurückgegangen sind, dass wir mehrere internationale Klimapakete auf den Weg gebracht haben, dass es so ist, dass wir die erneuerbaren Energien vervierfacht haben, dass wir den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent gesenkt haben trotz Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, trotz Bevölkerungswachstum und trotz mehr Mobilität, und das als Industrieland. Dazu gehört auch, dass wir unglaublich viel für Familien getan haben, und das war beileibe nicht nur die Erhöhung des Kindergeldes.

Herr Scholz, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach mit dem Finger auf die Vorgängerregierung gezeigt. Ich habe während Ihrer Rede eine SMS gekriegt: War der eigentlich dabei? – Ja, Sie waren dabei, Herr Scholz! In den letzten 16 Jahren haben Sie 12 Jahre mitregiert. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen, dass Sie sich aus der alten Regierung rausschleichen und so tun, als wenn Sie nichts damit zu tun gehabt hätten. Ich kann Sie nur vor einer Sache warnen: Wenn Sie mit dem Finger auf die alte Regierung zeigen, dann zeigen Sie immer mit dem Finger auf sich selbst, meine Damen und Herren. Ist alles gut in diesem Land? Nein, natürlich nicht. Es ist viel zu tun; das haben Sie auch richtig adressiert. Um mal einen Satz aus dem alten italienischen Roman „Der Leopard“ zu zitieren: „Alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist.“ Auch das Gute! Deswegen müssen wir uns weiterbewegen, deswegen müssen wir was tun in diesem Land. Und das wollen wir auch, das wollen wir mit

Begeisterung.

Meine Damen und Herren, ich habe dort vorne oft gesessen und mir Oppositionsreden angehört, gute Reden von Herrn Lindner, von Herrn Bartsch. Herr Bartsch, weil Sie jetzt nicken: Ich habe immer sehr genau verstanden, was Sie nicht wollten; aber ich habe nie verstanden, was Sie eigentlich wollten. Dementsprechend wollen wir eine andere Opposition machen. Wir wollen eine gestaltende Opposition machen. Wir wollen eine Opposition machen, wo wir unser Bild vom Land durch unsere Anträge, Debattenbeiträge und durch unsere Diskussionen dieser Regierung aufzwingen werden. Das wird unser Ansatz in den nächsten vier Jahren

sein, meine Damen und Herren. Wir haben ein Bild von diesem Land. Wir wissen, wo wir hinwollen. Wir haben die großen Linien, und wir haben auch die kleinen Linien.

Natürlich – Sie haben es auch gesagt – ist das Wichtigste erst mal, dass wir aus dieser Coronakrise rauskommen, dass wir gemeinsam aus dieser Coronakrise rauskommen. Wir wissen nicht, wie viel Mutanten und Wellen noch vor uns stehen. Aber wir wissen eins: Wir wissen, dass schnelles und beherrztes Handeln notwendig ist. – Das kann ich Ihnen jetzt leider nicht ersparen, Herr Scholz: Dieses schnelle und beherrzte Handeln war nicht Ihre Politik in den letzten Monaten. Im Gegenteil: Sie und die A-Ministerpräsidenten, die Ministerpräsidenten der SPD, haben notwendige Konferenzen aufgehoben; das gehört zur Wahrheit auch dazu. Ich kann nur eins machen: Ich kann Ihnen die Hand dazu reichen, dass meine Fraktion, dass unsere Fraktion jederzeit bereit ist, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, übrigens auch, wenn es unpopuläre Maßnahmen sind; da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, wir wollen aber auch ein nachhaltiges, generationengerechtes Land. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bedeuten, dass wir natürlich dafür sorgen müssen, dass die nachfolgenden Generationen in einer intakten Umwelt leben. Das kriegen wir hier in Deutschland nicht alleine hin, Herr Habeck; aber wir können unseren Teil dazu leisten, und das haben wir auch gemacht. Wir haben 2019 – übrigens zusammen, Herr Mützenich, in der Großen Koalition – das ehrgeizigste Klimaprojekt einer Industrienation auf den Weg gebracht. Wir haben viel, viel Geld für Technologie und Innovation ausgegeben.

Es war die damalige Bundesregierung, die den Kohleausstieg beschlossen hat. Wir waren übrigens auch diejenigen, die den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben. Die Gesetze sind da. Das Geld ist da. Jetzt geht es ums Umsetzen: umsetzen, umsetzen und umsetzen.

Herr Habeck, Sie haben die Wahl nicht damit gewonnen – das hat nicht ganz geklappt –, aber Sie haben die Wahl damit erfolgreich gestaltet, dass Sie da viel versprochen haben. Wir werden Sie daran messen. Wir werden jedes Gramm CO₂ zählen; wir werden jede Kilowattstunde Windenergie zählen; wir werden jedes Kilo Müll zählen; wir werden jeden Meter Stromleitung

Fortsetzung auf nächster Seite

zählen; wir werden jeden Kilometer Bahntrasse zählen. Das wird unsere Politik sein.

Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, weil Sie im letzten Bundestag noch nicht dabei waren: Wir hatten zusammen mit der SPD in der letzten Legislaturperiode beschlossen, dass es in diesem Bundestag Nachhaltigkeitstage gibt, nicht nur Haushaltstage und Haushaltswochen, sondern Nachhaltigkeitstage; dass wir uns einmal im Jahr Zeit nehmen, darüber zu diskutieren und Rechenschaft abzulegen, inwieweit wir unsere Nachhaltigkeitsziele erreicht haben. Wir sollten das fortsetzen.

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Lassen Sie uns gemeinsam nicht nur einen Finanzhaushalt, sondern auch einen Klimahaushalt aufstellen, wo wir die wichtigen Kennzahlen, die wir brauchen, messen und hier im Deutschen Bundestag debattieren, meine Damen und Herren.

Zum Thema Nachhaltigkeit gehört auch das Thema „nachhaltige Finanzen“. Jetzt ist es ja so – das muss ich Ihnen zugestehen -: Sie von der SPD und Sie von den Grünen sind nicht unbedingt gewählt worden für nachhaltige Finanzen; Sie von der FDP aber schon. Das war die Erwartungshaltung: FDP sorgt für nachhaltige Finanzen. FDP sorgt mit dafür, dass die nachfolgenden Generationen nicht die Schulden ihrer Eltern abbezahlen müssen. FDP sorgt dafür, dass diejenigen Leute, die hier in 30 Jahren sitzen, auch noch Gestaltungsspielraum haben und nicht allein damit beschäftigt sind, Schulden abzubezahlen oder Zinsen aufzubringen.

Wie lange hat dieses Versprechen gehalten? Keine fünf Tage. Fünfmal ist die Sonne aufgegangen, danach brach Christian Lindner das Versprechen zu soliden, nachhaltigen Finanzen. Herr Lindner, zu dem, was Sie morgen mit Ihrem Nachtragshaushalt machen wollen, wo Sie Coronamittel für Ihre Ampelprojekte umschreiben wollen, hat jemand gesagt: Da macht der Herr Lindner einen Taschenspielertrick. – Nein! Ich mag diesen Begriff auch nicht: Taschenspielertricks in der Politik. Es ist kein Taschenspielertrick, sondern es ist ein Sägen an den Fundamenten der Schuldenbremse und der finanziellen Solidität. Herr Lindner, wissen Sie, wenn Sie bei den Staatsfinanzen nach fünf Tagen schon mit so was anfangen, dann warte ich nur darauf, wie lange es dauert, bis Steuererhöhungen kommen. Wir sind gespannt, meine Damen und Herren.

Zum Thema Nachhaltigkeit gehört auch Nachhaltigkeit der Sozialsysteme. Wir hätten bei der Rente liefern müssen, Hubertus Heil. Wir haben es nicht gemacht. Sie haben es nicht gemacht; wir haben auch nicht drauf gedrängt. Keine Kritik! Aber wir müssen jetzt liefern, weil wir genau wissen, dass unser Rentensystem 2025 eine Reform

braucht. Ich finde es gut und richtig, dass Sie eine Aktienrente und kapitalgedeckte Elemente einführen wollen. Aber wir alle wissen doch: Das reicht nicht. Wir brauchen eine grundlegende Rentenreform. Sie hingegen machen Versprechen. Sie machen Versprechen über Mindesthaltelinien, die nicht gegenfinanziert sind. Sagen Sie den Menschen doch bitte: Das wird zu höheren Abgaben führen. Das wird zu weniger Leistungsgerechtigkeit führen. Das wird dazu führen, dass die Leute weniger Netto vom Brutto haben.

Ich kann Ihnen eins anbieten, Herr Scholz und Herr Heil. Ich glaube, die Auswirkungen der Reform des Rentensystems werden mehrere Regierungen überdauern. Auch wenn Sie sich wahrscheinlich vorgenommen haben, hier lange zu regieren, wird es länger wirken, als Sie hier regieren werden. Da sind wir uns einig. Deswegen brauchen wir da einen nationalen Konsens. Diesen nationalen Konsens bieten wir Ihnen an. Lassen Sie uns bei der Rente zusammenarbeiten. Das Thema ist zu wichtig für Parteipolitik. Herzliche Bitte: Kommen Sie auf uns zu, meine Damen und Herren.

Es geht aber nicht nur um Nachhaltigkeit, sondern wir wollen ein Land der wirtschaftlichen Stärke, weil wir der Meinung sind – das hätte man im Koalitionsvertrag an der einen oder anderen Stelle vielleicht ein bisschen ausführen können -, dass all das, was verteilt wird, auch erwirtschaftet werden muss. Und erwirtschaftet wird es durch möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze. Diese gut bezahlten Arbeitsplätze müssen wir sicher machen. Meine Damen und Herren, zu diesen gut bezahlten Arbeitsplätzen – das sage ich hier ganz ausdrücklich auch für meine Fraktion – gehören auch Industriearbeitsplätze. Es muss als Industrienation unser Ansatz sein, dass wir die industrielle Basis, die Stärke dieses Landes, nach vorne bringen und stärken.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir ein wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht. Ich sehe das nicht. Dazu brauchen wir ein Arbeitsrecht, das in das 21. Jahrhundert passt. Ich sehe das nicht. Dazu müssen wir uns vor allen Dingen mit zwei großen Herausforderungen beschäftigen:

Herr Scholz, Sie haben es gesagt: Da sind die großen Tech-Unternehmen, die großen Plattformen, die mittlerweile mehr Macht haben als einzelne Staaten, die mehr investieren als Staatengemeinschaften. Wir müssen die deutschen Mittelständler vor dieser Herausforderung schützen. Wir müssen daran arbeiten, dass wir in Europa wettbewerbsfähig bleiben.

Es gibt eine zweite große Herausforderung – ich glaube, es ist wichtig, dass wir an dieser Stelle über diese Herausforderung reden -: Das ist das Thema China. China ist für unseren Mittelstand, für unsere

Wirtschaft, für unseren Wohlstand eine größere Herausforderung als alle Steuer- und Sozialgesetze, die wir falsch oder richtig zusammen machen können. Deswegen brauchen wir eine China-Strategie. Deswegen müssen wir uns auch in der Außenpolitik damit beschäftigen.

Frau Baerbock, eine wertegeleitete Außenpolitik ist wichtig. Menschenrechte sind wichtig. Aber Sie haben auch eine Funktion: Sie haben die Funktion, unsere Interessen, unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Auch daran werden wir Sie messen, Frau Baerbock.

Sie, Herr Scholz, haben leider erst am Ende Ihrer langen Rede über Sicherheitspolitik gesprochen. Die äußere Sicherheit ist in Gefahr, ist bedroht, und zwar – nennen wir es beim Namen; auch Sie haben es beim Namen genannt – in Europa durch Russland. Punkt! Ich würde mir wünschen, Herr Müntechnik, dass auch Sie das mal so eindeutig benennen und in der SPD nicht immer wieder changieren zwischen Ihrer Russlandfreundlichkeit und dem, was tatsächlich ist. Ich sage das auch für meine Fraktion: Wir wissen, auf welcher Seite wir stehen. Wir sind überzeugte Transatlantiker, weil wir wissen, wer unsere Freunde sind und wer nicht unsere Freunde sind, meine Damen und Herren.

Sicherheit bedeutet aber auch innere Sicherheit. Da reicht es nicht, mehr Bundespolizei auf den Weg zu bringen, da reicht es nicht, den Pakt für den Rechtsstaat fortzusetzen, sondern dazu gehören auch Respekt für und Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden. Diesen Respekt und dieses Vertrauen sehe ich nicht in Ihrem Koalitionsvertrag. Ich sehe da immer wieder Misstrauen. Das ist nicht gut. Die brauchen unsere Unterstützung. Die brauchen auch die gesetzlichen Grundlagen, um ermitteln zu können. Dazu gehört auch der Zugriff auf Daten. Daten bekämpfen Terror, Daten bekämpfen Kindesmisshandlung.

Ich weiß, dass diese Koalition da ganz besonders ist: Die SPD sind Datenschützer. Die Grünen sind noch größere Datenschützer. Die FDP sind die allergrößten Datenschützer, meine Damen und Herren. Aber vielleicht ein Hinweis dazu: Der Datenschutz muss den Menschen dienen und nicht die Menschen dem Datenschutz, und da ist einiges durcheinandergeraten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, zu Sicherheit und Ordnung gehört auch das Thema Migration. Ich sage: Jedes Land hat das Recht, Migration zu steuern und zu kontrollieren. Jedes Land hat das Recht, auch zu definieren, was seine Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit ist

und was nicht. Sie sagen, Sie wollen das anders machen. Mir persönlich macht das Angst, was Sie vorhaben. Sie wollen offenere Grenzen haben. Sie wollen einen schnelleren Zugang zum Sozialsystem. Sie wollen einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem, und Sie wollen vor allen Dingen durch Ihren Spurenschleicher illegale Migration schneller legalisieren. Ich halte das für eine gefährliche Mischung. Das werden wir nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn Sie das Thema Integration ansprechen, was Sie dankenswerterweise gemacht haben, muss ich sagen: Wir haben es leider nicht geschafft, die Menschen, die 2015 und 2016 gekommen sind, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Hubertus Heil. Wir haben viel zu hohe Zahlen von Menschen, die im Hartz-IV-System sind. Ich denke, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, das zu ändern. Das haben Sie in der letzten Legislaturperiode nicht geschafft. Das müssen wir hinkriegen, und das müssen wir schaffen.

Damit sind wir bei unserem Sozialstaat. Sozialstaat ist für uns die DNA. DNA bedeutet, dass wir einen behütenden Sozialstaat wollen, dass sich die Menschen darauf verlassen können, dass ihnen, wenn sie fallen, geholfen wird, dass ihnen, wenn sie in schwierigen Situationen sind, geholfen wird. Aber das bedeutet auch, dass sich die Gesellschaft darauf verlassen kann, dass jeder, der in diesem Sozialstaat drin ist, alles dafür tut, um da wieder rauszukommen. Deswegen geht es nicht nur um einen fördernden Sozialstaat, sondern es geht auch um einen fordernden Sozialstaat, und das Bürgergeld, das Sie auf den Weg bringen wollen, ist das Gegenteil davon. Das ist die Vorstufe zum bedingungslosen Grundeinkommen. Das werden wir nicht mitmachen, und das können wir nicht mitmachen.

Vielleicht noch ein Aspekt, wenn es darum geht, wie wir uns das Land vorstellen: Wir stellen uns das Land und die Politik so vor, dass auch Politik für die leise Mitte und nicht nur für die Lauten, die Aggressiven und diejenigen gemacht wird, die sich besonders gut artikulieren können, die in den Talkshows, in den Medien vertreten sind. Diese leise Mitte der Gesellschaft, das sind insbesondere die Familien.

Die Familien müssen Kern unserer Politik sein, und zwar zuallererst Familien mit Kindern. Da geht es um das Thema Bildung – darüber ist in Ihrer Regierungserklärung viel zu wenig gesprochen worden -, gerade in Zeiten von Corona. Und es geht weiter mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hörtauf, wenn es um das Ende des Lebens geht. Ich kann Ihnen eins versprechen: Das

wird Kern unserer Sozialpolitik sein: Familie in den Generationen. Wenn Sie da gute Dinge auf den Weg bringen, dann werden Sie uns an Ihrer Seite haben, Herr Scholz.

Eine weitere Sache, die uns im Wahlkampf wichtig war, weil wir in der letzten Legislaturperiode gesehen haben – das ist auch Selbstkritik -, dass wir da große Defizite haben, ist: Wir müssen unseren Staat modernisieren. Wir haben einen guten Staat, eine gute Verwaltung, wir haben ein gutes Gesundheitssystem, aber, ehrlich gesagt, wenn wir nichts tun, werden wir das alles in den nächsten Jahren verlieren.

Wir haben bei Corona gesehen, wo die Defizite sind, und ich möchte zwei Aspekte nennen: Wir sind nicht genügend vorbereitet auf Katastrophen, wir sind nicht genügend vorbereitet auf Pandemien. Wahrscheinlich wird die nächste Katastrophe keine Pandemie sein. Wir haben da kein gutes Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern; wir haben keine Notstandsgesetzgebung dafür. Wir müssen da was tun; da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Wir sind in der Verwaltung nicht digital genug. Da beißt die Maus keinen Faden ab: Da sind wir wirklich schlecht. Was ich nur nicht verstehe, Herr Scholz: Warum machen Sie das nicht zur Chefsache? Warum lagern Sie alle Kompetenz für diesen Bereich – Digitalisierung der inneren Verwaltung – an andere Ministerien aus? Ist Ihnen das nicht so wichtig? Uns ist es wichtig, und wir werden in den nächsten Jahren dafür kämpfen.

Meine Damen und Herren, wir haben viele Dinge zu tun, und wir haben als Unionsfraktion viele Ideen. Diese Ideen werden wir auch einbringen – selbstbewusst und wohl wissend, wo wir herkommen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch mal eins klarstellen: Wir haben unsere Wurzeln, und unsere Wurzeln liegen in unseren Werten. Diese Werte sind christlich. „Christlich“ bedeutet nicht, dass wir in der katholischen oder evangelischen Kirche sind, sondern „christlich“ bedeutet, dass wir wissen, dass wir nicht die letzte Instanz sind, dass wir nicht alles regeln müssen, dass wir nicht alles regeln können. Das immunisiert uns als Union gegen jegliche moralische Überheblichkeit, und das wird uns auch weiterhin immunisieren.

„Christlich“ bedeutet, dass wir ein Menschenbild haben, das von Eigenverantwortung, ein Menschenbild, das von Solidarität ausgeht, ein Menschenbild, das auch von Freiheit ausgeht. Es ist vor allen Dingen ein Menschenbild, wonach das Leben bedingungslos geschützt werden muss, und zwar vom Anfang des Lebens bis zum Ende des Lebens.

Und wir sind demokratisch. „Demokratisch“ bedeutet, dass wir hier für diese parlamentarische Demokratie kämpfen – gegen die Feinde

Der Datenschutz muss den Menschen dienen und nicht die Menschen dem Datenschutz

von rechts. Aber es gibt auch Feinde von links, und auch gegen die werden wir kämpfen.

Es gibt eine Entwicklung, die mir Sorgen macht. Es macht mir Sorgen, dass Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, die alle ihren Zweck, die alle ihre Berechtigung haben, zunehmend an Bedeutung gewinnen und Räte und Kommissionen mehr Bedeutung haben als die frei gewählten, repräsentativ gewählten Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Deswegen ist es so, dass wir darum kämpfen sollten. Wir hier sind das höchste frei gewählte Verfassungsorgan, und das sollten wir auch sehr, sehr selbstbewusst verteidigen.

Wir sind die Union, und das bedeutet: Wir haben ein tiefes Verständnis dafür, dieses Land zusammenzuhalten. Übrigens: Die soziale Union ist auch deswegen sozial, weil wir wissen – und das haben wir

bei Corona weidlich diskutiert –, dass Freiheit auch immer die Freiheit der Schwachen und nicht nur die Freiheit der Starken ist. Wir sind die Union und haben den tiefen Anspruch, dieses Land zusammenzuhalten – nicht um jeden Preis, das wird nicht gehen; wir werden nicht immer alle mitnehmen können.

Wir haben daneben auch den tiefen Anspruch, Europa zusammenzuhalten, weil wir wissen, Herr Scholz, dass Europa die Lösung für ganz viele unserer Probleme ist – ob es außenpolitische Dinge sind, ob es die Integrationspolitik ist, ob es um ein Europa geht, das Technologie- und Industriepolitik macht und einen gemeinsamen Digital- und Kapitalmarkt hat. Deswegen müssen wir auch dieses Europa zusammenhalten.

Wir werden dieses Europa aber nicht zusammenhalten, wenn wir aus diesem Europa eine Schulden-

union machen. Wir werden dieses Europa nicht zusammenhalten, indem wir eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung haben. Herr Lindner, Sie werden Anfang Januar hier Ihre Ausführungen machen. Wir setzen dabei auf Sie, dass Sie das verhindern, was Olaf Scholz und die Grünen eigentlich wollen, und wir werden das auch sehr genau bewerten.

Wir sind christlich, wir sind demokratisch, wir sind sozial. Wir sind die Union, wir sind getragen vom tiefen Willen, dieses Land in den nächsten Jahren zusammenzuhalten. Herr Bundeskanzler, deswegen bieten wir Ihnen auch die Zusammenarbeit an, wenn es um die Fragen der nationalen und europäischen Interessen geht. Sie werden aber Verständnis dafür haben, dass es uns nicht ganz gefällt, dass Sie da sitzen. Wir würden da lieber jemanden von uns sitzen haben – das ist

doch überhaupt keine Frage –, weil wir glauben, wir könnten es besser. Sie sehen das natürlich anders. Aber das ist Demokratie, und das kann auch Spaß machen. Deswegen bieten wir Ihnen eins an: Wir bieten Ihnen an, dass wir die Debatte und den Streit führen, dass wir uns ringend darum bemühen, gute und bessere Lösungen für dieses Land zu finden. Wir haben, glaube ich, eine große Chance: Wenn wir das richtig machen und wenn wir das gut machen, wenn wir bei diesem Streit faire Standards setzen, dann können wir auch ein Vorbild für eine Gesellschaft sein, die insbesondere in den sozialen Medien, aber nicht nur dort, immer harscher und rauer wird. Ich glaube, es sollte unser Anspruch hier als Deutscher Bundestag sein, dass wir da ein Vorbild sind, indem wir die Diskussion so führen, dass die Menschen sich an diesen Diskussionen orientieren können.

Meine Damen und Herren, wir alle haben jetzt sicherlich das ganz große Ziel, Corona zu überwinden. Aber es geht nicht nur um die Überwindung der Infektion. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich noch an den Sommer 2006 erinnern kann, als wir die Fußballweltmeisterschaft gehabt haben und die Welt erstaunt war, dass Deutschland ein Land ist, das lächeln kann. Wir haben dieses Lächeln in den letzten Jahren – insbesondere in den letzten zwei Jahren – verloren. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass wir dieses Lächeln wieder zurückgewinnen, und so wollen wir Politik machen, so wollen wir engagiert Politik machen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion erheben sich)

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Die 2020er-Jahre zum Jahrzehnt des Klimaschutzes machen



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Brinkhaus, ich habe Ihnen wirklich sehr aufmerksam zugehört, und ich danke Ihnen für das Angebot, konstruktiv mit uns als neuer Regierung zusammenzuarbeiten. Wir Grüne waren selber viele Jahre in der Opposition und wissen das zu schätzen. Ein gutes Verhältnis zwischen Regierung und Opposition ist gerade in Zeiten von Krisen, ist angesichts der Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen, notwendig.

Aber: Ich habe Ihnen auch sehr genau bei dem zugehört, was Sie im Einzelnen gesagt haben, und da kann ich nur sagen: Es wurde dringend Zeit! Es wurde dringend Zeit, dass dieses Land endlich eine neue Regierung bekommt, eine Regierung, die handelt, eine Regierung, die die Herausforderungen der Zukunft endlich angeht, die hier was möglich macht und nicht nur darüber spricht, was nicht geht.

Herr Brinkhaus, Sie haben hier einen sehr energischen Vortrag gehalten,

aber so energisch haben Sie nicht regiert in den letzten Jahren. Ihre Regierungspolitik bestand immer nur aus den kleinen Schritten. Ihre Regierungspolitik bestand immer nur daraus, etwas dann zu tun, wenn es wirklich gar nicht mehr anders möglich war.

Das größte Thema, an dem man exemplarisch sieht, dass Sie eben nicht gehandelt haben, ist der Kampf gegen die Klimakrise. Nirgends wurde in den letzten Jahren so wenig das Notwendige getan wie hier.

Es ist bezeichnend, Herr Brinkhaus, dass das Konkreteste, was Sie zum Thema „ökologische Nachhaltigkeit“ in Ihrer Rede gesagt haben, die Nachhaltigkeitswochen im Deutschen Bundestag sind. Das ist keine konkrete Maßnahme.

Wir legen einen Koalitionsvertrag vor, mit dem wir endlich ins Handeln kommen. Diese Koalition hat sich darauf verpflichtet, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Eigentlich, Herr Brinkhaus, sollte das eine Selbstverständlichkeit sein. Wir schulden es unseren Kindern, wir schulden es kommenden Generationen, dass alle, die in diesen Bundestag gewählt worden sind, um Verantwortung zu tragen, dafür sorgen, dass unsere Kinder im Jahr 2050, das der Pariser Klimavertrag als Ziel definiert hat, in einer Welt leben, die noch lebenswert ist. Das sollte selbstver-

ständiglich sein.

Natürlich ist das, was vor uns liegt, eine große Herausforderung. Das Tempo des Wandels, das wir jetzt brauchen, um diese Ziele noch zu erreichen, ist eine große Herausforderung. Aber auf der anderen Seite liegt darin auch eine große Chance. Wir können, wenn wir miteinander handeln, die 2020er-Jahre, die im Kampf gegen die Klimakrise so entscheidend sind, zum Jahrzehnt des Klimaschutzes machen.

Im Bereich der Energieerzeugung bringen wir endlich Tempo in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Jahrelang haben wir in diesem Land Energieminister erlebt, die sich absurderweise als Ausbremsbremse der erneuerbaren Energien verstanden haben und nicht als Motor. Das ändern wir jetzt. Wir hatten im Deutschen Bundestag sogar die absurde Situation, das die Wirtschaft

darum betteln musste, dass der Ausbau der Erneuerbaren vorankommt. Sie musste Briefe an Peter Altmaier schreiben, damit endlich etwas passiert. Mit diesem Koalitionsvertrag leiten wir die Wende ein. Wir haben gesagt: 80 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2030! Das ist das konkrete Ziel.

Wir unterlegen das auch mit Maßnahmen: mit einer Solarpflicht bei allen geeigneten Dächern, mit verbindlichen Flächenzielen für die Windkraft und mit einer deutlichen

Beschleunigung von Planungsprozessen. Gleichzeitig ziehen wir den Kohleausstieg vor und retten damit die Dörfer im Rheinischen Revier. Es ist eine Frage des Schutzes von Heimat, dass Menschen nicht mehr ihre Dörfer verlassen müssen, die sinnlos zugunsten einer Kohlepolitik abgebagert werden, die der Zukunft unserer Kinder entgegensteht.

Aber wir denken die Klimaneutralität in allen Sektoren, auch in der Verkehrspolitik. Diese Koalition hat klar gesagt: Wir steigen aus dem Verbrennungsmotor aus. Wir schaffen 15 Millionen neue Elektroautos bis 2030. Wir bauen die Infrastruktur für die Elektromobilität. Wir stecken auch mehr Geld in den Ausbau der Schiene und in den ÖPNV, und wir werden den Bundesverkehrswegeplan überprüfen. Ich freue mich, dass wir in dieser Koalition jetzt einen Verkehrsminister haben, der sagt, er sei der Anwalt der Fußgänger und Radfahrer/-innen. Herr Wising, da nehmen wir Sie beim Wort. Wir wünschen uns eine gute Zusammenarbeit.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, begründen wir eine neue Zeit. Indem wir ausgerechnet das Wirtschaftsministerium zum Klimaschutzministerium machen, machen wir Schluss mit alten Gegensätzen. Wir Grüne haben schon vor vielen Jahren plakatiert: „Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder“. Und es ist gut, dass diese Erkenntnis jetzt endlich auch in der deutschen Bundesregierung angekommen ist. Ich sage Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen: Große Teile der Wirtschaft muss man davon gar nicht mehr überzeugen; denn sie wissen, dass nur in der Klimaneutralität ihre wirtschaftliche Zukunft liegt. Die alten großen Industrien in diesem Land – Stahl, Chemie, Aluminium, Kupfer und Zement – warten nur darauf, dass diese Regierung endlich den Startschuss zum Umbau Rich-

tion klimaneutraler Produktion gibt. Auch die Automobilindustrie, die Luftfahrt, der Schiffbau, sie alle wissen, dass sie nur mit einer klimaneutralen Mobilität bzw. klimaneutraler Produktion in Zukunft wettbewerbsfähig sein können.

Alle eint übrigens der Wunsch, dass Deutschland eine funktionierende Infrastruktur hat. Herr Brinkhaus, Sie haben ja eben gesagt, die Grünen stünden finanziell nicht für Nachhaltigkeit. Ich halte es für absolut nicht generationengerecht und für absolut nicht nachhaltig, unsere Infrastruktur so verrotten zu lassen, dass die Rechnung von künftigen Generationen bezahlt werden muss. Das ist finanziell nicht nachhaltig; im Gegenteil. Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem ich mich dafür schämen muss, dass die Autobahnbrücken für den Lkw-Verkehr gesperrt werden, weil sie einsturzgefährdet sind, weil in den vergangenen Jahren niemand in sie investiert hat. Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem ich mich dafür schämen muss, dass es Regionen gibt, in denen das Internet für die Menschen gerade mal so schnell ist, dass sie eine E-Mail hochladen können, in denen sie in einem einzigen Funkloch wohnen. Ich möchte auch nicht in einem Land leben, in dem ich mich ständig darüber ärgern muss, dass die Bahn zu spät oder gar nicht kommt, dass es keinen Anschluss gibt, weil Sie nicht in das notwendige Schienennetz investiert haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir in dieser Woche einen Nachtragshaushalt vorlegen, der finanzielle Spielräume ermöglicht. Die unterlassenen Investitionen in Zeiten der Coronakrise können wir jetzt tätigen und gleichzeitig zur Bekämpfung der Klimakrise einsetzen.

Auf der anderen Seite wissen wir: Die Veränderungen, die vor uns lie-

Fortsetzung auf nächster Seite

Diese Koalition hat sich darauf verpflichtet, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen.

gen, verursachen auch Verunsicherung. Wir als Koalition geben darauf eine Antwort. Mich hat im Sommer eine junge Frau, die in einem großen Chemiekonzern ihre Ausbildung macht, gefragt: Wird das, was ich hier lerne, in Zukunft eigentlich noch gebraucht? – Darauf geben wir als Koalition eine klare Antwort. Das, was sie gelernt hat, das, was alle Menschen in diesem Land als Fähigkeiten mitbringen, wird nicht nur weiterhin gebraucht; wir brauchen das sogar dringender denn je. Ihre und eure Fähigkeiten, die Innovationen, die Ideen der Menschen in diesem Land sind das, was dieses Land stark macht. Deswegen haben wir in diesem Koalitionsvertrag erklärt, dass dieses Land zur Weiterbildungsrepublik umgebaut werden muss, dass wir in allen Lebenslagen, sei es in der Ausbildung, im Beruf oder auch in der Arbeitslosigkeit, die Weiterbildung so fördern, dass jeder und jede in Zukunft auch in einer neuen Arbeitswelt die bestmöglichen Chancen hat.

Sicherheit bedeutet übrigens auch, dass ein Land ein Sozialstaat ist, der die Menschen auffängt, wenn es einmal nicht so gut geht, der sie bei Arbeitslosigkeit unterstützt, der Respekt, Förderung und Unterstützung in den Mittelpunkt stellt und nicht Sanktionen. Auch da leitet dieser Koalitionsvertrag eine Wende ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt kurz vor Weihnachten. Meine Kinder haben den Wunschzettel an den Weihnachtsmann schon geschrieben. Sie freuen sich auf Weihnachten, und ich freue mich mit ihnen. Ich finde Heiligabend etwas Wunderschönes. Aber für viele Familien in diesem Land wird das anders sein. Es wird zu viele Eltern geben, die mit großen Bauchschmerzen auf Heiligabend schauen, weil sie wissen, dass das Geld vielleicht nicht für die Geschenke reicht, und die ihren Kindern nachher, wenn sie zurück in die Kita gehen, erklären müssen, warum der Weihnachtsmann ihnen so viel weniger Wünsche erfüllt hat als anderen Kindern. Das bricht mir das Herz. Ich finde es richtig und wichtig, dass dieser Koalitionsvertrag darauf jetzt eine Antwort gibt, dass wir klar sagen: Kinder haben im Hartz-IV-System nichts verloren. Sie gehören da nicht rein. Kinder sind keine kleinen Arbeitsuchenden. Kinder sind Kinder. Sie haben ein Recht darauf, dazuzugehören. Sie haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen und darauf, dass dieser Staat ihnen alles garantiert, was sie dafür brauchen. Genau deshalb ist es so ein Riesenerfolg, dass in diesem Koalitionsvertrag eine Kindergrundsicherung verankert wurde, die das den Kindern ermöglicht.

Dringend Zeit ist es übrigens

auch, dass wir in einem Land leben, in dem eine Politik gemacht wird, in der die Menschen mit all ihrer Vielfalt akzeptiert werden, mit all ihren Lebensentwürfen willkommen geheißen, anerkannt, unterstützt und respektiert werden. Das hat dieser Koalitionsvertrag noch einmal deutlich gemacht mit wichtigen Reformen wie der Abschaffung des Transsexuellengesetzes, mit mehr Rechten für alle Familienformen, mit einem echten Schutz vor Diskriminierung und mit einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Ich muss insbesondere in Richtung der CSU sagen: Es ist gut, dass dieses Land nicht mehr von einer Partei regiert wird, die in familien- und gesellschaftspolitischen Debatten unterschiedliche Familien-, Gesellschafts- und Lebensentwürfe immer wieder gegeneinander ausspielt, so wie Frau Bär das vor Kurzem beim Thema Verantwortungsgemeinschaften gemacht hat. Ich kann das nicht verstehen. Was ist so schlimm daran, Menschen mehr Rechte und mehr Sicherheit zu geben? Niemandem, wirklich niemandem wird etwas weggenommen, wenn jemand anderes mehr Rechte bekommt. Diese neue Regierung hat ihre Arbeit in einer extrem schwierigen Zeit aufgenommen. Wir befinden uns mitten in der vierten Welle der Coronapandemie. Es war richtig und wichtig, dass wir die Arbeit mit-

einander schon aufgenommen haben, bevor sich diese Regierung überhaupt konstituiert hat; denn wir mussten die Menschen schützen. Dafür sind wir hier gewählt. Ich finde es auch richtig und wichtig, dass wir die Debatten über Corona endlich wieder an den Ort zurückgebracht haben, wo sie hingehören, nämlich in den Deutschen Bundestag. Wir sind diejenigen, die schwierige Entscheidungen treffen müssen. Wir sind diejenigen, die miteinander abwägen müssen. Und wir haben gezeigt, dass wir das schnell und verantwortungsvoll machen können. Jetzt steht es an, so viele Menschen wie möglich dabei zu unterstützen, dass sie sich impfen lassen, und Eltern zu beraten, dass sich auch die Kinder impfen lassen werden.

Wir müssen uns aber einmal die Zeit nehmen, auf den vergangenen Sommer zurückzuschauen; denn wir alle gemeinsam haben es nicht geschafft, Millionen von Menschen davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Wir müssen uns alle miteinander fragen, warum das nicht funktioniert hat. Denn Impfen ist der einfachste, der sicherste, der unkomplizierteste, der beste Weg raus aus dieser Krise. Aber wir haben es nicht geschafft. Meine Antwort darauf ist: Prävention ist unheimlich schwierig. Es ist schwierig, Menschen von Prävention zu überzeu-

gen, sie davon zu überzeugen, zu handeln, wenn sie noch nicht so genau erkennen, dass es wirklich notwendig für sie ist. Da müssen wir alle besser werden. Prävention hat in der Vergangenheit zu wenig Spielraum in den Debatten im Deutschen Bundestag erhalten.

Herr Brinkhaus, Sie haben ja ein Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit gemacht. Beim Thema Prävention möchte ich Sie wirklich dazu einladen. Wir stehen am Beginn eines Jahrzehnts, das mit Blick auf Prävention entscheidend sein wird. Wir sind die Generation, die es in der Hand hat, die Klimakrise zu bekämpfen. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist so groß, dass wir das nur gemeinsam schaffen. Dafür braucht man die demokratische Opposition genauso wie die Regierungsfaktionen.

Meine Kinder werden im Jahr 2050 ungefähr so alt sein wie ich heute. Sie werden mich einmal fragen: Was habt ihr damals eigentlich gemacht? – Und ich möchte, dass wir alle, die wir hier Verantwortung übernehmen, unseren Kindern, all den Kindern in diesem Land, in Zukunft sagen können: Wir haben das geschafft, und wir haben das gemeinsam gemacht.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Einen Sie dieses Land, statt es weiter zu spalten



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Der lärmende Fehlstart, den Ihre aus links-grünen Betonköpfen und umgefallenen Liberalen zusammengezimmerter Regierung hingelegt hat, sucht seinesgleichen. Von der ersten Minute an gehen Sie und Ihre Minister auf Konfrontationskurs mit der Realität, mit der Freiheit, mit den Bürgerrechten, mit den Bürgern und mit den europäischen Nachbarn und Partnern.

Herr Habeck und sein Staatssekretär haben sich als erstes Projekt die Aushebelung des Artenschutzes vor-

genommen, um das Land noch dichter mit Windrädern vollstellen zu können. Der Natur- und Artenschutz hat als Sympathiewerbung bei den Grünen offenbar an Bedeutung verloren.

Das unsägliche Zensurgesetz NetzDG wollte die FDP im Wahlkampf noch abschaffen. Jetzt stellt sie den Justizminister, der die Anwendung des NetzDG sogar noch verschärfen will.

Innenministerin Faeser erklärt, kaum im Amt, den Rechtsextremismus zur größten Gefahr. Der allgegenwärtige Links- und Islamextremismus kommt bei ihr genauso wenig vor wie im ganzen rot-grün-gelben Koalitionsvertrag, nicht mit einem Wort. Zu dem soeben mit knapper Not in Hamburg verhinderten islamistischen Terroranschlag haben wir von der Innenministerin bis heute noch kein Wort gehört. Dieselbe Innenministerin kam aus Brüssel zurück mit der Zusage, von 40 000 Afghanen, die aus unerfindlichen Gründen in die EU umgesiedelt werden sollen, gleich 25 000 allein nach Deutschland zu holen – Spanien und Frankreich überneh-

men gerade mal ein Zehntel dieser Zahl -, und das, obwohl die Zahl der Asylanträge ohnehin wieder stark ansteigt und Deutschland EU-weit mit Abstand die meisten Asylbewerber aufnimmt. Damit ist klar: Deutschland bleibt nicht nur auf seinem Sonderweg als Migrationsmagnet der Vorgängerregierung. Ihre Regierung gibt in dieser Sackgasse sogar noch Vollgas.

Die gleiche moralische Anmaßung steckt hinter den Belehrungen, die Frau Baerbock als Außenministerin gegenüber Polen meinte verteilen zu müssen, weil das Land Polen seine europäische Verantwortung ernst nimmt und die EU-Außengrenze wirksam gegen illegale Migration schützt.

Herr Lindner von der Umfallerpartei FDP, der in ferner Vergangenheit gern und viel von soliden Staatsfinanzen sprach und sie versprach, legt als Erstes einen Nachtragshaushalt von 60 Milliarden Euro Schulden vor. Als Notar der kommenden grün-roten Ausgabenorgien zweckentfremdet der Bundesfinanzminister also überdimensionierte Kreditermächtigung-

gen seines Vorgängers und des Bundeskanzlers, um künftig noch mehr Geld für grüne Klimaschutz- und Energiewende-Planwirtschaft verpulvern zu können. Was für ein Start ins Amt mit unseriösen und verfassungsrechtlich bedenklichen Finanztricksereien! Vor vier Jahren, Herr Lindner, hieß es bei Ihnen noch: Lieber gar nicht regieren als schlecht regieren. – Heute lautete die Devise: Hauptsache in der Regierung sitzen, als Steigbügelhalter für grün-linke Projekte und Allmachtsfantasien. Von dem einstigen Geist der FDP – das muss man hier mal ganz klar sagen – ist nichts, aber auch gar nichts übrig geblieben.

Inmitten dieses dissonanten Konzerts steht als Kapellmeister ein Bundeskanzler, der vor allem eines gerne tut: schweigen, vor allem zu seinen eigenen Verfehlungen von Cum-ex über Wirecard bis zur millionenschweren Steuer- und Spendenaffäre der Warburg-Bank. Und Ihre orakelhaften Zweideutigkeiten nach Merkel-Art machen die Sache nicht besser. Sie sagen, Sie seien auch der Kanzler der Ungeimpften und sortieren genau damit die Bürger in brave Geimpfte und ungeimpfte Abweichler, die Sie zum Wohlverhalten zwingen wollen. Ge-

nau das ist die Wortwahl eines Kanzlers der Spaltung.

Den eklatantesten Wählerbetrug haben Sie sich noch vor Amtsantritt geleistet, den Einstieg in die vor wenigen Wochen noch hoch und heilig dementierte Impfpflicht. Die Novelle zum Infektionsschutzgesetz wurde gegen alle guten parlamentarischen Sitten durchgepeitscht, mit weiteren schweren Grundrechtseinschränkungen auf unabsehbare Zeit. Warum Sie es damit so eilig hatten, ist leicht zu durchschauen. Das Virus schert sich nämlich nicht um Ihre Maßnahmen, Ihr ständiges Immermehr, was bisher schon nicht funktioniert hat. Sie wollen an der Verfassung vorbei einen unerklärten permanenten Ausnahmezustand etablieren. Und Sie befürchten, dass die von Ihnen geschürte

Panik zu schnell abebbt, wenn das Infektionsgeschehen auch ohne Ihr Zutun wieder zurückgeht.

Sie brauchen Dauerpanik und Ausnahmezustand, damit weniger über das gesprochen wird, was Ihre Regierung sonst noch auf der Agenda hat: eine Migrationspolitik, die noch mehr als die Vorgängerregierung die Tore für Einwanderung in die Sozialsysteme öffnet, die mit erleichtertem Zugang zu Sozialleistungen und Aufenthaltserlaubnissen

Die Inflation läuft aus dem Ruder und lässt Mittelstand und Mittelschicht verarmen.

lockt, die über die großzügige Ausweitung von Einbürgerung und Familienzusammenführung unumkehrbare Tatsachen schafft, eine Klimaschutzpolitik, die allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen übergeordnet ist und über staatliche Lenkung und staatliches Geldverteilen faktisch in Sozialismus und Klimaplanwirtschaft mündet und in die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, in Energieunsicherheit und absehbare Blackouts, eine Europapolitik, die von eigenen nationalen Interessen nichts wissen will, die Schulden- und Transferunion zum Nachteil der deutschen Steuerzahler weiter

ausbaut und die EU in einen europäischen Bundesstaat umbauen möchte. Mit diesem Wunsch nach Auflösung des eigenen Nationalstaates in einen EU-Zentralstaat stehen Sie in Europa übrigens völlig alleine da. Das alles steht bei Ihnen unter dem Schlagwort „Transformation“.

Aber eine solche Machtanmaßung ist nicht die Aufgabe einer demokratischen Regierung, die den Bürgern dient. Auf die realen Sorgen und Nöte, welche die ganz normalen Bürger dieses Landes umtreiben, haben Sie keine Antwort. Die Inflation läuft aus dem Ruder und lässt Mittelstand und Mittelschicht verarmen. Die EZB ist hilflos. Sie müsste

mit höheren Zinsen gegensteuern, aber sitzt gefangen in der Falle der Staats- und Unternehmensfinanzierung von Null- und Negativzinsen, die den Notenbanken im Übrigen eigentlich verboten ist. Statt die Bürger zu entlasten, treibt Ihre Regierung Steuern sowie Sprit- und Energiepreise noch in die Höhe. Das ist unverantwortlich, sehr geehrte Damen und Herren.

Die Angst um den Arbeitsplatz geht um. Sie aber blasen im Namen des Klimaschutzes zum Generalangriff auf den produktiven industriellen Kern und die Energieversorgung dieses Landes. Sie schauen dem Niedergang der Automobil- und Zulie-

ferindustrie sogar mit Genugtuung zu und vergeuden Steuergeld für grün-linke Identitätspolitik, indem Sie Jobs auf Kosten der Allgemeinheit für Ihre Lobbygruppen schaffen.

Die innere Sicherheit erodiert. Vor eskalierender Messergewalt, Roheitsdelikten und der wachsenden Unsicherheit auf den Straßen verschließen Sie die Augen. Dafür kriminalisieren Sie mit größerem Eifer umso mehr regierungskritische Proteste. Während rechtstreue Bürger ohne digitalen Impfpass kein Restaurant betreten dürfen, bleiben die Grenzen offen für illegale Einwanderer, auch ohne Ausweisdokumen-

te. Das ist eine unhaltbare, völlig rechtswidrige Politik, die diese Regierung verschlimmert und verstetigt.

Herr Bundeskanzler Scholz, Ihre Regierung hat bereits in den ersten Tagen überdeutlich gemacht, wohin die Reise mit dieser Koalition gehen soll. Es ist eine Geisterfahrt. Korrigieren Sie diesen Kurs! Sorgen Sie für die Einhaltung des Rechts, die Wiederherstellung der Gerechtigkeit! Einen Sie dieses Land, statt es weiter zu spalten!

Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Christian Dürr, FDP:

Jetzt werden sofort die Ärmel hochgekremgelt



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Herr Bundeskanzler, Sie haben es eingangs Ihrer Rede gesagt: Die Coronapandemie hält unser Land nach wie vor in Atem. Wir sind in einer vierten Welle. Aber anders als vor einem Jahr reden wir in Deutschland zurzeit nicht über eine flächendeckende Schließung des Einzelhandels. Anders als vor einem Jahr haben wir in Deutschland derzeit keine nächtlichen Ausgangssperren. Anders als vor einem Jahr haben wir in Deutschland glücklicherweise keine flächendeckenden Schulschließungen. Wir haben in Deutschland seit einigen Tagen die erfolgreichste Boosterkampagne in der Europäischen Union. In diesen Tagen wird in Deutschland so viel geimpft wie noch nie seit Beginn der Impfkampagne. Es waren in der letzten Woche 6,4 Millionen Dosen. Die Impfbereitschaft der Menschen in Deutschland – und dafür will ich einmal Danke sagen – ist da. Deswegen – auch das sage ich zu Beginn meiner Rede – bin ich dem Bundesgesundheitsminister dankbar, dass er sich jetzt explizit darum kümmern wird, dass das nicht abreißt. Es darf nicht passieren, dass die Impfstoffbeschaffungspläne jetzt nicht eingehalten werden können, meine Damen und Herren.

Man muss auch – mit Verlaub, Herr Brinkhaus, da bin ich nach Ihrer Rede in Teilen etwas überrascht – etwas selbstkritisch mit der eigenen Regierungsarbeit umgehen. Was die Schwierigkeiten bei der Impfstoffbeschaffung anbetrifft, haben wir das heute bedauerlicherweise den Tageszeitungen entnehmen müssen. Aber Sie haben auch von Stil gesprochen. Diese Koalition hat bereits vor Regierungsbeginn einen anderen Stil gezeigt, wie man miteinander umgeht. Ich fand es spannend, dass Sie, Herr Brinkhaus, zu Beginn Ihrer Rede gesagt haben, dass Sie keine beleidigte Opposition sein wollen und dass Sie dem Bundeskanzler Scholz Respekt aussprechen. Das freut uns. Aber der allererste Punkt Ihrer Rede, Herr Brinkhaus, betraf die Sitzordnung im Deutschen Bundestag. Für mich jedenfalls klingt das, als wären Sie beleidigt. Ich glaube, Sie sollten an der Stelle noch an sich arbeiten, lieber Kollege Brinkhaus.

Jetzt werden sofort die Ärmel hochgekremgelt; denn es geht bereits in den kommenden Wochen und Monaten um ganz wichtige Entscheidungen in Deutschland. Es geht um die Frage, ob wir es schaffen, Deutschland nach dieser coronabedingten Wirtschaftskrise auf den Wachstumspfad zurückzubringen. Dabei geht es nicht um irgendwelche volkswirtschaftlichen Statistiken, sondern um die Lebenschancen und Lebensträume der Menschen in unserem Land. Deswegen hat sich diese Koalition sehr klar auf die Fahnen geschrieben, dass es keine Steuererhöhungen geben wird. Die Menschen in Deutschland sollen nicht stärker belastet werden,

meine Damen und Herren. Damit wir sie auch in Zukunft nicht stärker belasten müssen, hat sich diese Koalition auf die Fahnen geschrieben, dass wir finanzielle Solidität walten lassen und an der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten.

An dieser Stelle will ich noch etwas in Richtung der heutigen Oppositionsparteien der Union sagen – Sie hatten es in Ihrer Rede erwähnt, Herr Brinkhaus -: Mit Verlaub, Sie sind die falschen Stichwortgeber. Es war der aktuelle Kandidat für den CDU-Bundesvorsitz, Helge Braun, der die Schuldenbremse schleifen wollte. Es waren, mit Verlaub, im Bundestagswahlkampf Armin Laschet und insbesondere Markus Söder, die die Schuldenbremse im Grundgesetz ändern wollten. Die Union ist hier für uns der falsche Ratgeber.

Damit die wirtschaftliche Dynamik, die die Lebensträume erst verwirklichen lässt, wieder in Gang kommt, werden wir die Wachstumspotenziale unseres Landes stärken müssen. Dabei werden wir – der Bundeskanzler hat es gesagt – Planungsbeschleunigung betreiben. Unsere Nachbarländer in der Europäischen Union sind teilweise doppelt so schnell. Deswegen ist es ein richtiges Ziel dieser Regierung, dass wir die Planungszeiten in Deutschland halbieren, meine Damen und Herren. Das ist ein ganz wichtiges Signal an Unternehmerinnen und Unternehmer, an Gründer in Deutschland, die einen Traum verwirklichen und Arbeitsplätze für unser Land schaffen wollen.

Wir werden Superabschreibungen einführen, damit gerade jetzt, während dieser Krise, in Deutschland

investiert wird, damit wir in Zukunft in Wohlstand leben und Arbeitsplätze schaffen können. Ein ganz, ganz wichtiges Ziel dieser Regierungskoalition auch für den deutschen Mittelstand, gerade weil die Energiekosten in den letzten Jahren gestiegen sind, besteht darin, dass wir ab dem Jahr 2023 die EEG-Umlage abschaffen werden. Das schafft Wachstum und Wohlstand für Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zuallererst ist unser Ziel, mehr private Investitionen zu erreichen; das haben Sie richtigerweise gesagt, Herr Bundeskanzler. Damit das gelingt und auch öffentliche Investitionen, beispielsweise in die Infrastruktur, finanziert werden können, hat die Bundesregierung dem Bundestag einen Nachtragshaushalt zugeleitet, mit dem bereits bewilligte Kreditermächtigungen in den zukünftigen Klima- und Transformationsfonds überführt werden sollen. Das Ziel – das ist ganz klar – ist die schnelle Beseitigung der Haushaltsnotlage in Deutschland. Ich habe vorhin über Solidität gesprochen. Das Ziel muss sein, dass wir ab 2023 nicht mehr den Notfallmechanismus der Schuldenbremse ziehen müssen. Deswegen werden wir mit diesem Nachtragshaushalt gerade keine neuen Schulden machen.

Besonders gewundert habe ich mich über die angekündigte Normenkontrollklage der CDU/CSU-Fraktion; denn anders als die Ampelkoalition bei diesem Nachtragshaushalt, lieber Herr Kollege Brinkhaus, haben Sie mit Ihrer Stimme im Jahr 2020 einem Nachtragshaushalt zugestimmt, mit dem zusätzliche Schulden gemacht wurden, um das Ganze dann in ein Sondervermögen zu überführen. Wenn Sie jetzt gegen diese Regierung klagen wollen, müssen Sie zuallererst gegen sich selbst klagen, Herr Brinkhaus. Der Volksmund nennt so etwas Heuchelei, um das mit Verlaub zu sagen.

Ich habe vorhin über Zukunftschancen gesprochen. Besonders gelitten in den letzten 16 Jahren einer unionsgeführten Bundesregierung hat in Wahrheit das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirt-

schaft. Die Chancen vor allem junger Menschen hängen in Deutschland zu sehr von der Herkunft, zu sehr vom Elternhaus ab. Deswegen haben wir uns vorgenommen, massiv in Bildung zu investieren. 4 000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder werden wir besonders fördern. Wir werden einen DigitalPakt 2.0 auf den Weg bringen. Wir werden das BAföG in Deutschland endlich elternunabhängiger machen.

Meine Damen und Herren, dazu gehört selbstverständlich auch bezahlbares Wohnen. Das gelingt aber nur, wenn in Deutschland schneller und mehr Wohnungen gebaut werden. Der bisherige Innenminister von der CSU, Herr Seehofer, der dafür zuständig war, hat verdammt viele Wohngipfel gemacht, aber es wurden verdammt wenig Wohnungen in Deutschland gebaut. Diese Koalition will es genau umgekehrt machen, meine Damen und Herren, um das Aufstiegsversprechen zu gewährleisten.

Wir werden die Menschen dabei entlasten. Die Abschaffung der EEG-Umlage für die Unternehmen in Deutschland – ich erwähnte es vorhin – gilt natürlich ganz genauso für die privaten Haushalte. Wir werden eine vollständige Abzugsfähigkeit der Rentenbeiträge bereits ab dem Jahr 2023 durchsetzen. Das ist eine Entlastung in Milliardenhöhe für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Wir werden den Sparerpauschbetrag und den Ausbildungsfreibetrag erhöhen. Und – das ist mir besonders wichtig -: Wir werden in Deutschland ein Bürgergeld einführen. Wir werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten massiv ausweiten. Wir werden die Anrechnung von Schüler- und Studentenjobs auf Sozialleistungen der Eltern vollständig abschaffen.

Menschen, die es im Leben besonders schwer haben, aber trotzdem die Arme hochkrempelein und etwas leisten wollen, die sollten dafür auch belohnt werden. Ich weiß, dass genau das, dass diese Menschen belohnt werden, ein Herzensanlie-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Wir werden
das BAföG
in Deutschland
endlich eltern-
unabhängiger
machen.**

gen unseres verstorbenen Parteivorsitzenden Guido Westerwelle war. Es erfüllt mich mit Stolz, dass diese Ampelkoalition das jetzt umsetzen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will zum Schluss ein Thema ansprechen, das mir besonders am Herzen liegt: Deutschland ist mit einem massiven demografischen Wandel konfrontiert. Der erfordert beherrschtes Handeln auch der neuen Bundesregierung. Damit ist insbesondere die Tatsache verbunden, dass immer weniger Menschen ins Erwerbsleben eintreten, während

immer mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Das ist eine große Gefahr für Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Deswegen braucht Deutschland gezielte Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt.

Herr Brinkhaus, Sie haben es eben und in einem Interview vom letzten Wochenende erwähnt. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einem strammen Linkskurs und offenen Grenzen. Das sind Worte, die normalerweise Rechtspopulisten verwenden, um Ängste zu schüren. Ich weiß, dass das nicht Ihre Haltung ist; aber Ihnen muss klar sein,

welche Wirkung diese Worte entfalten. Ich sage ganz klar, Herr Brinkhaus: Das ist nicht konservativ. Das ist einfach nur dumm. Denn seit 16 Jahren blockiert hier die Union die deutsche Wirtschaft. Die Start-ups in Deutschland, die Bauwirtschaft, die Logistikbranche, der Pflegebereich – ich könnte die Liste unendlich fortsetzen –, sie alle suchen händeringend kluge Köpfe und fleißige Hände. Die Konservativen haben hier seit vielen Jahren eine moderne und eine unideologische Einwanderungspolitik verhindert. Diesen historischen Fehler werden wir korri-

gieren.

Die Ampel hat es sich zum Herzensanliegen gemacht, dass Deutschland endlich Platz nimmt in der Mitte der Länder der Welt, die ein Einwanderungsland moderner Natur sein wollen. Wir wollen ein modernes Einwanderungsland werden! Das ist die Botschaft der Ampelkoalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Es steht als Titel auf dem Koalitionsvertrag: „Mehr Fortschritt wagen“. Ich habe eben über Demografie gesprochen. Wir werden bei-

spielsweise den Einstieg in eine Aktienrente schaffen. Wir wollen dekarbonisieren und bis 2045 klimaneutral sein; dazu brauchen wir Technologieoffenheit. Den europäischen Emissionshandel haben Sie erwähnt. Und wir wollen ein digitalisiertes Deutschland, einen unkomplizierten Staat, in dem das Versprechen eines sozialen Aufstiegs endlich wieder gilt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Ankündigungen und blumige Versprechen reichen nicht aus



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Herr Scholz, in Ihrer Rede fanden Sie wieder Worte des Dankes für die Pflegerinnen und Pfleger; auch Ankündigungen hat man wieder gehört. Das kennen die Pflegerinnen und Pfleger bereits zur Genüge aus Ihrer Zeit als Vizekanzler. Ankündigungen reichen nicht aus. Sie haben einen Pflegebonus versprochen. Er soll erst im nächsten Jahr kommen. Dabei haben wir letzte Woche hier beantragt, dass er sofort kommen soll, und zwar für alle. Sie haben das abgelehnt. Außer der Linken hat keine Fraktion in diesem Hause unserem Antrag zugestimmt. Ich muss sagen: Ich finde das unglaublich.

Die Begründung ist, Sie bräuchten noch Zeit, um genau zu klären, wer den Pflegebonus bekommen soll und wer eben nicht. Mit anderen Worten: Sie wollen gerade nicht alle Pflegerinnen und Pfleger bedenken. Da frage ich Sie: Warum denn nicht? Wir wissen doch, dass im gesamten Gesundheitswesen die Pflegerinnen und Pfleger seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeiten. Und hier können Sie nicht einfach mal sagen: „Alle bekommen etwas“? Wissen Sie: Diese Aufmerksamkeit, diese Genauigkeit wünsche ich mir in Zukunft mal, wenn es darum geht, Steuerschlupflöcher für Großkonzerne oder Multimillionäre zu stopfen, oder wenn es darum geht,

Korruptionsskandale in der Politik aufzudecken.

Kolleginnen und Kollegen, im Gesundheitsbereich muss sich wirklich grundlegend etwas ändern. Es ist längst Zeit, zu klutzen und nicht immer nur zu kleckern, Herr Scholz. Aktuell können rund 4 000 Intensivbetten weniger betreut werden als Anfang des Jahres. Und warum? Weil noch mehr Pflegerinnen und Pfleger ausgebrannt und ernüchtert ihren Beruf an den Nagel gehängt haben. Sie halten diese Zustände einfach nicht mehr aus. Pflegerinnen und Pfleger müssen doch jetzt aktiv für den Beruf zurückgewonnen werden! Unser konkreter Vorschlag lautet: 10 000 Euro Prämie für alle, die zurückkehren, und auch für alle, die geblieben sind. Das ist eine sinnvolle Maßnahme; das sollten Sie umsetzen.

Außerdem muss das Gesundheitssystem insgesamt endlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Das heißt allem voran: Schluss mit dem zerstörerischen Fallpauschalensystem! Denn was bedeutet das konkret? Überall da, wo jemand mehr Hilfe und Behandlung braucht als der Durchschnitt, müssen die Mehrkosten an anderer Stelle wieder hereingeholt werden. Ich kann es nicht anders sagen: Diese Logik, dass sich im Gesundheitswesen im Ergebnis alles rechnen muss, die ist einfach pervers.

Herr Lauterbach – er ist heute nicht da –, Ihre medizinische Expertise in allen Ehren, aber Sie haben das damals mit eingeführt, als Sie die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt beraten haben. Sie haben dabei mitgemacht, als unser Gesundheitssystem auf Profit getrimmt wurde. Jetzt ist die Chance

da. Lernen Sie aus diesen Fehlern! Im Gesundheitssystem darf es nur um eines gehen: um die Gesundheit der Menschen.

Viele sind mit dem Coronamanagement unzufrieden. Wir erleben Chaos, schlechte Kommunikation. Was ist Ihr Plan? Herr Scholz, Sie haben gesagt: „Unsere Gesellschaft ist nicht gespalten.“ Das ist sie leider doch. Sie ist sozial gespalten, das müssen Sie doch endlich einmal sehen. Dass viele den letzten Rest Vertrauen in die Politik verlieren, müssen Sie auch sehen. Damit meine ich ausdrücklich nicht die Coronaleugner, die den Boden der Realität vollkommen verlassen haben, angeführt von Rechtsradikalen, mit Fackeln durch die Straßen laufen, Menschen bedrohen. Das ist völlig inakzeptabel. Hier ist jedes Verständnis fehl am Platz.

Was ich meine, ist der Skandal, wie viele Menschen nach wie vor im Regen stehen gelassen werden: immer noch die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler, die Rentnerin, die es nicht schafft, einen Boostertermin zu ergattern, weil sie kein Internet hat. Wer sich heute impfen oder testen lassen möchte, steht tatsächlich vielerorts buchstäblich im Regen – in den langen Schlangen vor den Test- und Impfzentren. Das geht doch so nicht.

Ich meine auch die Gastronomie, den Einzelhandel, die Kulturschaffenden. Die müssen doch endlich ganz konkret wissen, wie es für sie weitergehen soll. Hier braucht es endlich Sicherheit und Planungssicherheit. Auch hier: Ankündigungen, blumige Versprechen. Das können die Leute nicht mehr hören. Wir brauchen konkrete Lösungen, meine Damen und Herren.

**Aktuell können
rund 4.000
Intensivbetten
weniger betreut
werden als An-
fang des Jahres.**

Die braucht es auch für das Problem, dass seit geraumer Zeit praktisch alles teurer wird: Lebensmittel, Energie, Miete. Bloß die Löhne, die steigen nicht entsprechend. Ihre Antwort darauf ist der höhere Mindestlohn von 12 Euro. Höherer Mindestlohn ist gut, aber das reicht doch nicht. Was sagen Sie denn zum Beispiel der Paketbotin mit 13 Euro Stundenlohn, aber ohne Tarifvertrag? Wir wissen, dass unsichere, schlecht bezahlte Arbeit direkt in die Altersarmut führt. Sie werben mit stabilen Renten, ja gut. Aber dagegen, dass vielen Menschen in diesem Land die Rente eben nicht zum Leben reicht, dass sie viel zu niedrig ist und vielen die Altersarmut droht, tun Sie nämlich leider nichts. Es gibt kein Konzept gegen niedrige Renten. Das geht so nicht.

Auch ein Mietenstopp ist nicht vorgesehen, und das erpresserische Hartz-IV-System, durch das die Betroffenen seit Jahren an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, soll im Ergebnis bleiben. Es bekommt einen schöneren Namen. Aber diese Scharade machen wir nicht mit, Kolleginnen und Kollegen. Das möchte ich einmal ganz klar sagen.

Die steigenden Energiekosten sind für immer mehr Menschen ein ernsthaftes Problem; das müssen Sie doch bitte endlich sehen. Was wir brauchen, ist ein sofortiger Preisstopp der Energiekosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Ich bin sofort dabei, wenn es heißt, dass Konzerne, die viel Energie verbrauchen, durch klare Regelungen dazu gezwungen werden, ihren Verbrauch zu reduzieren; das ist sehr sinnvoll. Aber Ihre Energiepolitik führt dazu, dass sich immer mehr Menschen ernsthafte Sorgen darüber machen müssen, über die Feiertage in dunklen, kalten Wohnungen zu sitzen. Das geht doch so nicht! Insgesamt geht es nicht, dass das normale Leben immer teurer und teurer wird, besonders wenn die Löhne nicht entsprechend steigen.

Außerdem: Völlig inakzeptabel ist, dass das, was alle drei Ampelparteien noch im Wahlkampf versprochen haben, eben nicht kommen soll, nämlich dass kleine und mittlere Einkommen endlich steuerlich entlastet werden; davon ist keine Re-

de mehr. Liebe Grüne, liebe SPD, von Ihren Wahlkampfversprechen, dass endlich die Multimillionäre und Milliardäre steuerlich zur Kasse gebeten werden sollen, auch davon hört man leider nichts mehr. Herr Scholz, wenn Ihre sogenannte gerechte Steuerpolitik ein Buch wäre, dann wäre es ein Buch mit leeren Seiten, aber mit einem zufrieden lachenden Christian Lindner vorne drauf.

Zur Außenpolitik. Wie Deutschland hier agiert, ist von großer internationaler Bedeutung. Wir erleben momentan Konflikte innerhalb Europas. Insbesondere der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine macht uns große Sorgen. Doch statt mäßigender Töne und Bemühungen um Verhandlungen hört man aus Ihrem Außenministerium vor allem verschärfende Töne. Was unser Land außenpolitisch braucht, ist aber eine Politik, die wieder konsequent den Dialog und die Entspannung ins Zentrum setzt, eine Außenpolitik im Sinne von Willy Brandt, nicht im Geiste von Joschka Fischer.

Wenn es Ihnen mit der Frage der Menschenrechte und der Pressefreiheit wirklich ernst ist, dann zeigen Sie das bitte im Fall des Journalisten Julian Assange. Sie wissen, ihm droht die Auslieferung aus Großbritannien in die USA, wo ihn eine lebenslange Haft erwartet, weil er Kriegsverbrechen des US-Militärs im Irak und in Afghanistan öffentlich gemacht hat. Mitglieder Ihrer Regierung haben noch vor kurzem den Appell für seine sofortige Freilassung unterzeichnet. Darum fordere ich Sie auf: Geben Sie Julian Assange politisches Asyl in Deutschland!

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Rolf Mützenich (SPD), Alexander Dobrindt (CSU), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Tino Chrupalla (AfD), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Saskia Esken (SPD), Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Georg Link (FDP), Lars Klingbeil (SPD), Stefan Seidler (fraktionslos), Dagmar Schmidt (SPD), Matthias Helferich (fraktionslos), Christian Petry (SPD).

leicht
erklärt!

Ausschüsse

Wichtige Arbeits-Gruppen im Bundestag



Einleitung



Im folgenden Text geht es um bestimmte Arbeits-Gruppen im Bundestag.

Diese Arbeits-Gruppen nennt man: Ausschüsse.

Folgende Fragen werden zum Beispiel im Text beantwortet:

- Was ist der Bundestag?
- Was ist ein Ausschuss?
- Was macht ein Ausschuss?

Was ist der Bundestag?

Deutschland ist eine Demokratie.

Das bedeutet:

Die Menschen bestimmen zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen das aber nicht direkt. Stattdessen wählen sie Politiker.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Die Politiker machen zum Beispiel Gesetze.

Und sie treffen andere Entscheidungen.



Die so gewählten Politiker bilden zusammen den Bundestag.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Er ist eine der wichtigsten Gruppen von Politikern, die es in unserem Land gibt.

Was sind Ausschüsse?

Der Bundestag hat im Moment über 700 Mitglieder.

Wenn jedes Gesetz und jede Entscheidung von allen Mitgliedern besprochen wird, dauert das viel zu lang.

Deswegen gibt es im Bundestag die Ausschüsse.

Das sind kleinere Arbeits-Gruppen von Mitgliedern des Bundestags.

Sie können sich sehr genau mit einem Thema beschäftigen.

Zum Beispiel mit einem Gesetzes-Vorschlag.

Oder mit einem Antrag.





Am Ende schreiben sie eine Empfehlung für die übrigen Mitglieder vom Bundestag.

So können die Mitglieder vom Bundestag leichter eine Entscheidung treffen.

Ein Großteil der Arbeit vom Bundestag findet in den Ausschüssen statt.

Welche Ausschüsse gibt es?

Im Moment hat der Bundestag 25 Ausschüsse.

Jeder Ausschuss ist für ein bestimmtes Thema zuständig.

Es gibt zum Beispiel Ausschüsse zu folgenden Themen:

- Sport
- Land-Wirtschaft
- Familie
- Gesundheit
- Umwelt
- Arbeit



Der Bundestag richtet die Ausschüsse immer nach der Bundestags-Wahl ein.

Dabei überlegen die Politiker, welche Themen für die Politik in Deutschland besonders wichtig sind.

Einige Ausschüsse muss es immer geben.

So steht es im Grund-Gesetz. Das ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. In ihm stehen die wichtigsten Regeln, wie Deutschland funktioniert.

Im Grund-Gesetz sind die folgenden 4 Ausschüsse festgeschrieben:

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Dieser Ausschuss kümmert sich um alle Dinge, die mit anderen Ländern zu tun haben.



- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss mehrerer Länder in Europa.

Der Ausschuss kümmert sich um alles, was mit der Europäischen Union zu tun hat.

- Ausschuss für Verteidigung

Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit allem, was mit der Bundeswehr und der Verteidigung von Deutschland gegen Angriffe zu tun hat.

- Petitions-Ausschuss

Bei diesem Ausschuss können Bürger Wünsche und Bitten einreichen.

Zum Petitions-Ausschuss gab es auch schon eine eigene Ausgabe von „leicht erklärt“.

Und zwar Ausgabe Nummer 175. Das war die Beilage von: Das Parlament 24-25/2021.

Wer sitzt in den Ausschüssen?

In den Ausschüssen sitzen Politiker vom Bundestag.

Jeder Ausschuss hat unterschiedlich viele Mitglieder.

Im größten Ausschuss sitzen im Moment 49 Personen.

In den kleinsten Ausschüssen sitzen 19 Personen.

Die Anzahl der Mitglieder wird vom Bundestag festgelegt.

Ausschüsse, die größere Themen bearbeiten, bekommen auch mehr Mitglieder.



Wer bestimmt die Mitglieder?

Im Bundestag gibt es sogenannte Fraktionen.

Dieses Fach-Wort wird im weiteren Text häufiger auftauchen. Deswegen wird es nun genauer erklärt.





Eine Fraktion ist eine Gruppe von Politikern im Bundestag.

Diese Politiker haben sich zusammengetan.

Gemeinsam wollen sie ihre Ziele besser erreichen.

Meist gehören sie zu einer Partei.

Alle Politiker der Partei SPD im Bundestag bilden zum Beispiel zusammen die SPD-Fraktion.

Und die Parteien CDU und CSU haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen: die CDU-CSU-Fraktion.

Im Moment gibt es folgende Fraktionen im Bundestag:

- SPD-Fraktion
- CDU/CSU-Fraktion
- Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- FDP-Fraktion
- AfD-Fraktion
- Fraktion Die Linke

Jede Fraktion darf Mitglieder in die Ausschüsse schicken.

Je größer eine Fraktion ist, desto mehr Mitglieder darf sie auch in einen Ausschuss schicken.

Vorsitzender im Ausschuss



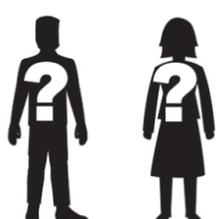
Jeder Ausschuss hat einen Vorsitzenden.

Das ist der Leiter vom Ausschuss.

Er hat verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Er bereitet die Treffen vom Ausschuss vor.
- Er lädt zu den Treffen ein.
- Er leitet die Treffen.



Der Vorsitzende gehört immer zu einer bestimmten Fraktion im Bundestag.

Jede Fraktion hat das Recht, in einigen Ausschüssen den Vorsitz zu besetzen.



Je mehr Politiker eine Fraktion im Bundestag hat, desto mehr Ausschüsse darf sie auch leiten.

Die Fraktionen können absprechen, wer welchen Ausschuss leitet.

Wenn sie sich nicht einig werden, dürfen sich die Fraktionen der Reihe nach einen Ausschuss aussuchen.

Die Reihenfolge wird dabei aus den Stimmen bei der Bundestags-Wahl berechnet.

Die Fraktion, die auf Platz 1 dieser Reihenfolge steht, darf sich dann als erstes einen Ausschuss aussuchen.

Die Fraktion auf Platz 2 als zweites.

Und so weiter.

Besondere Mitglieder im Ausschuss



Jede Fraktion bestimmt für jeden Ausschuss noch ein besonderes Mitglied.

Die Person ist die Verbindung zwischen dem Ausschuss und der Fraktion.

Sie sorgt dafür, dass die Meinungen der Fraktion im Ausschuss gehört werden.

Und sie erzählt der Fraktion, was im Ausschuss besprochen wird.

Diese Personen haben den Titel: Obleute.

Je nach Geschlecht nennt man sie: Obfrau oder Obmann.

Wie arbeitet ein Ausschuss?

Wie bekommt ein Ausschuss einen Auftrag?



Der Bundestag beschäftigt sich regelmäßig mit Gesetzesvorschlägen, Anträgen und anderen Entscheidungen.

Wenn zum Beispiel ein neuer Gesetzesvorschlag gemacht wurde, spricht der Bundestag zunächst darüber.

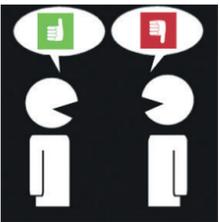
Nach diesem ersten Gespräch gibt der Bundestag den Gesetz-Vorschlag dann an den zuständigen Ausschuss.



Ein Ausschuss darf sich aber auch von sich aus mit einem Thema beschäftigen.
Es muss aber zu seinem Aufgaben-Bereich gehören.

Beratungen im Ausschuss

Die Mitglieder vom Ausschuss beschäftigen sich nun mit dem Gesetz-Vorschlag.



Sie sprechen darüber.
Zum Beispiel über unterschiedliche Meinungen dazu.

Außerdem darf ein Ausschuss Experten einladen.

Die können den Mitgliedern vom Ausschuss dann Infos zum Thema geben.

Und sie stehen für Gespräche zum Thema bereit.

Ein Ausschuss arbeitet auch mit anderen Ausschüssen zusammen.

Viele Gesetz-Vorschläge betreffen nämlich mehrere Ausschüsse.

Dann hat ein Ausschuss die Haupt-Verantwortung.

Und die anderen Ausschüsse beraten mit.

So arbeiten sich die Mitglieder vom Ausschuss immer tiefer in das Thema ein.

Empfehlung an den Bundestag



Am Ende beschließen die Mitglieder vom Ausschuss eine Empfehlung für den Bundestag.

Sie können dem Bundestag zum Beispiel empfehlen, den Gesetz-Vorschlag abzulehnen.

Sie können ihm empfehlen, ihn anzunehmen.

Sie können auch empfehlen, den Vorschlag anzunehmen, vorher aber bestimmte Änderungen zu machen.



Diese Empfehlung geht dann an alle Mitglieder vom Bundestag.

Damit hat der Ausschuss seinen Auftrag erledigt.

Kurz zusammengefasst



Ausschüsse sind Arbeits-Gruppen des Bundestags.

In jedem Ausschuss sitzen Mitglieder vom Bundestag.

Sie beschäftigen sich mit Gesetz-Vorschlägen, Anträgen und anderen Entscheidungen.

Sie beschäftigen sich sehr genau mit einem Thema.

Am Ende geben sie dem Bundestag eine Empfehlung.

Zum Beispiel empfehlen sie, einen Gesetz-Vorschlag abzulehnen.

Oder einen Gesetz-Vorschlag anzunehmen.

Oder ihn mit Änderungen anzunehmen.

In den Ausschüssen passiert also ein großer Teil der Arbeit des Bundestags.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © Deutscher Bundestag / Florian Gaertner /photothek. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 51-52/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Januar 2022.